

(Präsident Ulrich Schmidt)

- (A) 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/2800

In Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2002 bis 2006

Unterrichtung
durch die Landesregierung
- zur Beratung -
Drucksache 13/2801

Und:

- (B) **Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2003 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit 2003**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/2802

erste Lesung - Einbringung und Beratung

Der Ältestenrat hat sich im Zusammenhang mit der Vorverlegung der Plenarsitzung vom 11. September auf den heutigen Tag darauf verständigt, dass - anders als in den Vorjahren - heute sowohl die Einbringung als auch die Beratung des Haushaltsgesetzes und des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2003 erfolgen sollen. Der Einbringung der Haushaltsvorlagen wird sich deshalb, wie in der Tagesordnung ausgedrückt, die Beratung unmittelbar anschließen: zunächst die Beratung des Haushaltsgesetzes 2003 in Verbindung mit der mittelfristigen Finanzplanung und in einem

zweiten Teil die Beratung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2003. (C)

Meine Damen und Herren, das sind meine Anmerkungen zu unserer Tagesordnung. - Ich erteile nunmehr für die Landesregierung Herrn Finanzminister Steinbrück das Wort zur **Einbringung** des Haushaltes. - Bitte schön, Herr Minister.

Peer Steinbrück, Finanzminister: Sehr geehrter Herr Präsident! Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe, Sie können mich verstehen.

(Zurufe von der SPD: Schlecht!)

- Können Sie mich jetzt verstehen? - Die Mikrofonanlage hat sich ja kolossal verbessert, Herr Präsident.

(Heiterkeit und Beifall - Zuruf von den GRÜNEN: Ein bisschen mehr üben!)

- Demnächst werde ich mir das Mikrofon bis unter das Kinn fahren. Ich mache zunehmend die Erfahrung, dass Mikrofonanlagen mit Toaströstern eines gemeinsam haben: Sie haben ein hohes Eigenleben und funktionieren nie richtig. (D)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung steht zu ihrer haushaltspolitischen Verantwortung, indem sie konsolidiert und dabei sowohl die soziale Balance wahrt als auch Schwerpunkte setzt. Wir sind nicht bequem, wir weichen nicht aus. Die Pächter populistischer Formeln sitzen auf der anderen Seite. Sie werden daraus aber keine Dividende erzielen.

Wir verfolgen unverändert unsere politischen Absichten und Ziele auch dort, wo definitiv weniger Geld zur Verfügung steht. Für unsere Kernanliegen stellen wir dennoch mehr Geld bereit. Auf die öffentlichen Haushalte und Finanzen wirken viele Faktoren ein, die sich der Beeinflussung durch eine Regierung oder einen Finanzminister, egal, in welchem Land oder auf welcher Ebene er Verantwortung hat, entziehen: Unternehmerische Entscheidungen, Terror und Krieg, Unwetterkatastrophen, Börsenentwicklungen, Banken- und Unternehmenszusammenbrüche in allen Teilen der Welt unterliegen nicht dem Willen der Haushalts- und Finanzpolitik in der Bundesrepublik Deutschland.

(Minister Peer Steinbrück)

(A) (Beifall bei den GRÜNEN)

Aber unsere Politik muss diese Einflüsse bewältigen. Mehr als das: Sie muss ihre Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitswelt der Menschen mindestens erträglicher machen.

Daneben gibt es selbst verantwortete und politisch angestoßene Entwicklungen, die Wirkungen auf die Haushalte und die Finanzen der Bundesrepublik Deutschland haben. Insgesamt wird die Haushaltspolitik des Bundes und aller Länder und Gemeinden maßgeblich von folgenden Faktoren bestimmt:

Erstens den Einnahmerückgängen aus den gewollten und gewünschten Erleichterungen der Steuerreformgesetze, die im laufenden und im nächsten Jahr allein für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen ein Volumen von 6,5 Milliarden € entfalten, bevor sie ab 1. Januar 2004 8,5 Milliarden € betragen werden.

(B) Zweitens der unbefriedigenden und unsicheren Konjunkturlage, die sensativer denn je von weltweiten Entwicklungen und von politischen Ereignissen bestimmt wird.

Drittens der daraus resultierenden Diskrepanz zwischen dem Ausgabeniveau der öffentlichen Haushalte auf der einen Seite und der kalkulierbaren Einnahmebasis auf der anderen Seite, viertens den Stabilitätsauflagen aus dem Maastricht-Vertrag und ihrem Pendant auf nationaler Ebene und fünftens - ungeachtet des Stabilitätspaktes - den zunehmenden Belastungen nicht nur aus der ausgewiesenen Verschuldung der Gebietskörperschaften, sondern, wie wir ehrlicherweise hinzufügen müssen, auch aus der so genannten impliziten Staatsverschuldung.

Sie umfasst die Ansprüche an die Rentenversicherungen und die Ansprüche an die Pensionskassen des öffentlichen Dienstes.

Ferner sollte nicht vergessen werden, dass wir es mit einem aus der deutschen Vereinigung resultierenden andauernden Nettotransfer an die neuen Länder zu tun haben. Er hinterlässt nach wie vor und noch auf absehbare Zeit deutliche Spuren in

den öffentlichen Kassen der alten Länder. Dieser Nettotransfer war übrigens in den letzten 13 Jahren nicht selten höher, als es das Wirtschaftswachstum in den alten Ländern hergab. **(C)**

Streng genommen stehen wir nach der Flutkatastrophe dieses Sommers vor einem zweiten Aufbau Ost. Dieser Aufbau sollte nicht wieder auf Pump, sondern solide finanziert werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das Land Nordrhein-Westfalen hat von 1995 bis einschließlich 2001 im Rahmen des engeren Finanzausgleiches, im Rahmen des Umsatzsteuerausgleiches und für den Fonds Deutsche Einheit insgesamt 29.970 Millionen € an andere Länder dieser Republik abgegeben.

(Zuruf von der SPD: An Bayern!)

Das ist ein Indiz der Stärke und ein Indiz der Solidarität, die wir leisten. Deshalb sind viele Bilder, die die Opposition im politischen Schlagabtausch zu transportieren versucht, schlechte Karikaturen. Ob Sie es hören wollen oder nicht: Die CDU redet das Land schlecht. - Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor ein starkes Land und das wird es auch bleiben. **(D)**

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Damit habe ich im Telegrammstil den Raum beschrieben, in dem wir uns haushaltspolitisch bewegen. Dieser Raum lässt nichts anderes als eine Haushaltskonsolidierung zu. Sie ist kein Selbstzweck, wie Finanzministern gelegentlich an ihrem Gesichtsausdruck abgelesen wird, sondern ergibt sich unabweisbar aus dem Gebot, einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen. Selbst die Addition vieler einzelner Proteste und größerer Demonstrationen gegen Kürzungen können nicht verpflichtender sein als dieses Verfassungsgebot.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Darüber hinaus hält die Landesregierung eine Rückführung der Neuverschuldung trotz widriger Rahmenbedingungen für notwendig, um zwei Ziele zu erreichen. Wir müssen neue Spielräume für eine aktive Politikgestaltung gewinnen, und wir dürfen nicht länger im bisherigen Tempo Lasten auf die Zukunft verschieben und damit Kosten auf unsere Kinder und Enkelkinder abwälzen. Die Zu-

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) kunftsinteressen müssen gegenüber den Gegenwartslobbys gestärkt werden.

Meine Damen und Herren, über die Notwendigkeit einer Konsolidierung und die Rückführung der Neuverschuldung scheint es so lange einen weitgehenden Konsens - auch über die Fraktionsgrenzen dieses Hauses hinweg - zu geben, wie es allgemein und schön unverbindlich zugeht. Konsolidierung wirkt sich aber bei konkreten Ausgabepositionen und Summen aus. Sie ist nicht schmerzlos zu erreichen; sonst wäre sie keine Konsolidierung. Deshalb bin ich auf die Bereitschaft der Opposition, in der ersten Lesung konkret zu werden, sehr gespannt. Sie müsste denselben Mut zur Ungemütlichkeit aufbringen wie die Landesregierung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von CDU und FDP, exponieren Sie sich mit konkreten Einsparungsvorschlägen, die erkennbar keinem Politiker Beliebtheitspunkte oder Hymnen einbringen, aber dem politischen Anspruch auf Solidarität und Eindeutigkeit gerecht werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- (B) Wer nicht konsolidiert, meidet politische Verantwortung und taugt nicht zum Regieren, weil er die Zukunft heute verfrühstückt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Rüttgers, Ihr Angebot einer so genannten Sanierungskoalition ist nichts anderes als die Flucht ins Unverbindliche. Es soll staatsmännisch klingen, ist aber nur ein taktischer Winkelzug, um bis zum 22. September 2002 - möglichst auch darüber hinaus - in voller Deckung zu bleiben. Sie schlagen sich populistisch auf jede Seite des Unmuts über Kürzungen und gehen bis hin zu definitiven Falschmeldungen über den Haushaltsentwurf der Landesregierung. Das ist nichts anderes als schlichte Agitation.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Edgar Moron [SPD]: So ist es!)

Herr Rüttgers, Ihr Angebot ist nicht seriös. In meinen Augen ist es auch nicht so gemeint; denn die CDU hat sich zwischen ihren Forderungen sowohl nach Mehrausgaben als auch nach zusätzlichen Einnahmeverzichten über weitere Steuersenkungen und ihrem zweideutigen Verhältnis zur Ver-

schuldung in heillose Widersprüche verstrickt. (C) Außerdem hat ihre öffentliche Tonlage nicht den Charakter einer Offerte.

Der Finanz- und Haushaltspolitik wird in den fast täglichen Beiträgen aus der Wirtschaft, von wissenschaftlichen Sachverständigen, von den Medien und aus allen Bereichen der Politik nicht weniger als eine Quadratur des Kreises abverlangt. Zum einen soll mehr gespart werden. Zum anderen sollen die Steuersätze noch weiter abgesenkt werden, als es für die Jahre 2004 und 2005 mit den nächsten Stufen der Steuerreform bereits festgelegt ist. Es gibt Vorschläge, ganze Steuerarten abzuschaffen, z. B. die Erbschaftsteuer, die Besteuerung von Kapitalerträgen und die Gewerbesteuer. Gleichzeitig sollen aber die staatlichen und kommunalen Investitionen erhöht werden. Ferner sollen alle derzeitigen öffentlichen Leistungen mindestens ungeschmälert weiter fließen. Teilweise werden sogar Ansprüche nach höheren öffentlichen Konsumausgaben erhoben. - Das funktioniert nicht.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das ist Zauberei!)

Der erste und wichtigste Beitrag zu einer Haushaltsdebatte ist es deshalb, diese Widersprüche und Unverträglichkeiten offen zu legen und zu einer Grundverständigung darüber zu kommen. (D) Eine solche Grundverständigung wäre viel politischen Schweißes wert. Denn die demographische Entwicklung unserer Gesellschaft hin zu einer zunehmenden Überalterung wirft für das Wirtschaftswachstum, die Produktivitätsentwicklung, die öffentlichen Haushalte im Allgemeinen und die sozialen Transfersysteme im Besonderen erhebliche Probleme auf, die wir alle bisher zu wenig antizipieren und im politischen Alltagsgeschäft zu weit verdrängen.

(Beifall von Edith Müller [GRÜNE])

Diese finanzpolitische Quadratur des Kreises funktioniert auch in Wahlkampfzeiten nicht. Wenn Sie einerseits einen Überbietungswettbewerb führen und immer mehr staatliche Leistungen versprechen, andererseits Steuersenkungen in Milliardenhöhe ankündigen, die über einen empirisch nicht belegbaren Selbstfinanzierungsmechanismus mit Zeitverzug - zumindest für die nächsten Jahre bedeutete das höhere öffentliche Defizite - wieder hereinsprudeln sollen, glauben Ihnen das

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) die Wählerinnen und Wähler nicht. Darin sind sie auch klug beraten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich behaupte, dass die Menschen mehrheitlich bereit sind, den Weg der Konsolidierung mitzugehen.

(Edith Müller [GRÜNE]: So ist es!)

Sie sind bereit, Einschnitte und Einschränkungen mitzutragen, wenn dabei die soziale Balance gewahrt bleibt und wenn die Grundelemente der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur nicht gefährdet werden.

Die Einsparungen der Landesregierung im Haushaltsentwurf 2003 stellen diese Grundstrukturen entgegen der Propaganda der CDU, die sich hier auf der linken Überholspur zu bewegen versucht, nicht infrage. Die Einführung von Studiengebühren mit einem Ausnahmekatalog und einer Härteregelung wirft weder die soziale Balance in uns Gesellschaft um noch schmälert sie den Zugang zu unseren Hochschulen.

- (B) Die Politik hat eine Bringschuld. Sie muss erklären, warum wir konsolidieren. Sie muss den Menschen erläutern, dass der Staat nicht mehr alles finanzieren kann, was wünschenswert ist, dass Steuererleichterungen nicht zu einer uferlosen Ausweitung der Staatsverschuldung führen dürfen.

(Beifall von Dr. Bernhard Kasperek [SPD])

Politik muss aber auch Courage zeigen. Sie muss das Gesamtinteresse vor das Einzelinteresse stellen, auch wenn vor dem Landtag Demonstrationen stattfinden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN -
Edith Müller [GRÜNE]: Genau!)

Und sie muss auch Courage zeigen, indem sie bei knapper Kasse von den Empfängern staatlicher Gelder Gegenleistungen erwartet und anmahnt.

Das Konsolidierungsziel für den Haushaltsentwurf 2003 hieß zu Beginn des Aufstellungsprozesses

- 1,4 Milliarden €. Allein 1,3 Milliarden € waren notwendig, um die Verfassungsgrenze einzuhalten. Um weitere 100 Millionen € sollte die Nettokreditaufnahme gegenüber 2002 verringert werden. (C)

Ich kann heute feststellen: Der Abstand zur Verfassungsgrenze im Haushaltsentwurf 2003 beträgt 73 Millionen €. Die Neuverschuldung sinkt gegenüber 2002 wie angepeilt um rund 100 Millionen €. Die 1,4 Milliarden € sind erwirtschaftet worden. Das Ausgabevolumen des Landeshaushaltes sinkt um 0,9 %. Die Landesregierung hat das Konsolidierungsziel 2003 erreicht.

Dass Aufgaben, Ausgaben und staatliche Leistungen auf den Prüfstand gestellt werden, ist seit Jahren Bestandteil unserer Politik. Schon der laufende Haushalt 2002 sinkt um 0,4 %. Für 2003 ist der Konsolidierungsdruck aber gestiegen, weil die Steuereinnahmen 2001 aus mehreren Gründen hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Insbesondere im letzten Quartal 2001 sind die Steuern durch autonome Unternehmensentscheidungen förmlich eingebrochen.

- Zwar gibt es dabei mit zeitlicher Verzögerung eine Teilkompensation - in diesem Fall durch positive Zerlegungseffekte, die in diesem und im nächsten Jahr stattfinden -, letztlich wirken aber Basiseffekte aus 2001 - vor allen Dingen die schwache Konjunktur - über 2002 auch ins Jahr 2003 hinein. (D)

Die Einnahmen 2003 liegen daher um fast 2 Milliarden € unter dem Ansatz der letzten Finanzplanung; eine solche Anpassung müssen übrigens ausnahmslos alle meine Finanzministerkollegen in den Ländern vollziehen.

Eine Rücklage, wie noch in diesem Jahr und auch von anderen Ländern in der Vergangenheit immer wieder eingesetzt, steht 2003 nicht mehr zur Verfügung. Auf der anderen Seite gibt es zwangsläufige Mehrkosten, insbesondere im Personalbereich.

Rund 970 Millionen €, also etwa 70 % der Haushaltsverbesserung, werden auf der Ausgabenseite durch Kürzungen eingespart. Der größte Teil wird bei den Förderprogrammen erwirtschaftet; hier sparen wir 470 Millionen €. Aus diesem Grund

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) kommt es - zugegeben - zu teilweise schmerzlichen Kürzungen.

Die Fakten weisen allerdings aus: Die unstreitbar notwendigen Kürzungen gefährden nicht die wichtigen Grundstrukturen der einzelnen Politikfelder. Die Aufführung der politischen Schwerpunkte im Haushaltsplan 2003 zeigt, dass solche Befürchtungen und Gerüchte und mehr als das haltlos sind. In vielen Bereichen bleibt die Förderung auf unverändert hohem Niveau und braucht den Vergleich mit anderen Ländern nicht zu scheuen.

In allen Politikfeldern hat die Landesregierung Wert darauf gelegt, die zentralen Aufgaben und leistungsfähigen Strukturen zu sichern und - wo immer möglich - Spielraum auch für neue Entwicklungen zuzulassen. Mit dem Haushaltsplan 2003 ist es gelungen, trotz der schwierigen Haushaltssituation eine stabile Grundlage für die Fortsetzung guter Arbeit in allen Politikfeldern zu schaffen und für einige Schwerpunkte mehr Geld zu mobilisieren.

Aus der Interessenlage der Betroffenen sind Klagen verständlich. Aber wer diesen Klagen entsprechen möchte - auch in den weiteren Haushaltsberatungen -, der wird an anderer Stelle Einschnitte vornehmen und die darüber entstehenden Klagen in Kauf nehmen müssen.

(B)

214 Millionen € werden bei den Personalausgaben eingespart, 287 Millionen € durch allgemeine Sparoperationen quer zu allen Häusern. Durch Einnahmeverbesserungen kommen 430 Millionen € hinzu.

Trotz unserer Schwerpunktsetzungen mit zusätzlichen Haushaltsmitteln, auf die ich zurückkommen werde, sinken die Gesamtausgaben gegenüber dem Vorjahr um 0,9 %. Das ist in erster Linie auf die von der Landesregierung beschlossenen Ausgabekürzungen von 970 Millionen € zurückzuführen. Zu dem Rückgang hat allerdings auch die Abrechnung des kommunalen Steuerverbundes aus dem Jahr 2001 im Umfang mit 664 Millionen € beigetragen. Aber auch wenn man die Abrechnungseffekte 2003 und 2002 bereinigt, beträgt der Ausgabenzuwachs 2003 immer noch nur noch knapp 1 %. Damit halten wir die im Finanzplanungsrat in Berlin im März verabredete Ausgabenlinie ein.

Mit der Absenkung der Neuverschuldung von 100 Millionen € leistet Nordrhein-Westfalen darüber hinaus seinen Beitrag zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien. Wir erfüllen die Verpflichtungen aus dem nationalen Stabilitätspakt, wie er in derselben Sitzung des Finanzplanungsrates im März dieses Jahres verabredet worden ist. Dieser Abbau der Neuverschuldung ist - zugegeben - moderat. Ein höherer Betrag wäre allerdings unrealistisch. (C)

Nach den unvorhersehbaren Steuerausfällen des Jahres 2001 mussten wir wie alle anderen Länder auch die Einnahmeschätzungen im Planungszeitraum nach unten korrigieren. Auf dieser Grundlage haben wir eine neue Linie definiert, die die Ausgaben mit dem Abbau der Neuverschuldung in der Perspektive der nächsten Jahre in Einklang bringen soll. Wir tun dies in einer realistischen Perspektive und wollen im Zeitraum der Mittelfristigen Finanzplanung die Neuverschuldung um jährlich 100 Millionen € absenken. Wenn die Steuern wieder stärker wachsen, kann auch die Neuverschuldung stärker abgesenkt werden.

Die Steuereinnahmen 2003 sind mit rund 37 Milliarden € angesetzt. Das ist ein Zuwachs gegenüber dem Haushaltsansatz 2002 von nur 0,8 %. Wir haben vorsichtig geschätzt, und wir haben Abschlüsse wegen der Basiseffekte aus 2001 einkalkuliert. Wir gehen wie alle anderen Länder auch von der gesamtstaatlichen Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres aus und übertragen diese auf Nordrhein-Westfalen. Ob sich aus der Steuerschätzung um November dieses Jahres ein Korrekturbedarf ergibt, muss abgewartet werden und gegebenenfalls in einer Ergänzungsvorlage einmünden. Bevor allerdings diese Zahlen nicht vorliegen, machen aufgeregte Turnübungen keinen Sinn. (D)

Die CDU-Fraktion hat übrigens ihre Verfassungsklage gegen den Landeshaushalt 2001 u. a. damit begründet, die Steuereinnahmen seien von mir oder von der Landesregierung zu hoch angesetzt worden. Das behauptete die CDU nach Abschluss des Haushaltsjahres 2001.

Während der Haushaltsberatung war die CDU noch anderer Meinung: Der Steueransatz sei zu niedrig und müsse erhöht werden. Als Beweis - gegebenenfalls auch zur Vorlage bei Gericht - ist die Presseerklärung von Herrn Rüttgers und Herrn Diegel vom 17. Januar 2001 zu nennen. Dort heißt es, dass die Steuerveranschlagung des

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) Finanzministers um 180 Millionen DM erhöht werden solle. Das ist übrigens ein ganz bemerkenswertes Dokument. Es findet sich im Internet bei der CDU zwar nicht wieder, aber Gott sei Dank haben wir es archiviert, sodass ich, wenn ich könnte, das Finanzduo Rüttgers/Diegel gern auch in den Zeugenstand beim Verfassungsgerichtshof in Münster rufen würde.

(Beifall bei der SPD)

Da kann man einmal sehen, Herr Rüttgers, wie schwierig Prognosen sind, insbesondere wenn sie sich auf die Zukunft erstrecken.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Sie reden wohl aus Erfahrung!)

- Ja, gemeinsam mit Ihnen. Deshalb sollte man vorsichtiger sein, nachdem man schon selber solche Erfahrungen gemacht hat.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Sie werden dafür bezahlen müssen!)

- Sie nicht?

- (B) Wenn die Steuereinnahmen wieder stärker wachsen, meine Damen und Herren, müssen zusätzliche Einnahmen vordringlich zum Abbau der Neuverschuldung genutzt werden. Damit dürfen nicht wieder höhere Konsumausgaben finanziert werden.

(Beifall bei der SPD)

Sonst kommen wir nie mehr zu einer Reduzierung der Nettoneuverschuldung auf Null.

Die Investitionsquote bleibt mit 9,3 % etwa auf dem Stand von 2002; da betrug sie 9,4 %.

Der leichte Rückgang um 140 Millionen € hat zunächst externe Gründe. Im Umfang von 50 Millionen € laufen EU-Programme aus. Weitere 25 Millionen € fallen im Zusammenhang mit der Abrechnung des kommunalen Steuerverbundes 2001 weg.

Im Übrigen konnten wir, dies sei zugegeben, auch den Investitionsbereich bei den Einsparungen nicht ausklammern. Eine höhere Investitionsquote wäre nur über eine höhere Neuverschuldung

möglich. Das wäre zwar verfassungsrechtlich zulässig, hätte aber dem Ziel widersprochen, die Neuverschuldung um 100 Millionen € abzubauen. (C)

Trotz sinkender Gesamtausgaben um 0,9 % setzen wir politische Schwerpunkte, vor allem im Bildungsbereich. 2003 werden 1.229 neue Stellen für Lehrer eingerichtet. Außerdem können alle frei werdenden Stellen wieder besetzt werden. Wir führen Englisch in der Grundschule ein und bauen das Betreuungsangebot an Schulen aus. Die Ausgaben im Schulbereich steigen gegenüber 2002 insgesamt um 2,6 %.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Betreuungsangebote im Kinder-, Jugend- und Schulbereich sollen 2003 mit einem Plus von 48,5 Millionen € ausgebaut werden.

Für die Hochschulen einschließlich der Universitätskliniken stehen 2003 Gesamtmittel von 4,4 Milliarden € zur Verfügung. Das sind 125 Millionen mehr als 2002. Ein großer Teil davon entfällt auf Personalausgaben. Der Qualitätspakt mit den Hochschulen bleibt unangetastet.

Für Integrations- und Sprachförderung geben wir rund 30 Millionen € zusätzlich aus. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben auch einen Schwerpunkt bei der inneren Sicherheit gelegt. Die Sicherheitspakete I und II werden auch 2003 fortgeführt. Wir stellen dafür 27 Millionen € zur Verfügung.

Alle EU-Programme werden mit Landesmitteln komplettiert. Damit unterstützen wir die einheitliche Ausrichtung der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Strukturförderung, vor allem im Ruhrgebiet.

Für die Arbeitsmarktpolitik stehen im kommenden Jahr insgesamt über 307 Millionen € zur Verfügung. 2002 waren es fast 337 Millionen €. Damit leistet auch dieser Politikbereich einen Konsolidierungsbeitrag.

Gleichzeitig stehen aber in ausreichendem Maße Mittel zur Verfügung, um die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, konsequent zu bekämpfen. Die erfolgreichen Initiativen "Jugend in Arbeit" und "Ausbildungskonsens NRW" wurden so weiterentwickelt, dass sie nun in EU-

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) kofinanzierte Programme überführt werden. Durch diese Neuausrichtung ist in jedem Fall sichergestellt, dass alle Ansätze im zentralen Feld der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit unvermindert fortgeführt werden können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der Haushalt 2003 spiegelt ein klares Bekenntnis zur sozialen Verantwortung des Landes wider. Ausgewogenes Sparen heißt für uns im Sozialbereich: Wegweisende Projekte wie die Sozialagenturen werden fortgesetzt. Die Strukturen der Einrichtungen und Träger bleibt gesichert. Gespart wird, indem die Summen bei den Einzelprojekten gesenkt werden.

Außerdem setzen wir mit der Anhebung der Mittel für die Stiftung Wohlfahrtspflege auf das Niveau von 2001 in Höhe von 25,6 Millionen € ein deutliches sozialpolitisches Zeichen. Vor allem aber sichern wir die Grundpfeiler der sozialen Infrastruktur. Deshalb erhalten die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege zur Sicherung ihrer Arbeit nach wie vor die so genannten Globaldotationen in Höhe von etwa 16,4 Millionen €.

- (B) Allerdings erwartet das Land, dass sich die Wohlfahrtsverbände noch stärker an der Erfüllung gemeinsamer Anliegen beteiligen und entsprechende Aufgaben für das Land übernehmen.

In der Frauen-, Jugend-, Familien- und Gesundheitspolitik sind die zentralen Aufgaben und Strukturen weiterhin gesichert. Die Förderung bleibt auf hohem, von vielen anderen Ländern nicht erreichtem Niveau. Dies gilt beispielsweise für Krankenhausinvestitionen, Altenpflegeausbildung, Schwangerschaftskonfliktberatung, Verbraucherinsolvenzberatung, Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen und die Regionalstellen "Frau und Beruf".

Trotz der Abnahme des Landeshaushalts um 0,9 % steigen die Zahlungen an die Kommunen im Steuerverbund um 0,8 %. Auch die Schlüsselzuweisungen im Rahmen des Steuerverbundes steigen um 0,8 %. Die Verbundquote bleibt mit 23 % unverändert. An den Befrachtungen ändert sich nichts. Die Kommunen werden also ohne Einschränkungen an den maßgeblichen Steuereinnahmen des Landes beteiligt. Nach Auffassung der Landesregierung sollte es so bleiben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(C)

Dass die Kommunen im Ergebnis 2003 dennoch weniger zur Verfügung haben, hängt mit der Abrechnung des kommunalen Steuerverbundes aus dem Jahr 2001 zusammen. Anders ausgedrückt: Im Jahr 2001 haben die Kommunen vom Land 664 Millionen €, gemessen an der tatsächlichen Steuerentwicklung, zu viel erhalten. Dies ist nach Recht und Gesetz spätestens zwei Jahre später, also spätestens 2003, abzurechnen. Das Land hat den Kommunen bis dahin die Rückzahlung, wenn Sie so wollen, gestundet, ihnen sozusagen einen zinslosen Kredit gewährt. Das Verfahren ist so gesetzlich festgelegt und wird seit Jahren problemlos so praktiziert. Es gibt keinen Grund, von diesem Verfahren abzuweichen. Mehr als das: Es besteht erst recht kein Grund, in Ihrer Propaganda, in der Sie von Ausplünderung und vom Ausbluten der Kommunen sprechen und ähnliche Begriffe gebrauchen, der Landesregierung über diesen Mechanismus eine Art politischer Willkür zu unterstellen. Das können Sie alles als Pirouetten vor der Bundestagswahl abbuchen.

(Beifall bei der SPD)

Die Schulpauschale wird auf dem vorgesehenen Niveau von 460 Millionen € gehalten. Im Haushalt 2003 sind zwar 420 Millionen € angesetzt, aber die Differenz von 40 Millionen € erhalten die Kommunen bereits in diesem Jahr. Das ist Herrn Rüttgers offenbar trotz mehrmaliger Hinweise verborgen geblieben.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Ansatz 2002 beträgt 500 Millionen €, 2003 420 Millionen €, dann geht es mit 460 Millionen € in den kommenden Jahren 2004 und 2005 wie vorgesehen weiter. Die Vorwürfe der Opposition hierzu sind also ebenfalls völlig unbegründet.

Ich will einige Worte zum laufenden Haushalt 2002 sagen. Entgegen manchen Vermutungen haben wir bisher bei den Steuereinnahmen ein leichtes Plus - sogar bei der Körperschaftsteuer. Das unterscheidet uns erfreulich von der Entwicklung in anderen Ländern. Zerlegungseffekte zu unseren Gunsten, also umgekehrt zum Jahr 2001, spielen dabei eine hilfreiche Rolle. Zum Gesamtbild gehört allerdings, dass diese Einnahmen nicht den Sollannahmen entsprechen.

Monatliche Zahlen sind übrigens in diesem Zusammenhang für die Berechnung eines Jah-

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) resdurchschnitts schlicht nicht mehr brauchbar, weil wir es zum einen mit zunehmend diskontinuierlich fließenden Steuereinnahmen, zum anderen im Jahresverlauf mit zeitlich nicht mehr bestimmbar Zerlegungseffekten und zum Dritten nur noch mit schwer kalkulierbaren Bewegungen im Länderfinanzausgleich zu tun haben. Ob wir am Ende des Jahres über dem im Mai bekannt gegebenen Betrag von 510 Millionen € Steuermindereinnahmen liegen, kann heute niemand vorhersagen, auch Herr Diegel nicht.
Herr Diegel hat übrigens einen erstaunlichen Erkenntnisgewinn vollzogen. Er hat am 30. August im "Kölner Stadt-Anzeiger", glaube ich, bekannt gegeben, dass seine Schätzungen über die Steuermindereinnahmen in diesem Jahr 1 Milliarde € betragen. Dann habe ich ihn gestern - zehn Tage später - in seiner Pressemeldung so verstanden, dass er nun zu dem Ergebnis von 1,9 Milliarden € statt 1 Milliarde € gekommen ist. Das ist also ein Erkenntnisgewinn von 900 Millionen € in zehn Tagen. Donnerwetter!

(Heiterkeit bei der SPD)

- (B) Dafür werden keine Belege geliefert. Das alles gehörte übrigens zur Ouvertüre der heutigen haushaltspolitischen Auseinandersetzung und ist auch auf den 22. September zentriert.

Noch einmal: Ich stelle nicht in Abrede - damit ich nicht unernst verstanden werde -, dass die Einnahmenentwicklung unbefriedigend ist. Aber die Fachleute meines Hauses und viele andere auch haben bisher keine Möglichkeiten, auf Punkt und Komma zu bestimmen, wie die Einnahmenentwicklung am Ende dieses Jahres sein wird. In jedem Fall hat und behält die Haushaltssperre ihre volle Berechtigung. Das ist die politische Konsequenz aus diesen Unsicherheiten.

Die Chancen stehen allerdings umgekehrt auch nicht schlecht, wenn man sich von der Einnahmenseite trennt und auf die Ausgabenseite konzentriert, dass dort einschließlich der Zahlungen in den Länderfinanzausgleich das kompensiert werden könnte, was auf der Einnahmenseite per Saldo unter der Zielmarke bleibt.

An Spekulationen über die Wachstumsentwicklung beteilige ich mich nicht mehr. Das nordrhein-westfälische Finanzministerium wird wie bisher und wie alle anderen Länder die Daten der jeweils aktuellsten Steuerschätzung zugrunde legen. Das

- (C) ist ein objektiver Vorgang, zu dem die Fachleute meines Hauses jederzeit Auskunft geben.

Im Zuge der weiteren Beratungen des Haushalts und des Gemeindefinanzierungsgesetzes werden wir Anpassungen vornehmen müssen, um den Beitrag des Landes und seiner Gemeinden aus dem Flutopfersolidaritätsgesetz zu regeln. Der Deutsche Bundestag wird am 12. September entscheiden. Für den 13. September ist eine Sondersitzung des Bundesrates angesetzt. Nordrhein-Westfalen hat bei den Vorbereitungen auf diese Sitzungen eine aktive Rolle übernommen.

Der Fonds für die Flutopfer wird aus den Mehreinnahmen aus der vorgesehenen Verschiebung der zweiten Stufe der Steuerreform um ein Jahr, auf 2004, und der Erhöhung der Körperschaftsteuer von 25 % auf 26,5 % für ein Jahr bedient. Für das Land Nordrhein-Westfalen einschließlich seiner Gemeinden werden die Mehreinnahmen auf rund 771 Millionen € geschätzt. Davon entfallen 581 Millionen € auf den Landeshaushalt und 190 Millionen € auf die Gemeinden. Dieser Betrag wird abgeschöpft und fließt dem Fonds als Sondervermögen des Bundes zu, sodass sich für das Land und seine Gemeinden im Ergebnis keine Auswirkungen ergeben. Es ist ein Nullsummenspiel. Wir werden im weiteren Verfahren die Anpassungen vornehmen und auch sicherstellen, dass die Finanzausgleichseffekte für die kommunale Ebene neutralisiert werden.

(D) Was die Finanzierung der Flutopferentschädigung betrifft, wollen CDU/CSU nicht den realen und soliden Finanzierungsweg der Bundesregierung über die Verschiebung der zweiten Stufe der Steuerreform - Steuererleichterungen - um ein Jahr auf den 1. Januar 2004 beschreiten. Sie wollen, wenn sie denn könnten, einen Teilbetrag des Bundesbankgewinnes von 7,7 Milliarden € verwenden und diesen nicht dem Erblastentilgungsfonds zuführen. Das ist ökonomisch nichts anderes als eine Erhöhung der Verschuldung, also eine Kostenabwälzung auf unsere Kinder.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Zusätzlich müssten jährlich 350 bis 400 Millionen €, je nach Zinsannahme, gezahlt werden. Das wären allein in der Laufzeit des Erblastentilgungsfonds zusätzliche Belastungen von 3,5 bis 4 Milliarden €, also eine enorme Last. Durch die Hilfe für die Flutopfer würden also Belastungen von mindestens 3,5 Milliarden €, wenn

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) nicht sogar 4 Milliarden € zusätzlich entstehen, ohne dass davon auch nur ein einziger € für andere Verwendungszwecke, also auch nicht für den Mittelstand, zur Verfügung stünde. Wer ist hier eigentlich Anwalt des Mittelstandes?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

CDU/CSU wiederholen damit exakt den Fehler, den sie schon bei der Finanzierung der deutschen Einheit nach 1990 gemacht haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie ehrlich sind, geben Sie zu, dass wir heute besser dastünden, wenn der Aufbau Ost seinerzeit von Beginn an stärker steuerfinanziert worden wäre und weniger auf Pump.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Heinz Hardt [CDU]: Sie wollten ja noch nicht einmal eine Wiedervereinigung!)

Sie wiederholen den Fehler oder, präziser ausgedrückt, Sie wollen den Fehler wiederholen. So, wie es aussieht, kommen Sie - Gott sei Dank - nicht in die Verlegenheit.

(B)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Hinzu kommt - da wird es mit Blick auf aktuelle Einlassungen insbesondere von Herrn Merz, die ich gestern gelesen habe, sehr spannend -, dass die unterlassene Tilgung voll in die Berechnung der Defizitquote nach dem Maastricht-Vertrag eingeht. Das heißt, die 7,7 Milliarden € - das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen - entsprechen etwa 0,4 % des Bruttoinlandsprodukts und verschärfen damit eine Situation, die die CDU/CSU in einer seltenen intellektuellen Spaltung beklagt.

Darin liegt die eigentliche Unlauterkeit von CDU und CSU: Der auf der einen Seite sorgenvollen und mahnenden Kommentierung eines vermeintlich ausstehenden blauen Briefes aus Brüssel, den man als Beleg für die eigene Position vor der Bundestagswahl erwartet, steht auf der anderen Seite die aktive Verlangsamung des Schuldenabbaus plus höheren Zinslasten gegenüber, die mit 0,4 % auf das Defizitkriterium von 3 % durchschlagen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Schizophren ist das!)

(C)

Herr Rüttgers, das Ergebnis ist doch dann kein blauer Brief; vielmehr bekommen Sie einen blauen Koffer hingestellt.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Nimmt man darüber hinaus die von Ihnen beabsichtigten Ausgabesteigerungen an anderer Stelle hinzu, z. B. das versprochene Sofortprogramm der CDU/CSU, auf das ich gern zurückkomme, dann nimmt das Dimensionen an, die mit einer haushaltspolitischen Raison d'être nicht mehr in Übereinstimmung zu bringen sind.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Solche Irrwege und Widersprüche der Union reduzieren auch in Nordrhein-Westfalen ihr kritisches Gewicht gegenüber der Finanzpolitik der Landesregierung eher auf die Superleichtgewichtsklasse. Ihre billigende Inkaufnahme von höheren Schulden wird Sie bei den weiteren Beratungen auch über den Haushaltsentwurf 2003 in diesem Lande begleiten.

(D)

(Zuruf von der FDP: Wo sind denn die Punkte, Herr Kollege?)

Die FDP will den Fonds über Subventionsabbau finanzieren. Weil das zusammen mit einer massiven Steuersenkung, die anschließend Geld vom Himmel regnen lässt, Ihr Zauberwort ist, um viele Fragen zum Haushalt auch in Nordrhein-Westfalen zu beantworten, möchte ich darauf näher eingehen.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Der Ton Subventionsabbau klingt nur so lange harmonisch und konsensorientiert, wie nicht hinzugefügt wird, wo, bei wem, wie viel und wann Subventionen abgebaut werden sollen.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) Genau das tut die FDP mit Ausnahme der Steinkohlenbeihilfe nicht. Auf der Bundesebene haben sich übrigens an dieser unangenehmen Frage in anderthalb Jahrzehnten die Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff, Bangemann, Möllemann, Haussmann und Rexrodt die Zähne ausgebissen. Offenbar ist diese Materie also in der konkreten politischen Bearbeitung härter, als das bloße Anstimmen des Liedes "Subventionsabbau" nahelegen soll. Im Übrigen betreibt die Landesregierung mit der Einsparung von 470 Millionen € bei Fördertiteln nichts anderes als die Rückführung staatlicher Zuschüsse, also Subventionsabbau. Hören Sie sich das Echo an, z. B. bei der CDU. Wenn jemand im Landtag eine weiter gehende Reduzierung von Zuschüssen fordert, soll er Ross und Reiter, also Titel, Summe und Empfänger benennen und über Demonstrationen gegen Kürzungen nicht deshalb feixen, weil sie sich gegen die Landesregierung richten.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

- (B) Auffallend ist im Übrigen, dass sich die FDP beim Thema Subventionsabbau vornehmlich auf direkte Zuschüsse des Staates bezieht. Selten oder gar nicht hört man etwas von ihr zu den indirekten, also steuerlichen Begünstigungen, z. B. zur Einkommensgrenze bei der Wohneigentumsförderung oder zur Abschreibungskonstruktion für Einkommensteuerzahler, deren Möglichkeit, ihre Bemessungsgrundlage zu gestalten, erkennbar offener ist als bei abhängig Beschäftigten, die über Gehälter von 1.300, 1.500 oder 2.000 € verfügen.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Die FDP muss, um beim Thema Subventionsabbau glaubwürdig zu sein, ihre verteilungspolitische Sichtweise korrigieren.

Von der CDU gibt es keine konkreten Vorschläge zur Konsolidierung oder nur alten Wein in noch älteren Schläuchen. Dagegen gibt es viele Falschmeldungen über den Haushaltsentwurf, eine Reihe beträchtlicher Mehrforderungen ohne Gegenfinanzierungsvorschläge und die üblichen Schauerballaden über ausgeplünderte und bankrotte Landschaften. Die CDU-Strategie ist eine Mischung aus Schonkost nach dem Motto, wir machen uns überall lieb Kind, und Schocktherapie

nach dem Motto, alle müssen sich viel schlechter fühlen, als es ihnen tatsächlich geht. Die Schauerballaden und Verzeichnungen erledigen sich von selbst, weil sie an den wirklichen Verhältnissen zerschellen werden. Auf einige der wiederholten Falschmeldungen will ich aber eingehen. (C)

Herr Rüttgers kalkuliert mindestens das Missverständnis, dass im Landeshaushalt eine, wie er gesagt hat, Milliardensumme für den Metrorapid stehe und ergo - das insinuiert er - andere Positionen darunter zu leiden hätten. Das ist purer Unsinn.

(Heinz Hardt [CDU]: Das ist so!)

Zum Metrorapid findet sich außer 8 Millionen € für die Projektgesellschaft kein einziger Baransatz.

(Erneut Zuruf von Heinz Hardt [CDU])

- Das ist auch Unsinn. Das ist ein reiner Strichansatz zur Durchleitung der Bundesmittel, die wir erwarten. Das, was Sie in Ihrem Gespräch gegenüber dem "Kölner Stadt-Anzeiger" angesprochen haben, ist schlicht und einfach falsch. Das war pure Absicht und von Ihnen so kalkuliert. Im Übrigen erwarte ich von der CDU in Sachen Metrorapid, dass sie endlich das Landesinteresse wahrnimmt und ihr taktisches Verhältnis zu diesem Projekt aufgibt. (D)

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Herr Hardt, so, wie Sie jetzt gerade reden, hätte ich Sie auch gern im Rahmen einer Antwort an Herrn Stoiber und seine Einlassungen zum Metrorapid-Projekt in Nordrhein-Westfalen gehört. Haben Sie sich ein bei uns!

(Widerspruch von der CDU)

Mit den so genannten "Prestigeobjekten trotz höherer Schulden" - Zitat von Herrn Rüttgers, gemeint sind Ministeriumsneubauten - soll die Leier gespielt werden, dass sich die Landesregierung selbst architektonisch bedient und andere dafür darben lässt. Das ist auch nicht der erste Versuch. Plumper geht es nicht. Weder beabsichtigt die Landesregierung, im Jahr 2003 gegenüber 2002 höhere Schulden zu machen, noch finden sich im Haushalt Ansätze zum Bau zweier Minis-

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) terien. Wenn der Bau- und Liegenschaftsbetrieb oder ein anderer Investor ein wirtschaftliches Unterbringungskonzept vorlegt, das über Mietmittel günstiger finanziert werden kann als der heutige Zustand, dann wäre die Landesregierung mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn sie sich nicht betriebswirtschaftlich höchst rational verhielte.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN - Michael Breuer [CDU]: Also doch Neubau! Sehr gut!)

Es gibt keine Streichungen bei der Schulpauschale, wie Herr Rüttgers behauptet.

(Weiterer Zuruf von der CDU)

- Nein. In einem Fall sind wir dabei, die Prüfungen vom BLB abschließen zu lassen. Das Prüfungsergebnis wird Ihnen vorgelegt.

(Michael Breuer [CDU]: Sagen Sie draußen, dass Sie zwei Ministerien neu bauen, Herr Steinbrück?)

- (B) - Ich habe damit überhaupt keine Mühe, wenn das betriebswirtschaftlich zu rechtfertigen ist und den Landeshaushalt nicht belastet, Herr Breuer. Das ist der entscheidende Punkt. Sie versuchen den gegenteiligen Eindruck zu erwecken. Sie versuchen so zu tun, als ob wir hier Selbstbedienung betrieben. Das versuchen Sie subkutan zu transportieren; das ist dummes Zeug.

(Zuruf von der FDP)

Es gibt auch keine Streichung bei der Schulpauschale, wie Herr Rüttgers permanent behauptet. Die Mittel für die Integration von ausländischen Kindern werden nicht gekürzt, sondern erhöht. Die Kommunen leiden nicht unter der Landesregierung, sondern sie leiden gemeinsam mit dem Land unter der Konjunktur, weggebrochenen Steuereinnahmen insbesondere im Jahr 2001,

(Widerspruch bei CDU und FDP)

einer Konzentration von Branchen mit schlechten Ergebnissen, der Unstetigkeit der Gewerbesteuer und Konzernumstrukturierungen zur Minderung der Steuerlast, die auf Steuerrechtsänderungen zurückgehen, die Anfang der 90er-Jahre be-

schlossen wurden, als Sie die Bundesregierung (C) stellten.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

- Ja, das ist für Sie sehr unangenehm. Ich rede konkret über das Organschaftsrecht, das Sie 1993/94 über die so genannte Organschaftsbildung bei der Körperschaftsteuer und bei der Gewerbesteuer so gebastelt haben, dass die Konzerne in der Tat heute kaum noch große Gewerbesteuerzahler sind.

(Michael Breuer [CDU]: Sagen Sie draußen, dass Sie zwei Ministerien bauen wollen?)

Das waren nicht die Sozialdemokraten 1998. Es waren auch nicht die Sozialdemokraten, die die Gewerbekapitalsteuer abgeschafft haben. Das waren Sie!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie sind es gewesen, die die Gewerbesteuer zu einer rein konjunkturabhängigen Einnahmequelle (D) gemacht haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir werden dennoch in dieser Debatte von der CDU das Bild vom Ausbluten und Plündern der Kommunen durch Bund und Land und den Vorwurf hören, dass der Finanzminister persönlich für die Insolvenz von Bauunternehmen verantwortlich sei - zu dem Ding hat sich Herr Rüttgers in meinem Wahlkreis verstiegen -, oder die Arie von der Benachteiligung des Mittelstandes durch die Steuerreform.

(Dr. Helmut Linsen [CDU]: Sie investieren nicht mehr!)

Dies alles werden wir zu sehen und zu hören bekommen: alles nicht neu, alles nicht originell, von Fakten ungetrübt, aber als Ersatz für substantielle Alternativen hoch willkommen!

Der einzige konkrete Einsparungsvorschlag, den die CDU gebetsmühlenartig wiederholt, ist ein Personalabbau von 1,5 %.

(Minister Peer Steinbrück)

(A) (Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜ-NE] - Michael Breuer [CDU]: Sehr gut!)

- Ihre Kenntnis der Grundrechenarten, Herr Breuer! Gut, dass ich die nicht habe.

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Das sind nämlich pro Jahr 375 Stellen. Wenn man die Bereiche Schule, Hochschule, Polizei, Justiz- und Finanzverwaltung ausklammert, bei denen die CDU meines Erachtens eher mehr Stellen haben will, bedeutet das einen Einsparungsbetrag von 20 Millionen €. Donnerschlag, das ist der Durchbruch!

Wir sparen im Haushalt 2003 über 200 Millionen € bei den Personalausgaben. Das ist das Zehnfache von dem, was bei Ihnen realiter herauskommen würde. Wir bauen den Stellenbestand des Landes im sechsten Jahr in Folge ab. 2003 reduzieren wir den Stellenbestand im fast 1.560 Stellen. Dem stehen zusätzliche Stellen bei den Lehrern von rund 1.230 und im Sicherheitsbereich von 95 gegenüber. Per saldo verringern sich die Stellen um 204.

(B) Seit 1997 haben wir den Stellenbestand im Saldo um über 6.200 Stellen verringert, und zwar bereinigt um Sondereffekte wie z. B. Ausgliederung der medizinischen Einrichtungen, der Landesbetriebe und des Bau- und Liegenschaftsbetriebes: seit sechs Jahren ein durchschnittlicher Stellenabbau von jährlich über 1.000 Stellen. Das ist dreimal so viel wie das, was die CDU hier fordert.

Noch einmal: Die CDU will im Endeffekt 375 Stellen streichen, aber fast 3.500 zusätzliche Einstellungen vornehmen. Statt 6.100 mehr Lehrerstellen wie wir wollen Sie 8.600 mehr Lehrerstellen und zusätzlich 1.000 Polizisten haben. Das sind zusätzliche Kosten von 175 Millionen € überschlägig per annum. Das ist keine Hilfe beim Sparen. Gegenfinanzierung: Fehlanzeige!

Die erste Lesung des Haushaltsentwurfes 2003 zehn Tage vor der Bundestagswahl durchzuführen, mag der falsche Zeitpunkt sein, meine Damen und Herren, um die zentralen Fragen zukünftiger Haushaltspolitik abgewogen und unaufgeregt zu debattieren. Ich rechne damit nicht. Aber benennen möchte ich Ihnen diese zentralen Fragen, zu denen wir vielleicht eines Tages vorstoßen können, schon.

(C) Erstens. Wir müssen die zunehmende Verspannung der öffentlichen Haushalte und auch unseres Landeshaushaltes überwinden. Allein die fünf Ausgabenposten Personal, kommunaler Finanzausgleich, Zinsen, sächliche Verwaltungsausgaben und die Mitfinanzierung der EU-Programme blockieren unseren Landeshaushalts zu 75 %. Von den 48 Milliarden € des Etats können allenfalls 1,5 Milliarden € als disponibel betrachtet werden.

Zweitens. Die Haushaltspolitik muss eine stärkere mittelfristige Ausrichtung und Verbindlichkeit bekommen.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜ-NE])

Mehr denn je kommt es darauf an, längerfristig Weichen zu stellen. Die gravierenden Probleme des Landeshaushaltes - lassen Sie mich nur die Stichworte Zins- und Schuldenentwicklung und Versorgungslasten nennen - bekommen wir nur dann in den Griff, wenn die jährliche Haushaltsaufstellung in festeren Leitplanken einer mittelfristigen Planung erfolgt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(D) Drittens. Wir müssen ehrlicher und couragierter im Kassenbuch des Landes über Schwerpunkte und Nachrangigkeiten reden. Über Strukturen zu reden heißt Schwerpunkte zu setzen und Nachrangigkeiten zu definieren. Dabei sind die Schwerpunkte weniger das Problem. Wir alle meiden gern die Festlegung auf Nachrangigkeiten, weil es nicht sehr wählerwirksam ist.

Damit sind wir letztlich in einer Debatte über die Kernaufgaben des Staates. Wesentliche Einsparungen auf der Landes- und auch auf der kommunalen Ebene lassen sich nur durch gezielte Aufgabenkritik erzielen. Dazu gehört nicht nur, den bestehenden Kranz von Aufgabenerfüllungen und Forderungen infrage zu stellen, sondern auch, neue Aufgabenstellungen nicht immer reflexhaft auf die Ebene der staatlichen Zuständigkeit zu ziehen.

Ich wünsche mir - ich werde nach dem 22.09. aktiv darauf hinwirken -, dass in der neuen Legislatur des Bundes eine so genannte Krickenbeck-Liste II verabredet und erarbeitet wird, d. h. der Bestand gesetzlicher Verpflichtungen zu kos-

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) tenwirksamen Maßnahmen nicht zuletzt auf der Ebene der Länder und Kommunen durchforstet wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das kann dann durchaus in die Förderalismusdebatte einmünden, in der die Beziehungen zwischen Bund und Ländern nicht nur auf der Einnahmenseite, sondern auch auf der Ausgabenseite neu justiert wird.

Zurück in die aktuelle Politik: Ich fand die finanz- und haushaltspolitischen Einlassungen vor allem der Union der jüngsten Wochen und Tage nachhaltig faszinierend und möchte das aus meiner Sicht in fünf Punkten zusammenfassen.

Erstens. Nie genoss die Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung eine höhere Wertschätzung durch die CDU/CSU als in diesen Tagen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- (B) Denn aus Ihrer Kritik an einer Verschiebung der zweiten Stufe um ein Jahr als mittelstandsfeindlich und konjunkturschädlich resultiert im Umkehrschluss, dass die Steuerreform sehr wohl Entlastungen für den Mittelstand und positive Wirkungen für die Konjunktur gebracht hat.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vom falschen Weg und von der Geringschätzung dieser Effekte sind Sie inzwischen weit entfernt. Ich glaube, man darf Ihnen attestieren, Herr Rüttgers und allen anderen auf Ihrer Seite: Sie haben sich in der Finanzierungsfrage der Flutschädenbeseitigung grandios verheddert.

Zweitens. Es fällt eine erstaunliche Parallelität auf. Da war die spannungsvolle Erwartung, wie ich schon gesagt habe, teilweise die Sehnsucht von CDU/CSU-Vertretern spürbar, nun fange sich der Hans Eichel aber einen blauen Brief ein - wofür es übrigens keinerlei konkrete Hinweise aus Brüssel gibt -, weil er die Staatsdefizitgrenze von 3 % nicht mehr einhalten könne.

In denselben Tagen, in denen diese Mahnungen geäußert wurden, stellen Frau Merkel und Herr Stoiber ein Sofortprogramm von CDU/CSU der Öffentlichkeit vor, das schon im Jahre 2003 zu

- Haushaltsmehrbelastungen von sage und schreibe 21 Millionen € führt; Gegenfinanzierung: Fehlanzeige! (C)

Ihr Sofortprogramm, das Sie Ende August vorgestellt haben, lässt sich minutiös aufrechnen - ich gebe Ihnen gerne meine Anlage dafür -: Es kostet im nächsten Jahr 21 Milliarden €, und Sie bieten keinerlei Gegenfinanzierung. Stellen Sie sich vor, eine sozialdemokratisch geführte Regierung würde einen solchen Vorschlag machen, was da los wäre!

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Stellen Sie sich mal vor, wir hätten eine solche Steuerreform gemacht, was dann los wäre! - Gegenruf von Edith Müller [GRÜNE] - Unruhe - Glocke)

- Die Steuerreform ist gut. Wenn Sie die Steuerreform so schlecht finden, Herr Linssen, können Sie doch gar nichts gegen die Verschiebung der zweiten Stufe haben!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- Dann spielt es doch keine Rolle. Sie sind in der Logik nicht präzise. In Ihrem Fall tut mir das leid. (D)

(Zurufe von der CDU)

Wie schaffen Sie es, Krokodilstränen über einen blauen Brief zu vergießen, wenn Sie selber gleichzeitig das Staatsdefizit in die Höhe schrauben?

Drittens. "Höhere Zinsen sind das kleinere Übel als höhere Steuern" - so der Kanzlerkandidat Stoiber im Bundestag am 29. August dieses Jahres. Da habe ich mir gesagt: Hört, hört! Das werden Jungwählerinnen und Jungwähler mit Aufmerksamkeit registriert haben.

(Zuruf von der CDU)

Höhere Zinsen sind das kleinere Übel als höhere Steuern! Das heißt also: Eine Verschuldung zu lasten kommender Generationen ist zumutbarer als der Gegenwartsbeitrag einer solidarischen Gesellschaft über den Verzicht auf eine Steuer-senkung für ein Jahr. Das ist die Quintessenz.

(Minister Peer Steinbrück)

(A)

(Beifall bei der SPD)

Versuchen Sie einmal, das weiter auf der Wegstrecke bis zum 22. September zu begründen, nach Möglichkeit schon heute in Ihrer Replik.

(Zurufe von der CDU - Gegenrufe von der SPD)

Viertens. An ein und demselben Tag - ich glaube, Ende August; da muss die Luft sehr lau gewesen sein - konnte man von Herrn Diegel ein Klagelied über Einnahmeausfälle in der Landeskasse von angeblich 1 Milliarde € in diesem Jahr vernehmen - er hat das inzwischen auf 1,9 Milliarden € gesteigert - und von Herrn Stoiber und Frau Merkel das Versprechen entgegennehmen, dass die Steuern schon 2003 und dann in einer großen Reform 2004 weiter gesenkt würden. Wie passt das zusammen? Noch einmal: Ihr Sofortprogramm kostet 21 Milliarden €. In Ihrem Wahlprogramm werden sogar finanzwirksame Forderungen gestellt, die sich auf 76 Milliarden € addieren. Allein das von der CDU, namentlich von Herrn Rüttgers, propagierte Familiengeld schlägt mit einer ansteigenden Belastung von 10 Milliarden DM im Jahre 2004 auf 31 Milliarden € im Jahre 2006 zu Buche.

(B)

Was sagen denn eigentlich die Oberbürgermeister, die Landräte und die Bürgermeister Ihrer Partei zu diesen Luftbuchungen, die Sie da vornehmen, mit den konkreten Auswirkungen auf die Kassen der Kommunen und des Landes?

(Zurufe von der CDU)

Der Vollständigkeit halber will ich hinzufügen, dass auch die FDP-Steuerreform mit einem Dreistufentarif - 15 %, 25 %, 35 % - mit einem Ausfall von ebenfalls 76 Milliarden € verbunden wäre. Und Ihre Vorstellung über einen erhöhten Kinderfreibetrag und Kindergeld müssten Sie in der Größenordnung von 24 Milliarden € gegenfinanzieren. Herr Diegel, da brauchen Sie eine riesige Verstärkeranlage, um dieses Lied anzustimmen. Das ist alles maßlos, meine Damen und Herren, es ist maßlos und disziplinlos.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Jammern Sie in dieser Debatte nicht über die labile oder gefährdete Einnahmeseite des Landeshaushalts, jammern Sie nicht über die Lage der Kommunen, solange Sie sich nicht von diesen disziplinlosen und verantwortungslosen Luftbu-

chungen mit fatalen Auswirkungen auf alle Kassen der Republik distanzieren! (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Fünftens und letztens: Kurz vor der Bundestagswahl werden selbstredend die Sozialversicherungsbeiträge in die Schlagzeilen gebracht. Herr Seehofer rechnet zum Jahreswechsel mit einer Steigerung um einen Prozentpunkt auf - nach meinem Erinnerungsvermögen - ungefähr 42,3 %. Ich teile seine Einschätzung und die Einschätzung vieler, dass dies negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hätte, weil dann die Bruttoarbeitskosten steigen.

Aber dann muss jemand von der CDU ganz ruhig und nachvollziehbar, von mir aus auch pädagogisch erklären, wie Sie auf die letzte Stufe der Ökosteuer verzichten können mit der Folge, dass die Einnahmen in Höhe von 2,5 Milliarden € nicht mehr zur Senkung der Rentenversicherungsbeiträge zur Verfügung stehen. Oder Sie müssen mir erklären, wie Sie, wenn Sie für die Abschaffung der Ökosteuer insgesamt sind, die damit verbundenen Mindereinnahmen von 16 Milliarden €, die im Augenblick die Rentenversicherungsbeiträge senken, ersetzen wollen, damit der jetzige Rentenversicherungsbeitrag nicht von 19,1 % auf 21,7 % steigt. Herr Arentz, vielleicht übernehmen Sie diese Rolle mir gegenüber.

(D)

(Zurufe von der CDU)

Das, meine Damen und Herren, sind fünf finanz- und haushaltspolitische Pirouetten allein aus der Debatte der letzten Wochen, die alle für die Haushalts- und Finanzentwicklung auch unseres Landes relevant sind. Sie machen deutlich, dass das Kompetenzprofil der Oppositionsparteien alles andere als überzeugend ist. Sie haben allen

Anlass, nicht nur mit dem Haushaltsdokument der Landesregierung, sondern vor allen Dingen auch mit Ihren eigenen Ungereimtheiten und Widersprüchen kritisch umzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Der Entwurf 2003 ist ein Konsolidierungshaushalt und doch sozial ausgewogen. Wir konsolidieren mit Augenmaß. Grundstrukturen unserer Fürsorge und Daseinsvorsorge, insbesondere für die schwächeren Gruppen der Gesellschaft werden nicht angetastet. Wir führen die Neuverschuldung

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) in einem vertretbaren Ausmaß zurück und setzen in wichtigen Politikbereichen Schwerpunkte. Ich kenne bisher keine bessere Alternative zum Kurs der Landesregierung.

Wenn es in den parlamentarischen Beratungen gelingen sollte, Spielräume für zusätzliche Akzente zu erschließen, wird dies die Landesregierung konstruktiv begleiten. Die Verfassung setzt allerdings klare Grenzen. Verdeckte Spardosen, Umwege oder Fluchtwege gibt es nicht. Ich bin ziemlich sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger in dieser Verfassungsgrenze nicht nur ein abstraktes Gebot sehen, sondern einen von ihnen für wichtig erachteten Mechanismus, der das staatliche Ausgabeverhalten diszipliniert. Sie wollen, dass sich die öffentlichen Kassen gerade auch in klammen Zeiten denselben Überlegungen und Einschränkungen unterwerfen wie ihre privaten Haushaltskassen auch.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Deshalb bin ich überzeugt, dass selbst schmerzhaft Kürzungen mehrheitlich verstanden werden und die Addition betroffener Einzelinteressen nicht automatisch als das Gesamtinteresse des Landes wahrgenommen oder damit gleichgesetzt wird.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung kann Ihnen keine sich aufhellenden Haushaltshorizonte versprechen. Wir beteiligen uns nicht an dem Überbietungswettbewerb zusätzlicher Leistungen oder auch zusätzlicher Personalstellen ohne Gegenfinanzierung. Aber wir bieten Ihnen, meine Damen und Herren - und das sage ich den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes -, unsere Gestaltungskraft für die vordringlichen Aufgaben dieses Landes an, unsere Klarheit und Wahrhaftigkeit und unser solides Handwerk unter sehr schwierigen haushaltspolitischen Bedingungen. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Finanzminister. - Zur Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2003 erteile ich Herrn Innenminister Dr. Behrens das Wort.

Dr. Fritz Behrens, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Steinbrück hat eben von den schwierigen Bedingungen gesprochen, unter denen die Haushaltsberatungen auf allen politischen Ebenen in Deutschland und - man kann vermutlich sagen - überall in Europa zurzeit stattfinden. Das wird sich sicher auch nach dem 22.09. nicht ändern. Umso froher bin ich - das will ich am Anfang sagen -, dass es gelungen ist, die Zuweisungen des Landes an die Kommunen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz um 0,8 % auf 7,2 Milliarden € anzuheben, während gleichzeitig der Landeshaushalt um 0,9 % sinkt.

Allerdings - darauf hat soeben Herr Finanzminister noch einmal und habe ich schon seit Monaten immer wieder hingewiesen - verschärft der hohe Abrechnungsbetrag des Steuerverbundes aus dem Jahre 2001 die Finanzsituation der Kommunen in 2003 noch einmal erheblich. Da die Steuereinnahmen des Landes 2001 drastisch geringer als erwartet ausgefallen sind, müssen die Städte und Gemeinden den Rekordbetrag von 664,3 Millionen € bei den allgemeinen Zuweisungen im Jahre 2003 zurückzahlen.

Vor diesem Hintergrund war es umso notwendiger, den Schlüsselzuweisungen und den Investitionspauschalen, also den allgemeinen Zuweisungen im Verwaltungshaushalt, oberste Priorität bei der Fertigstellung des GFG einzuräumen. Um dieses Ziel zu erreichen, mussten zwangsläufig zweckgebundene Zuweisungen verringert werden.

Mit dem vorliegenden Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes wollen wir den Gemeinden und Gemeindeverbänden auch im Jahre 2003 ein verlässlicher Partner sein. Die Kommunen brauchen dringender denn je die Zuweisungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz. Um die veränderte Bedarfs- und Einnahmesituation aller Städte und Gemeinden angemessen zu berücksichtigen, haben wir für das Gemeindefinanzierungsgesetz 2003 eine Aktualisierung der Grunddaten vorgenommen.

Die bisherige Basis beruhte auf den Ergebnissen der Jahre 1992 bzw. 1993 und wird jetzt mit den Ergebnissen des Jahres 1999 aktualisiert. Damit erfüllen wir auch die Forderung des Verfassungsgerichtshofes Nordrhein-Westfalen, der eine regelmäßige Überprüfung der den Schlüsselzuweisungen zugrunde liegenden Daten verlangt.

(C)

(D)

(Minister Dr. Fritz Behrens)

- (A) Trotz unabweisbarer Zwänge ist die Landesregierung mit dem vorliegenden Gesetzentwurf bis an die Grenzen des Machbaren gegangen. Wir alle wissen um die finanziellen Schwierigkeiten, vor allem bei den Städten und Gemeinden. Weitere Aufgabenbelastungen durch Bund und Land darf es für die Kommunen nicht geben. Aber bloße Polemik oder Verweigerung helfen hier nicht weiter. Patentrezepte, meine Damen und Herren, hat nämlich keiner zur Hand. Nur gemeinsam werden wir - Land und Kommunen - die gewaltigen Anforderungen bewältigen können, denn Land und Kommunen sind und bleiben eine Gemeinschaft - in guten wie in schlechten Zeiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Meine sehr verehrten Damen und Herren, bis auf diese Mikrofone am Rednerpult ist die neu installierte Anlage leider ausgefallen. Wir sind bemüht, das sofort wieder in Ordnung zu bringen. Es kann sein, dass für kurze Zeit die Sitzung unterbrochen werden muss. Aber ich bitte Sie, hier zu bleiben. Es wird versucht, das sofort zu reparieren. Dann werden wir mit der Beratung des Landeshaushaltes und des Gemeindefinanzierungsgesetzes unmittelbar fortfahren. - Vielen Dank.

(B)

(Kurze Unterbrechung)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren fort in der ersten Lesung des Landeshaushalts 2003 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung. Die Drucksachen 13/2800 und 13/2801 liegen Ihnen vor.

Ich eröffne die **Beratung**. Als erstem Redner erteile ich für die CDU Herrn Dr. Rüttgers das Wort.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich gehe ganz vorsichtig mit der neuen Anlage um - das verspreche ich.

Wir beraten heute - obwohl es etwas schwierig war, das bei den Einbringungsreden schon genau zu identifizieren - den Haushaltsplanentwurf 2003 des Landes Nordrhein-Westfalen. Es ist der Entwurf einer Landesregierung, die keine Kraft zur politischen Gestaltung mehr hat.

(Beifall bei CDU und FDP)

(C)

Es gibt ja viele in der rot-grünen Koalition, die das auch haben kommen sehen und die kein Verständnis dafür haben, dass die Landesregierung einen solchen Haushalt wenige Tage vor der wichtigen Bundestagswahl unbedingt der Öffentlichkeit vorstellen wollte.

Herr Steinbrück hat das auch gemerkt. Er hat deshalb versucht, statt einer Einbringungsrede eine Wahlkampfreden zu halten. Aber ich finde, es war eine schlechte Wahlkampfreden.

(Beifall bei der CDU - Marc Jan Eumann [SPD]: Es war eine gute Rede!)

Vermutlich ist das auch der Grund, weshalb bei ihm die Wahlveranstaltungen nicht so gut besucht sind. Aber sei's drum.

Am Samstag las ich im "Kölner Stadt-Anzeiger", die Landesregierung erwarte heute eine Wahlkampfschlacht. Eines ist klar: Der Haushalt ist ein Dokument des finanzpolitischen Versagens und des sozialen Kahlschlags. Aber, meine Damen und Herren von der Landesregierung, ich werde Ihnen den Gefallen nicht tun, hier jetzt auch eine Wahlkampfreden zu halten. Ich finde, der Haushalt 2003 ist zu wichtig für die Zukunft unseres Landes, um ihn im Wahlkampfgetöse untergehen zu lassen.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Die Lage in Nordrhein-Westfalen ist gekennzeichnet durch eine viel zu hohe Arbeitslosigkeit, weniger Lehrstellen, mehr Insolvenzen und weniger Neugründungen. Wir haben einen dramatischen Einbruch bei den Steuereinnahmen. Es gibt immer größere Defizite in den Kommunalhaushalten. Wir haben steigende Personalkosten und eine Pensionslawine.

Das alles, meine Damen und Herren, führt zu einer Erosion der finanzpolitischen Basis des Landes und damit zu einer Zerstörung der sozialpolitischen Kultur, wie sie das Land noch nie erlebt hat.

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) Übrigens ist das gleichzeitig die Bilanz der Regierung Clement wenige Wochen vor der Halbzeit dieser Legislaturperiode.

Nun hat der Ministerpräsident - wir haben das alle gelesen und gehört - in den letzten Wochen versucht, dieses miserable Zeugnis mit der Lage der Weltwirtschaft zu erklären. Gleichzeitig hat er sich auch immer bemüht nachzuweisen, dass es in Bayern noch schlechter sei als in Nordrhein-Westfalen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, mich interessiert in diesen Haushaltsberatungen nicht, wie es den Bayern oder wie es den Chinesen geht. Mich interessiert, wie es den Menschen in Nordrhein-Westfalen geht.

(Beifall bei der CDU)

Und denen geht es nicht so gut, wie es ihnen bei einer guten Politik gehen könnte.

Die Menschen sind unzufrieden. Deshalb demonstrieren heute hier in Düsseldorf auch Tausende gegen die Politik der Landesregierung. Wir tagen mit einem gigantischen Polizeiaufgebot vor der Tür, weil wir schon nicht mehr wissen, ob wir die Debatte hier vor lauter Demonstranten führen können. Ich kann die Menschen verstehen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Wenn die Opposition in den früheren Jahren auf Fehler hingewiesen hat, dann haben Sie uns beschimpft oder erklärt - wir haben das gerade von Herrn Steinbrück wieder gehört -, wir würden das Land schlechtreden. Nun, das geht jetzt nicht mehr. Wenn Sie es uns nicht glauben, dann werden Sie es eben den Menschen unseres Landes, die da draußen demonstrieren, glauben müssen. Die sind das Volk, und die haben Recht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Nun, was sagen die Menschen in NRW? - Zum Beispiel Berthold Holzgreve, der Vorsitzende des VDK, greift Arbeitsminister Schartau an und bezeichnet die Kürzungen der Landesregierung als - wörtlich - Sozialkahlschlag. Und auch er hat Recht; denn, meine Damen und Herren von der Landesregierung, Sie wollen die Mittel für den Bau von Alten- und Pflegeheimen komplett streichen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Schlamm!) (C)

Sie wollen die Landeszuschüsse für die Aidshilfe in NRW kürzen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Herzlos!)

Sie wollen die Mittel zur Bekämpfung der Suchtgefahren kürzen. Sie streichen beim Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" mehr als 10 Millionen €. Sie kürzen die Mittel zur Förderung der Ausbildungschancen benachteiligter Jugendlicher um 3,5 Millionen €. Sie wollen trotz heftiger Kritik der Jugendverbände die Mittel für den Landesjugendplan um rund neun Millionen € kürzen.

Sie kürzen also bei den Alten, bei den Behinderten, bei den Schwachen, bei den Jugendlichen. Das ist unfair und ungerecht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Und noch etwas: Als Mitglied der SPD, einer Partei, die einmal kompetent für soziale Gerechtigkeit war, würde ich mich angesichts eines solchen Haushalts schämen.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Einen Kahlschlag gibt es nicht nur im Sozialsektor. Die Mittel für kommunale Orchester sinken um 24 %, die Mittel für private Orchester um 6,6 %. Die Zuschüsse für die Förderung der kommunalen Theater sinken um 17 %, die für kommunale Bibliotheken um 41 %. Hinzu kommen Einsparungen bei der regionalen Kulturförderung um 45 %.

(Richard Blömer [CDU]: Unglaublich!)

Wenn das Wirklichkeit wird, dann wird nicht nur die kulturelle Infrastruktur des Landes nachhaltig geschädigt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Als Mitglied der SPD, einer Partei, die einmal für "Kultur für alle" stand, würde ich mich auch dafür schämen.

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) Der Präsident des Landessportbundes, der ehemalige SPD-Vizepräsident des Landtags Richard Winkels, protestiert gegen Kürzungen bei 77.000 Übungsleitern in den Sportvereinen. Erklären Sie uns einmal bitte die Logik! In dem Jahr, in dem wir uns um Olympia bewerben, in dem Jahr, in dem jeder weiß, dass der Breitensport ein zentrales Kriterium für die Frage ist, ob man den Zuschlag für Olympia bekommt, wird hier beim Breitensport gekürzt. So gefährden Sie unsere Olympiabewerbung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Morgen jähren sich zum ersten Mal die furchtbaren Anschläge auf New York und Washington. Der Innenminister hat etwas für die Terroristenbekämpfung getan; das stimmt. Aber er verschweigt, dass diese Mittel bei der Kriminalitätsbekämpfung eingespart worden sind. Die Gewerkschaft der Polizei - das ist nun wahrlich keine Unterstützungsgruppe der CDU - sieht deshalb die Grenze der Belastbarkeit endgültig erreicht. Was das konkret heißt, will ich Ihnen sagen: Eine einfache Auspuffreparatur an einem zivilen Fahrzeug der Polizei in Goch konnte mangels Geld nicht ausgeführt werden. "Wir müssen Kosten sparen", sagt ein Beamter, "Anweisung von oben!"

(B)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Das sagen die immer!)

Um die Benzinkosten zu senken, wurden in Hilden jetzt fünf Damenräder und zwei Mountainbikes angeschafft. "Auch bei Regen müssen die Kollegen jetzt mit dem Rad zu einer Unfallstelle fahren", sagt ein Beamter.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ihre Sorgen möchte ich haben!)

Wer das als Einzelfälle abtut, dem sage ich: Die Polis-Studie des Innenministers zeigt, dass die Lage bei der Polizei inzwischen unerträglich ist. Und ich sage: Die Gewerkschaften haben Recht.

(Beifall bei der CDU)

Als Landesinnenminister würde ich mich schämen, für so etwas verantwortlich zu sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

PISA hat gezeigt: Unser Schulsystem in NRW ist mittelmäßig und abgeschlagen. Völlig klar: Mit dem Haushalt 2003 müsste die Landesregierung deshalb deutliche Prioritäten bei der Bildung setzen. Im Haushaltsentwurf - wir haben es gerade von Herrn Steinbrück gehört - werden 1.229 Stellen angekündigt. Der Bildungsetat - so die Landesregierung - soll um 2,6 % steigen. Nun, meine Damen und Herren, so weit die Theorie. (C)

Tatsache ist: Allein 649 Stellen werden für das neue Programm "Englisch in der Grundschule" benötigt. Neue Aufgaben - das ist doch klar - machen auch neue Stellen notwendig.

Im Programm "Geld statt Stellen" werden aber die Mittel im Volumen von 600 Lehrerstellen gekürzt; das sind 30 Millionen €. Beides zusammen heißt: Es gibt in diesem Haushalt keine einzige Stelle gegen den massenhaften Unterrichtsausfall. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Stattdessen: Fast 96 Millionen € will das Land 2003 durch den Einsatz von Referendaren mit bedarfsdeckendem Unterricht sparen. Das entspricht 1.900 Lehrerstellen, die eigentlich hätten zur Verfügung gestellt werden müssen, für die aber jetzt junge Leute, die eigentlich ausgebildet werden müssten, eingesetzt werden, um die Lächer zu stopfen. Das ist nicht in Ordnung. (D)

(Beifall bei der CDU)

459 Stellen für den muttersprachlichen Unterricht sollen 2003 wegfallen, also weniger Lehrer statt mehr Lehrer. Und bei der Schulpauschale werden 80 Millionen € gekürzt.

Herr Steinbrück hat uns gerade gesagt: In Wahrheit sei da überhaupt keine Kürzung. Ich habe hier eine Rede, die der Innenminister bei der 750-Jahr-Feier der Stadt Vreden gehalten hat. Darin heißt es wörtlich - kurz -:

"Wir müssen die Erfüllung der Kernaufgaben garantieren. Vom Land werden bis 2004 pro Jahr 500 Millionen € als Schulpauschale zur Verfügung gestellt."

Im Haushaltsentwurf stehen 420 Millionen €. Entweder redet der Innenminister irre, oder hier wird versucht, die Öffentlichkeit zu täuschen, meine Damen und Herren.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

(A) (Beifall bei der CDU)

Herr Steinbrück, Ihre merkwürdige Rechnung lautet, im letzten Jahr hätten Sie 500 Millionen zur Verfügung gestellt, obwohl Sie nur 460 Millionen versprochen hätten, die ursprünglich auch im Haushalt standen, jetzt könnten Sie diesen Ansatz nicht mehr halten, weswegen es nur noch 420 Millionen gebe; dies seien im Durchschnitt 460 Millionen.

(Edith Müller [GRÜNE]: Das ist nicht wahr, Herr Rüttgers!)

So kann man vielleicht bei der Baumschule rechnen. Die Konsequenz ist aber, dass die Kommunen weniger Geld haben, um die Schulgebäude zu sanieren. Das ist nicht in Ordnung, weil die Kinder darunter leiden.

(Beifall bei der CDU)

Allein nach Auffassung des Städte- und Gemeindebundes liegt der Sanierungsstau bei 7 Milliarden €. Insofern sind diese Kürzungen nicht in Ordnung.

(B) (Edith Müller [GRÜNE]: Es ist doch nicht wahr, was Sie da erzählen!)

- Regen Sie sich nicht auf, Frau Müller! Hören Sie lieber zu!

Die angebliche Steigerung im Bildungshaushalt um 480 Millionen € oder 2,6 % - das ist der zentrale Punkt der frohen Botschaft der Landesregierung - erweist sich bei näherer Betrachtung als reine Steigerung der Pensionskosten. Die Versorgungsbezüge im Bildungsbereich steigen von 2,36 Milliarden € im Jahre 2002 auf 2,76 Milliarden € im Jahre 2003. Das heißt, es gibt überhaupt nicht mehr Geld für Schulen, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrer, sondern nur für pensionierte Lehrer. Das ist die größte Täuschung, die ich bei Haushaltsplanberatungen jemals erlebt habe, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Im Kapitel "Berufliche Aus- und Weiterbildung" kürzen Sie 22,1 % weg, bei der strategischen Forschungsförderung kürzen Sie 20 % weg, beim Innovationstransfer und bei den Existenzgründungen im Hochschulbereich kürzen Sie 20 % weg;

außerdem führen Sie zur Haushaltssanierung (C) Studiengebühren ein. Ich könnte die Liste noch fortsetzen. Gegen diese Kürzungen protestieren Lehrer- und Elternverbände, Studenten und Hochschullehrer. Wer noch einmal behauptet, die Landesregierung tue mehr für die Bildung, täuscht die Menschen im Land. Meine Damen und Herren, das ist die Wahrheit dieses Haushaltes.

(Beifall bei der CDU)

Die Bildungsangebote werden trotz PISA real gekürzt; das ist ein Anschlag auf den Zukunftsortandort Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, immer wieder habe ich an diesem Rednerpult darauf hingewiesen, dass es so nicht weitergehen kann. Ihre Antwort lautete entweder stereotyp, es sei nicht so schlimm, oder Sie fragten: "Woher nehmen und nicht stehlen?" Im Kern waren diese beiden Sätze das, was der Finanzminister eben in beredten Worten zu erklären versucht hat.

Ich sage Ihnen nun, was finanzpolitisch geschehen muss. Ich tue dies übrigens nicht, indem ich einfach unsere Vorschläge wiederhole, die wir hier in großer Zahl eingebracht haben.

(Minister Dr. Michael Vesper: Was? Welche denn? - Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Welche Vorschläge?)

(D) - Regen Sie sich nicht auf! Sie haben alle unsere Vorschläge abgelehnt. Jetzt können Sie doch nicht fragen, wo unsere Vorschläge sind. Das ist unseriöses Gerede.

(Beifall bei der CDU - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Also habt Ihr immer noch keine!)

Ich will unsere Vorschläge heute nicht wiederholen, sondern Sie mit Ihren eigenen Vorschlägen zur Verbesserung der Finanzsituation des Landes konfrontieren.

(Zuruf von der CDU: Das wird wehtun!)

Ich zitiere:

"Die übliche Therapie zur Haushaltskonsolidierung besteht darin, aus einer fest ge-

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) zimmerten Haushaltsstruktur Prozentsätze von Einsparungen herauszustemmen. Das sind quälende Sparaktionen, die selten in einer Befreiung enden, durchweg aber Frustrationen hinterlassen."

Das, Werte Kolleginnen und Kollegen, ist kein Zitat von mir, sondern das stammt aus einem Aufsatz des Finanzministers Steinbrück vom April dieses Jahres.

(Minister Peer Steinbrück: Richtig!
Das ist so!)

Ich frage Sie, Herr Steinbrück: Wenn Sie es also besser wissen, warum haben Sie denn in diesem Jahr wieder das gemacht, was Sie als frustrierend und quälend empfinden, statt einmal das zu tun, was wirklich notwendig ist?

(Beifall bei der CDU)

Warum wieder das quälende Gewürge in Kabinett und Koalition, wenn, wie Sie ja zu Recht sagen, Frustration und ein unzulängliches Ergebnis übrig bleiben?

- (B) Sie schreiben dann weiter:

(Zuruf von der SPD: Ist das hier eine Vorlesestunde?)

"Angesichts des Mangels an Einnahmen und wegen Überforderungen bei den Ausgaben führt die Haushaltspolitik ein ständiges Rückzugsgefecht, ohne Aussicht, Raum für strukturelle Änderungen und politische Gestaltung zurückzugewinnen. Genau dies ist aber zwingend notwendig."

Wenn dies zwingend notwendig ist, warum haben Sie dann nichts getan, Herr Steinbrück? Wer wie Sie wider besseres Wissen einen solchen Haushalt vorlegt und damit die soziale Kultur unseres Landes nachhaltig beschädigt, wer wider besseres Wissen die Haushaltsstrukturen nicht mehr verändern kann, wer wider besseres Wissen keine neuen Haushaltsspielräume eröffnen kann, wer wider besseres Wissen eine prozyklische statt einer antizyklischen Finanzpolitik macht und dadurch die Rezession noch verstärkt, statt sie zu bekämpfen, der ist eben handlungsunfähig und mit seiner Politik letztlich gescheitert, Herr Steinbrück.

(Beifall bei der CDU)

(C)

Sie schreiben weiter:

"Setzen wir die bisherige Therapie fort, würden uns folgende Trends erdrosseln: Erstens. Der Anteil der Zinsausgaben am Landeshaushalt würde auf etwa 12 % steigen. Der Schuldenstand nähme weiter zu und könnte letztlich nur durch Steuererhöhungen gelöst werden."

Wahr ist: Der Schuldenstand Nordrhein-Westfalens ist vom 30. Juni 2000 bis zum 30. Juni 2002, also in nur zwei Jahren, um fast 10 Milliarden € auf 89,5 Milliarden € gestiegen. Im kommenden Jahr wollen Sie nochmals 3,25 Milliarden € Schulden machen. Der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben wird im Jahre 2003 schon auf 10 % steigen, und es geht ungebremst weiter. Zum Ausgleich für diese verfehlte Finanzpolitik wollen Sie dann den Bürgerinnen und Bürgern die Steuern zum 1. Januar 2003 gleich viermal erhöhen. Das ist ein schöner Aufsatz von Herrn Steinbrück, aber eine schlechte Politik.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Herr Steinbrück schreibt von einem zweiten Trend, der uns erdrosseln würde:

"Zweitens. Der Anteil der Personalausgaben würde vor allem wegen der Dynamik der Pensionslasten bis zum Jahr 2010 auf 46,3 % explodieren."

Die Personalausgaben im Landeshaushalt steigen im kommenden Jahr auf 20,38 Milliarden € und damit auf 42,6 %. Sie haben immer noch nicht richtig mit dem Personalabbau in der Landesverwaltung angefangen. Der Innenminister hat in der "NRZ" erklärt, dass es in den Landesministerien und landeseigenen Behörden Einsparpotenziale beim Personal - Zitat - "bis zu 30 %" gebe. Wenn das so ist, warum tun Sie dann nichts, Herr Steinbrück?

(Beifall bei der CDU)

In der "WAZ" vom 24. April 2002 heißt es, in der NRW-Verwaltung gebe es noch 10.500 Planstellen, die kurzfristig wegfallen sollten, bisher aber nicht gestrichen worden seien. In

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) diesem Zusammenhang erklärt Ministerin Höhn, die uns heute leider nicht die Ehre ihrer Anwesenheit gibt:

"Wenn wir diese Stellen schneller abbauen, können wir den Haushalt mittelfristig entlasten und Spielräume für politische Gestaltung zurückgewinnen."

Eine klarere Bestätigung für meinen Vorwurf, dass die Landesregierung handlungsunfähig ist, habe ich noch nirgendwo gelesen. Frau Löhrmann, bitte richten Sie Frau Höhn meinen Dank hierfür aus.

(Beifall bei der CDU)

Der dritte Erdrosselungstrend des Herrn Steinbrück:

"Die öffentlichen Investitionen würden demgegenüber weiter sinken, was sowohl konjunkturell als auch im Sinne des Infrastrukturbedarfs unseres Landes widersinnig wäre."

- (B) Richtig erkannt, Herr Steinbrück. Aber wieso schreiben Sie "wäre"? Richtig muss es doch heißen: Das ist widersinnig. - Sie fahren die Investitionsquote im nächsten Jahr auf einen historischen Tiefstand von 9,3 %. Der Investitionsstau in unserem Land liegt inzwischen bei mindestens 20 Milliarden €. Herr Clement, vor 20 Jahren lag die Investitionsquote noch bei 19,7 %.

Die IHKs heben in diesen Tagen hervor, dass die Landesstraßen in einem erbärmlichen Zustand sind. Der ADAC weist auf das Unfallrisiko durch Schlaglöcher hin. Die Landschaftsverbände denken darüber nach, wieder Vierbettzimmer in den Altenpflegeheimen einzuführen, weil es kein Geld mehr für Neubauten gibt. Im Land fehlen nach Auskunft der Landesjugendämter rund 7.500 Kindergartenplätze.

Meine Damen und Herren, wer jetzt die Investitionen drosselt, handelt falsch. Am meisten ärgert mich aber, dass auf das Wort der Landesregierung kein Verlass mehr ist. Die Landesregierung ist nicht nur handlungsunfähig, sondern auch wortbrüchig.

(Beifall bei der CDU)

Der vierte Erdrosselungstrend des Herrn (C) Steinbrück:

"Die Altersentwicklung unserer Gesellschaft wird die Sozialversicherungssysteme vor immense Herausforderungen stellen."

Wenn Sie das wissen, Herr Steinbrück, warum tun Sie dann nichts? Es war eine der großen Ankündigungen in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vor zweieinhalb Jahren, diese Probleme beherzt angehen zu wollen. Was ist dabei herausgekommen? - Ein Stadttorgespräch, in dem wir das erfahren haben, was wir schon vorher wussten. Das ist die typische Art des Ministerpräsidenten: Schlagzeilen produzieren, anstatt zu handeln. Herr Clement, tun Sie endlich etwas und führen Sie nicht nur Stadttorgespräche!

(Beifall bei der CDU - Ministerpräsident Wolfgang Clement: Sie brauchen an den Stadttorgesprächen doch nicht teilzunehmen!)

- Ich muss daran auch nicht teilnehmen. Ich bin doch nicht dazu da, Ihnen in Ihrem Drang nach Selbstdarstellung Foren zu verschaffen.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Dann dürfen Sie aber nicht im Zusammenhang mit dem Aufbau des Pensionsfonds von 36 Millionen sprechen. - Stadttorgespräche zu führen und etwas Richtiges zu sagen, letztendlich aber nichts zu tun, das zeichnet Sie aus. Herr Clement. Sie sind handlungsunfähig und leider auch wortbrüchig.

(Beifall bei der CDU - Ministerpräsident Wolfgang Clement: Mein Gott!)

Der fünfte Erdrosselungstrend des Herrn Steinbrück:

"Die Einnahmeseite wird durch die weiteren Schritte der Steuerreform zu Beginn 2003 und 2005 tendenziell schwächer. So bleiben realistisch nur Steuermehreinnahmen aufgrund des Wirtschaftswachstums und eine stärkere Bekämpfung der Steuerhinterziehung."

Werte Kolleginnen und Kollegen, jeder im Land weiß, dass Steuersenkungen zu mehr Wachstum führen, dass mehr Wachstum zu mehr Beschäfti-

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) gung führt und dass beides zu höheren Steuereinnahmen führt. Das war bei Gerhard Stoltenberg, in den USA, in Großbritannien, in den Niederlanden und auch anderswo so.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Das ist aber alles lange vorbei!)

Nur bei Ihnen ist das anders. Und das hat seinen Grund, lieber Herr Clement. Der Grund ist Ihre falsche Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt sind wir auch beim eigentlichen Thema, der Wirtschaftspolitik. Jeder weiß, dass Sie den Haushalt alleine mit Kürzungen nicht in den Griff bekommen werden. Wir brauchen mehr Wachstum und Beschäftigung. 100.000 Arbeitslose kosten den Staat mehr als 2 Milliarden €. Hier liegt der Schlüssel zu mehr Wachstum und Beschäftigung und damit zu ausgeglichenen Haushalten. Auf diese Weise kann man auch den sozialen Kahlschlag bekämpfen und nicht mit einer Politik, die zu Minuswachstum und dazu führt, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine desolote Wirtschaftssituation haben, die man nur als Stagnation und Rezession beschreiben kann.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Als die Konjunktur noch lief, haben Sie die Lohn- und Einkommensteuer gesenkt; das war richtig. Andere Steuern haben Sie aber gleichzeitig erhöht bzw. wollen Sie erhöhen, allein vier Steuerarten zum 1. Januar 2003. Damit haben Sie die private Nachfrage abgewürgt. Die Sozialhaushalte sind wegen weiter steigender Erwerbslosigkeit nicht mehr in den Griff zu bekommen. Die Rentenbeiträge und die Krankenkassenbeiträge steigen. Der Handlungsspielraum wird noch enger. Der Sozialabbau geht weiter.

Wer so handelt, zerstört nicht nur die finanzielle Basis unseres Landes, sondern verschärft auch die Rezession. Steuer- und Beitragserhöhungen sind Gift für die Konjunktur. Sie führen zu mehr Arbeitslosigkeit, zu höheren Sozialausgaben und zu weniger Steuereinnahmen. Daran ist nicht die Weltkonjunktur schuld, sondern Ihre falsche Wirtschafts- und Finanzpolitik, Herr Clement.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben den Arbeitsmarkt durch eine Vielzahl von Gesetzen verriegelt. Durch die Neuregelung des 630-DM-Gesetzes haben Sie viele Menschen in die Schwarzarbeit getrieben. Das alles geschah mit Zustimmung der Landesregierung. Als die CDU-Fraktion --- (C)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement verlässt seinen Platz auf der Regierungsbank.)

- Ich informiere das Haus darüber, dass Herr Clement gerade "Mach's gut!" gesagt hat. Ich halte das für einen ungeheuerlichen Vorgang und für eine Missachtung des Parlaments.

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der FDP - Ministerpräsident Wolfgang Clement bleibt im Plenarsaal, zum Redner gerichtet, stehen.)

- Auch wenn er sich jetzt umgedreht hat, stelle ich fest: Es ist einem Ministerpräsidenten nicht angemessen, im Rahmen der Haushaltsberatungen nicht hier zu sitzen und der Opposition zuzuhören. Das ist kein parlamentarischer Stil, Herr Clement.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Aber wir werden hier auf Sie verzichten können. Ich füge hinzu: Auf dem Platz, auf dem Sie bis eben gesessen haben, wollen wir möglichst schnell auf Sie verzichten.

(Beifall bei der CDU - Ministerpräsident Wolfgang Clement verlässt den Plenarsaal.)

Als die CDU-Fraktion im Landtag die Schaffung eines Einstiegslohnsektors gefordert hat, hat Herr Clement hier in diesem Plenum zugesagt, sich dafür einzusetzen.

Herausgekommen - wir haben es gelesen - ist in der Hartz-Kommission dann so ein "Reförmchen". Es soll etwas gemacht werden für haushaltsnahe Dienstleistungen.

Herr Schartau, der Arbeitsminister, der groß erklärt hat, er sei derjenige, der das in der Hartz-Kommission durchsetzen wolle, wird uns vielleicht

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) einmal in einer späteren Debatte heute erklären können, was eigentlich eine "haushaltsnahe Dienstleitung" ist und wie er die Abgrenzung vornehmen wolle. Ist es z. B. so, dass bei der Post zukünftig derjenige, der den Brief in den Briefkasten wirft, eine haushaltsnahe Dienstleistung vollbringt, oder muss man Dienstmädchen im Haus sein, um die Post aus dem Kasten zu holen? Wie wollen Sie das trennen? - Es ist wieder halbherzig und führt nicht dazu, dass die Arbeitslosigkeit bekämpft wird. Vielleicht erklären Sie uns dann auch noch einmal, ob Sie wirklich als Sozialdemokrat wieder ein Dienstmädchenprivileg schaffen wollen, wie Sie es jetzt in der Hartz-Kommission vorgesehen haben, meine Damen und Herren.

(Minister Harald Schartau: Das ist ganz schwach!)

- Das mag schwach sein. Das ist es, was Sie uns als Polemik entgegen gehalten haben, als wir versucht haben, diese Arbeitspotenziale zu nutzen. Nun kommen Sie selber mit diesen Vorschlägen und werden sich Ihre eigenen Argumente anhören müssen. Stellen Sie sich nicht so hin, als ob Sie irgendetwas erfunden hätten. Die Wahrheit ist: Das ist leider zu wenig, und viele Millionen Menschen in Deutschland warten darauf, dass sie endlich wieder Arbeit haben und nicht von der 52. Kommission wenige Tage vor der Wahl einen Aufguss vorgesetzt bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind bei der Frage von Wachstum und Beschäftigung. Sie haben die Investitionen der öffentlichen Haushalte gesenkt und damit weniger Aufträge an Handwerk und Mittelstand vergeben. Nun sagen Sie, es sei kein Geld da. Dazu sage ich Ihnen: Wer der Großindustrie das Privileg verschafft, Unternehmensbeteiligungen steuerfrei zu verkaufen, der muss sich nicht wundern, dass die Steuereinnahmen wegbrechen. Eine solche Vorschrift gibt es nirgendwo auf der Welt, und sie muss überprüft und abgeschafft werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Damit klar ist, dass wir nicht über irgendetwas, sondern nach wie vor über Landespolitik reden, sage ich Ihnen: Dass Babcock in Oberhausen die HDW-Werften von Herrn Lederer an einen amerikanischen Finanzinvestor verkaufen lässt - und zwar steuerfrei - und dass Babcock danach Pleite

geht, ist ein Skandal. Prof. Lederer bringt mit Zustimmung von Friedel Neuber seine Schäfchen steuerfrei ins Trockene, und die Landesregierung muss mit öffentlichem Geld die Arbeitsplätze retten. Das muss geändert werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ob er da ist oder nicht: Ich wollte Herrn Clement für seinen Einsatz bei Babcock zum Erhalt der Arbeitsplätze ausdrücklich loben. Das habe ich in der Öffentlichkeit getan, und das tue ich auch hier. Aber es bleibt dabei: Dieses Steuergesetz ist unfair und ungerecht und muss geändert werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Nordrhein-Westfalen hatte im Jahr 2000 Körperschaftsteuereinnahmen von über 3 Milliarden €, 2001 dagegen 4,6 Milliarden € weniger. Es hat also mehr ausgezahlt als eingenommen. Die Körperschaftsteuer ist zur Ausschüttungssteuer geworden. In den ersten sieben Monaten 2002 gab es ein Plus von 189 Millionen €. Das sind gerade einmal 13 % der für 2002 veranschlagten Einnahmen aus der Körperschaftsteuer.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söf-
fing)

Herr Steinbrück, wenn Sie in solchen Debatten wirklich ernst genommen werden wollen, dann stellen Sie sich nicht hier hin und sagen, die Opposition sei schuld daran, dass 1993/1994 die Regelungen für das Organschaftsverfahren geändert worden seien. Bis zum Jahr 2000 hat es Einnahmen aus der Körperschaftsteuer gegeben, was alleine schon beweist, dass es nichts mit der Regelung von 1993/1994 zu tun hatte.

Die alte Nummer hängt einem langsam zum Halse raus: An allem in diesem Land ist nach Ihrer Sicht immer Helmut Kohl schuld gewesen. - Es sind Ihre Gesetze, die die kommunale und die Landesfinanzbasis haben wegbrechen lassen. Und Sie tragen dafür die Verantwortung, Herr Steinbrück! So ist es und nicht anders!

(Beifall bei der CDU)

Sie haben die Großindustrie entlastet und gleichzeitig den Mittelstand belastet. Das war neben der Steuererhöhung ein weiterer Kardinalfehler.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

(A)

Anstatt das Ruder herumzureißen, machen Sie mit diesem Haushalt weiter: Sie kürzen in diesem Haushaltsplanentwurf die engere Wirtschafts- und Mittelstandsförderung des Landes um 16,5 %. Im Bereich der NRW/EU-Gemeinschaftsprogramme stellen Sie zur Förderung des Mittelstandes insgesamt 27,9 % weniger Mittel zur Verfügung. Das Technologie- und Innovationsprogramm kürzen Sie insgesamt um 31,4 %. - Sie verhalten sich genau so wie der Bauer, der seine Saatkartoffeln isst und sich wundert, dass er im kommenden Jahr hungert. Genau das ist es, was Sie hier als Politik machen.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage es noch einmal: Wer neue Arbeitsplätze will, der muss den Mittelstand entlasten und nicht belasten. Neun von zehn neuen Arbeitsplätzen entstehen im Mittelstand, und die Belastung des Mittelstands durch diese Landesregierung führt dazu, dass wir bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht weiterkommen. Auch insofern tragen Sie Verantwortung für den Zustand in diesem Land.

(B)

Der Misserfolg dieser verfehlten Wirtschaftspolitik liegt auf der Hand: Rezession und Stagnation statt Aufschwung, Pleitewelle statt Gründerboom, leere öffentliche Kassen statt öffentliche Investitionen.

Deshalb bleibt, werte Kolleginnen und Kollegen, als Zwischenergebnis festzuhalten: Der Haushaltsplanentwurf 2003 entspricht nicht den Anforderungen, die die Bürger an eine ordnungsgemäße und sozial ausgewogene Politik stellen. Er entspricht sogar noch nicht einmal den Maßstäben - ich habe das nachgewiesen -, die der Finanzminister selber für seine eigene Arbeit aufgestellt hat. Insofern ist dieser Haushaltsplanentwurf ungenügend.

(Beifall bei der CDU)

Die Haushalts- und Finanzpolitik ist das Resultat von Wirklichkeitsverweigerung und struktureller Handlungsunfähigkeit. Ein solcher Sanierungsstau muss beseitigt werden. Nun weiß jeder, der in der Politik tätig ist: Jedes politische Problem, das nicht gelöst wird, sucht sich neue Mehrheiten. Jeder im Land spürt und weiß, dass sich in Nordrhein-Westfalen etwas ändern muss. Ich bin davon überzeugt, dass sich nach der Bundestagswahl etwas ändern wird.

Gleich, ob es dann eine Kabinettsumbildung, ob es Neuwahlen oder ob es ein Koalitionswechsel hier in Nordrhein-Westfalen sein wird - ich will mich an diesen Spekulationen nicht beteiligen -, eines jedenfalls ist klar:

(Lachen bei der SPD - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das tun Sie doch!)

Es wird und es muss sich nach der Wahl etwas ändern, meine Damen und Herren, damit es im Land wieder aufwärts geht.

(Beifall bei der CDU)

Als ich im vorigen Jahr von der Rezession geredet habe, haben mich Regierung und SPD-Fraktion in der - wie wir es auch eben wahrnehmen konnten - üblichen Mischung aus Arroganz und Besserwissererei beschimpft. Als ich angekündigt habe, gegen die verfassungswidrigen Haushalte 2001 und 2002 Klage beim Verfassungsgerichtshof in Münster einzureichen, hat Herr Steinbrück gewettet, dass wir es nicht machen würden. Er hat verloren.

(Heiterkeit bei der CDU)

Nun sage ich Ihnen: Der Haushaltsplanentwurf 2003 ist das Papier nicht wert, auf dem er steht. Auch hier, meine Damen und Herren, werde ich Recht behalten.

Haushaltspolitik à la Steinbrück ist nicht mehr rechnen und schätzen, sondern hoffen und beten.

Spätestens im Herbst werden wir wieder Ergänzungslieferung um Ergänzungslieferung aus dem Finanzministerium bekommen, mit denen die Zahlen, die heute im Papier stehen, total durch die Mangel gedreht und neu sortiert werden.

(Beifall bei der CDU)

Das kann gar nicht anders sein, weil die Zahlen für 2002 schon jetzt nicht mehr stimmen. Im laufenden Haushalt fehlen dem Finanzminister die Mittel. Ich wiederhole das. Da können Sie sich ruhig nach dem Motto verhalten, Helmut Diegel habe falsch gerechnet. Aber bisher waren Sie es, die jede Zahl korrigieren mussten. Wir haben bisher keine Zahl korrigieren müssen. Er ist immer von den Zahlen, die Sie genannt haben, Herr Steinbrück, ausgegangen. Das will ich einmal festhalten.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

(A) (Beifall bei der CDU)

Ihnen fehlen in diesem Jahr 1,9 Milliarden €; es sind nicht, wie Sie zugegeben haben, 510 Millionen €.

Wenn das für Sie nicht wichtig ist, dann lassen Sie unsere Zahl doch weg! Allein die Tatsache, dass Sie einen Fehlbetrag von 510 Millionen € zugeben mussten, ist doch schon ein Vorgang, aus dem Sie nicht einfach nach dem Motto herauskommen, schnell einmal eine Haushaltssperre zu verhängen in der Hoffnung, alles werde sich im Laufe des Haushaltsvollzugs regeln. Nein, allein aus Achtung gegenüber dem Parlament und der Demokratie wären Sie gezwungen, hier einen Nachtragshaushalt vorzulegen. Den fordern wir für das Jahr 2002 ein.

(Beifall bei der CDU)

Im kommenden Jahr, also 2003, ist allenfalls ein Steueraufkommen von 36,1 Milliarden € realistisch. Wer zugehört hat, hat bei den November-Steuerschätzungen mitbekommen, dass sich Herr Steinbrück in seiner Rede ein Türchen offen gehalten hat. Er sagte, wenn die Steuerschätzung kommt, müsse eben noch einmal angepasst werden. Das ist natürlich genau der entscheidende Punkt.

(B)

Ich werfe Ihnen nicht vor, dass Sie die Mai-Steuerschätzungen als Basis nehmen. Aber Sie hätten wenigstens das, was Sie wissen, hier vortragen müssen. Was Sie wissen, ist, dass die November-Steuerschätzungen angesichts der schlechten konjunkturellen Entwicklung wahrscheinlich sogar noch erheblich niedriger liegen werden als bei 36,1 Milliarden €, die ich gerade genannt habe.

Fachleute rechnen mit etwa 1 Milliarde € weniger, als im Haushaltsplanentwurf steht. Nicht nur wir reden mit Leuten, die im Arbeitskreis Steuerschätzung sitzen. Auch Sie können mit denen reden. Deshalb ist völlig klar, dass wir über das hinaus, was zurzeit öffentlich und wegen der Bundestagswahl schamhaft verschwiegen wird, einen Einbruch bei den Steuereinnahmen haben, der dramatisch ist.

Sie selber haben den Überschuss zur Grenze der Verfassungswidrigkeit in Ihrem Haushaltsplanentwurf, den wir heute beraten, auf 73 Millionen €

beziffert. Das heißt im Klartext - dabei ist es egal, ob die 1 Milliarde stimmt oder ob es nur die Hälfte ist oder was es ist -: Angesichts von 73 Millionen € bis zur Verfassungswidrigkeitsgrenze müssen Sie bis Dezember, wenn dieses Parlament in dritter Lesung über den Haushalt befindet, noch Riesensummen von Hunderten von Millionen Euro in diesem Haushalt erwirtschaften. Wenn man dazu nimmt, dass Sie in diesem Haushalt mit Luftbuchungen gearbeitet haben, z. B. bei den 100 Millionen €, die Sie als Einnahme für den Verkauf der LEG eingesetzt haben, dann weiß jeder: Es muss erst ein Gutachten gemacht werden und was da sonst noch passiert, sodass die Sache nicht so kommen wird, wie man jetzt sagt. (C)

Ich denke auch an die Einnahmen aus den Studiengebühren für Langzeitstudierende. Diese Studenten werden einen Teufel tun, Ihnen dieses Geld zu geben, das Sie kassieren wollen, sondern Sie werden sich vorher abmelden. Darüber kann man dann hochschulpolitisch diskutieren, aber finanzpolitisch ist das, was Sie hier machen, schlichtweg unseriös. Sie werden deshalb in den nächsten Monaten dicke Probleme bekommen, um Ihren Haushalt überhaupt noch verfassungsfest zu machen. Ich sage Ihnen: Wenn wir die November-Steuerschätzungen haben und Sie das nicht hinkriegen, werde ich nicht zögern, zusammen mit meinen Freunden auch diesen Haushalt in Münster zur Überprüfung der Verfassungsgemäßheit vorzulegen. (D)

(Beifall bei der CDU)

Ich habe Ihnen schon im Frühjahr angeboten, den Haushalt im Rahmen einer Sanierungscoalition grundlegend zu überarbeiten. Sie haben dieses Angebot damals arrogant zurückgewiesen und haben es auch heute arrogant zurückgewiesen. Dabei sieht angesichts des Werkes, das Sie uns hier vorlegen, jeder: Allein schaffen Sie es nicht mehr; das beweist der Haushaltsplanentwurf 2003.

Die CDU-Fraktion und damit auch ich selber sind der Auffassung, dass die Menschen im Lande eine solche Politik nicht verdient haben. Um neue Spielräume zu erschließen und neue Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen, fordern wir:

Erstens. Die unfaire und ungerechte Steuerpolitik der rot-grünen Koalition muss korrigiert werden. Sie hat die öffentlichen Haushalte zum Sanie-

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

(A)

rungsfall gemacht. Das muss geändert werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Die Gewerbesteuerumlage muss wieder von 30 auf 20 % gesenkt werden, um mehr Investitionen in den Kommunen möglich zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Drittens. Das Land muss Sofortmaßnahmen zum strukturellen Umbau des Landeshaushalts einleiten. Dazu muss sich das Land im Rahmen einer Aufgabenkritik von bisher übernommenen Aufgaben trennen. Dazu gehört z. B. die Rückübertragung der Straßenbauverwaltung auf die Landschaftsverbände. Allein diese Rückübertragung würde zu Einsparungen von 50 Millionen € führen. Bloß weil Sie damals mit Ihrer Verwaltungsreform gescheitert sind und irgendetwas auf dem Papier geschehen musste, haben Sie die Straßenbauverwaltung von den Landschaftsverbänden auf das Land übertragen. Seitdem zahlen die Menschen jedes Jahr 100 Millionen DM oder 50 Millionen € mehr, und zwar als Preis für Ihre - in Anführungszeichen - "Durchsetzungsfähigkeit", weil Sie eben mit dem Kopf durch die Wand wollten und letztlich nur Scherben hinterlassen haben, Herr Clement. Genau das ist damals passiert.

(B)

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Wo wir gerade dabei sind: Gerade die Skandale der letzten Monate um die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, die byzantinistischen Verhältnisse in der dortigen Geschäftsführung, die Vetterwirtschaft bei der Versorgung von Genossen in Südafrika, im Libanon und anderswo zu Lasten des Steuerzahlers müssen beendet werden. Das gilt übrigens auch für das, was heute in der Zeitung steht: Die Sache mit dem Stadttor wird noch aufzuklären sein, Herr Clement. So einfach lassen wir Sie nicht durchkommen, etwa nach dem Motto: Damit haben wir nichts zu tun. Denn das ist alles Geld des Steuerzahlers. Und draußen stehen Menschen, die bei der Aids- und der Drogenhilfe das Geld gekürzt bekommen, während Sie hier so tun, als wäre nichts gewesen. So läuft das nicht, Herr Clement! Damit das völlig klar ist!

(Erneuter lebhafter Beifall bei der CDU)

(C)

Durch Vorziehen des Abbaus der 10.500 Planstellen kann mittelfristig der Haushalt entlastet werden, wie Frau Höhn gesagt hat.

Die FDP-Fraktion glaubt, durch ein Bürokratieabbaugesetz rund 5 Milliarden € einsparen zu können. Herr Möllemann, ich würde da nicht so weit gehen. Aber richtig ist: Das Land muss sich von Aufgaben verabschieden, die es nicht mehr erfüllen kann.

(Zuruf von der SPD: Werden Sie mal konkret!)

Viertens. Das Land braucht eine neue Wirtschaftspolitik. Die Kürzungen zu Lasten des Mittelstands und der Technologieförderung müssen zurückgenommen werden, weil sie wachstumsfeindlich sind.

Fünftens. Das Land braucht eine andere Bildungspolitik. Durch Neueinstellung von 8.600 Lehrern in den nächsten fünf Jahren muss der massenhafte Unterrichtsausfall in Nordrhein-Westfalen bekämpft werden.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Sechstens. Der soziale Kahlschlag in NW wird gestoppt.

Siebtens. Die Plünderung der kommunalen Kassen durch das Land wird beendet. Die meisten Städte und Kommunen werden im kommenden Jahr Haushaltssicherungskonzepte erarbeiten müssen, und damit ist die kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt. Deshalb müssen die Mittelzuweisungen im Rahmen des GFG erhöht werden und endlich ein striktes Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankert werden, damit nicht dauernd Aufgaben auf die Kommunen übertragen werden, ohne dass das Geld mitgeliefert wird. Das treibt unsere Städte und Gemeinden in den Ruin.

(Beifall bei der CDU)

All dies erfordert einen Richtungswechsel in der Landespolitik. Es erfordert, das zu tun, was der Finanzminister, wie wir gehört haben, selbst für

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

(A)

notwendig hält, zu dessen Durchsetzung ihm aber die notwendige Kraft und anscheinend auch die Unterstützung fehlt.

Die Bundestagswahl in zwölf Tagen verhindert, dass der Finanzminister bereits heute den Offenbarungseid leisten muss. Aber spätestens im November nach der nächsten Steuerschätzung kommt die Stunde der Wahrheit. Dann wird endgültig klar, dass die rot-grüne Landesregierung politisch am Ende ist. Die CDU ist im Interesse des Landes, im Interesse der Menschen bereit, einen echten Richtungswechsel zu unterstützen. Noch einmal zweieinhalb Jahre Stagnation und Sanierungsstau machen alles nur noch schlimmer. Die Menschen im Land verdienen eine andere, eine bessere Politik.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Dr. Rüttgers. - Herr Ministerpräsident, bitte.

(B)

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung und Verständnis, aber der Oppositionsführer hat gerade eine Bemerkung gemacht, die sich auf eine Veröffentlichung im "Kölner Stadtanzeiger" bezieht, bei der eine Aussage von mir vor dem Landtag in Zweifel gezogen wird. Der Oppositionsführer hat das gerade ebenfalls getan. Er hat das sogar ins Verhältnis zu den Demonstrationen draußen gesetzt mit dem Tenor: Clement macht sich die Taschen voll, und die armen Menschen müssen darben. Dazu möchte ich unter Beschreibung dessen, was stattgefunden hat, Stellung nehmen.

Ich bin es gewohnt, dass jeweils in Wahlkämpfen entweder das Thema HDO oder das Thema Noventa/Langer zum allgemeinen Thema gemacht wird und dann jeweils etwa der Vorwurf von "Filz" oder sogar Bestechlichkeit gegen mich erhoben wird. Das hat inzwischen schon - so bitter das ist - einen Gewöhnungsfaktor. HDO ist mittlerweile nicht mehr das Thema, weil Sie sich vermutlich über die Zahl der dortigen Arbeitsplätze informiert haben. Jetzt sind es die GfW und Herr Langer, weil wir als Journalisten gemeinsam bei einer Zeitung tätig waren. Offensichtlich soll er deshalb ununterbrochen in Zweifel gezogen und in Misskredit gebracht werden, um ihn gegen mich zu verwenden.

Er hat mich schon mehrfach gefragt, ob es für ihn sinnvoll sei, sich in Nordrhein-Westfalen überhaupt noch beruflich zu betätigen - er betreibt ein Unternehmen; er ist Gesellschafter des Unternehmens Noventa -, weil dies jeweils gegen mich verwandt werde. Ich habe, weil ich nicht einzusehen vermag und nicht einsehen möchte, dass jemand, der mit mir bekannt ist und mit mir beruflich tätig war, deshalb berufliche Nachteile haben soll, ihn immer wieder bestärkt, dies weiterhin zu tun. Er und ich wissen voneinander, und die Öffentlichkeit soll dies auch wissen, dass dies niemals von mir - von ihm auch nicht - benutzt worden ist, persönliche Vorteile über ihn und von mir zu bekommen. (C)

Der "Kölner Stadt-Anzeiger" hat nun heute veröffentlicht: "Filz" bei der Stadttoranmietung? Er hat dabei in Zweifel gezogen, ob es über einen Vertrag oder vertragliche Verbindungen bei der Stadttoranmietung - sie ist jetzt vier Jahre her; in jedem Jahr ist das einmal thematisiert worden - zu solchen Verstößen gekommen ist oder zu Handlungen, die ich unterschlagen oder bei denen ich die Unwahrheit gesagt hätte.

Ich habe vor diesem hohen Hause - das muss im Jahre 1998 gewesen sein - die Aussage gemacht: Zwischen der Landesregierung und Christian Langer gibt es keinen Vertrag zum Thema Stadttor. Die Regierungssprecherin hat das gestern bestätigt. Diese Aussage war, ist und bleibt richtig. (D)

Der "Stadt-Anzeiger" zitiert offensichtlich aus einem Vermerk der Staatskanzlei vom 21. Juli 1998, auf den Herr Rüttgers Bezug nimmt. Dieser Vermerk bezieht sich auf ein Gespräch, das unter der Leitung des damaligen Chefs der Staatskanzlei stattgefunden hat. Dieser Vermerk hat nicht etwa einen Vertrag zum Gegenstand - dieser Eindruck könnte entstehen, wenn man den "Stadtanzeiger" liest -, sondern ist ein Abstimmungsgespräch innerhalb der Staatskanzlei. Ich lese ihn mit Erlaubnis des Präsidenten vor - er kann auch jederzeit von jedermann eingesehen werden -; teilweise weilen die Gesprächspartner nicht mehr unter den Lebenden:

"Zur Abstimmung der Zuständigkeiten für die Planung der künftigen Nutzung des Düsseldorfer Stadttors und zur Festlegung der Schnittstellen wird Folgendes festgehalten:

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A)

Erstens. Es wird festgestellt, dass Verhandlungen mit der GbR Düsseldorfer Stadttor GmbH & Co KG bezüglich der Anmietung und der damit in Zusammenhang stehenden finanziellen Fragen durch das Finanzministerium NRW geführt werden.

Zweitens. Die Staatskanzlei bestimmt im Innenverhältnis zum Finanzministerium die notwendige technische Ausstattung."

- wir wollten ja schließlich in dieses Stadttor einziehen -

"die räumlichen Anforderungen und den Umfang der vom Vermieter zu erbringenden Leistungen. Dabei sind das Haushaltsrecht und die Ausstattungsrichtlinien des Landes zu beachten.

Drittens.

a) Die Staatskanzlei wird ihren Flächenbedarf gegenüber FM noch in der 30. Kalenderwoche 1998 konkretisieren.

(B)

b) Für die technische Abstimmung der Nutzeranforderungen mit dem Vermieter soll eine Arbeitsgruppe mit diesem gebildet werden. Aufseiten der Landesregierung handelt die Staatskanzlei. Ziel ist es, die technischen Nutzeranforderungen zu konkretisieren und sie dem Finanzminister verhandlungsbereit zu übermitteln, wobei die rechtswirksamen Vereinbarungen nur im Rahmen des Mietvertrags von dem Finanzminister für die Landesregierung verbindlich vereinbart werden können.

c) Die Staatskanzlei legt Wert darauf, im Rahmen der technischen Abstimmungen die Raumprogrammierung mit dem für den Vermieter handelnden Team Noventa/Dorendorf vorzulegen."

Dieser Vermerk betrifft die Landesregierung, die Staatskanzlei und nicht mich und keinen Vertrag, den ich in irgendeiner Weise mit Herrn Langer oder der Noventa geschlossen hätte. Ich bitte, bei aller Bereitschaft, alles zu akzeptieren und hinzunehmen, was so über unsereinen und auch Sie

verbreitet wird, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich auf mein Ansehen Wert lege und nicht in Kauf nehme - auch nicht in diesem Amt -, dass mir persönliche Vergehen zur Last gelegt werden. (C)

Bei allem Verständnis, das ich im Hinblick auf politische Auseinandersetzungen habe, ist dies ein Schritt, der zu weit geht. Ich bitte darum, das zu achten und zur Kenntnis zu nehmen; anderenfalls werde ich mich wirklich zur Wehr setzen müssen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Für die SPD hat jetzt der Kollege Moron das Wort.

Edgar Moron (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, wie es Ihnen gegangen ist, aber ich glaube, viele, die die Rede des Oppositionsführers gehört haben, werden sich wohl gefragt haben, in welchem Land sie überhaupt leben. Hat hier nicht ein Oppositionsführer geredet, der sich mit seinen Verelendungsvisionen mehr an einem der Pleiteländer Lateinamerikas orientiert hat, aber nicht an Nordrhein-Westfalen? (D)

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen kennen doch dieses Land. Das Bild, das Sie gezeichnet haben, ist meilenweit von der Wirklichkeit entfernt; deshalb ist es gut, dass wir heute über den Haushalt reden. Ich bin fest davon überzeugt: Für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ist Ihre Rede kein Beitrag dazu gewesen, ihre politische Meinung noch einmal abzuwägen und sich zu orientieren.

Sie haben uns hier - ich drücke das höflich aus - in einer fürchterlichen Ansammlung von Verelendungsszenarien gesagt, welche furchtbaren Entscheidungen diese Landesregierung und vermutlich dann auch die sie tragenden Fraktionen in dieser Haushaltsplanberatung treffen und welches Elend sie damit verursachen werden. Sie haben sich damit gegen alle Kürzungen ausgesprochen, die hier in Rede stehen.

(Edgar Moron [SPD])

(A)

Meine Damen und Herren, der Oppositionsführer hat es anschließend nicht für notwendig gehalten, uns auch nur an einer einzigen Stelle zu sagen, wie man auf anderem Wege einen verfassungsgemäßen, ausgeglichenen Haushalt ohne solche Kürzungen hinbekommen kann und welche Alternativen er dazu hat. Außer Allgemeinplätzen wie Aufgabenkritik war nichts dergleichen zu hören. Weil Sie das nicht ein einziges Mal gemacht haben, sage ich Ihnen, Herr Dr. Rüttgers: Diese Form von billigem Populismus, diese Opportunität, die Sie hier an den Tag legen, alles anzuklagen, aber keine Konzepte vorzutragen, wird Ihnen nicht helfen.

Deshalb ist es gut, meine Damen und Herren, dass wir vor dem 22. September, zwölf Tage vor der Bundestagswahl, im Landtag eine Debatte über den Landeshaushalt 2003 führen. Das klärt nämlich die politische Lage; daran können die Wählerinnen und Wähler sehen, wo die politischen Parteien stehen, welche von ihnen bereit sind, auch in schwieriger Haushaltssituation Verantwortung zu übernehmen und zu durchaus unpopulären Entscheidungen zu stehen bzw. welches die Parteien sind, die sich dem billigen, oberflächlichen Populismus hingeben und nur nach Zustimmung schießen, aber nicht bereit sind, politische Verantwortung zu tragen.

(B)

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Diese Debatte ist wichtig, weil die Wahl am 22. September zu einem ganz wesentlichen Teil hier in Nordrhein-Westfalen entschieden wird. Wenn Herr Dr. Rüttgers glaubte, den Leuten klarmachen zu können, das sei keine Wahlkampfrede, dann kann ich nur entgegenhalten: sie haben genau wie wir zugehört; natürlich war das eine Wahlkampfrede, nichts anderes.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Nichts Schlimmes!)

Die Wählerinnen und Wähler werden im Rahmen dieser Haushaltsplanberatungen sehr genau merken und in den Berichten darüber nachlesen können: Wer ist für die Menschen hier in diesem Land ein zuverlässiger, ein berechenbarer politischer Partner, der nicht nur allen ausschließlich Wohltaten verspricht? Der Oppositionsführer muss es im Übrigen nicht einhalten, denn er hat weder die Mehrheiten noch die Verantwortung dafür.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten von SPD und GRÜNEN)

(C)

Die Wählerinnen und Wähler werden registrieren, wer auch in schwierigen Zeiten bereit ist, Kurs zu halten, indem er Einsparungen vornimmt, aber gleichzeitig auch politische Prioritäten festlegt. Wir sind keine Partei der Beliebigkeit, sondern haben zu Beginn der Wahlperiode klar gesagt, welches Ziel wir anstreben. Wir halten auch in schwierigen Haushaltsjahren wie diesem an unserer politischen Grundausrichtung sowie unseren reformpolitischen Zielen fest und werden uns auch von Ihnen davon nicht abbringen lassen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Im Übrigen bricht hier keine soziale Landschaft zusammen. Hier wird nicht das Kulturleben auf null gefahren, hier wird der Sport nicht total verelendet, hier wird die Bildung nicht beschnitten. Das ist doch alles dummes Zeug.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Ein Zerrbild!)

Es wird Einsparungen und Umschichtungen geben, an der einen oder anderen Stelle wird das auch schmerzhaft sein; darüber werden wir miteinander reden. Jedoch werden alle Strukturen, die wir in diesem Land haben, erhalten bleiben. Ich habe nur drei Bereiche genannt, aber man könnte noch viele andere nennen. Die Bürgerinnen und Bürger sehen das auch ganz genau.

(D)

Das Bild, das uns hier nicht etwa mit einem feinen Pinsel, sondern mit einer breiten Quaste gezeichnet worden ist, mit der alles zugeklatscht wurde, ist doch Unsinn. Das ist nicht Nordrhein-Westfalen, sondern ein Traumgebilde von Ihnen, Herr Dr. Rüttgers.

(Beifall bei der SPD)

Wir hier in Nordrhein-Westfalen sind doch schon mit viel schwierigeren Situationen fertig geworden. Diese Haushaltslage ist zwar dramatisch, sie ist ohne Frage schwierig, aber sie ist doch nicht das schwierigste Problem, das wir je gemeistert haben. Ich sage sehr deutlich für die Sozialdemokraten: Wir haben während unserer Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen den Strukturwandel dieses Landes erfolgreich gemeistert. Das war eine wirkliche Krise. Wir werden auch die

(Edgar Moron [SPD])

(A)

Herausforderung durch diese Haushaltssituation erfolgreich bestehen; daran habe ich keinen Zweifel. Wir werden als Koalition dabei jedoch einen Weg gehen, bei dem wir auch diejenigen mitnehmen werden, die jetzt Kritik an den aus ihrer Sicht negativen Veränderungen einzelner Positionen im Haushalt üben.

(Beifall bei der SPD und GRÜNEN)

Wir werden die wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Strukturen erhalten und fortentwickeln. Wir werden den Entwurf der Landesregierung - das war immer so; das wird nie anders sein - sehr sorgfältig prüfen. Richtschnur unserer Beratungen ist und bleibt ohne Zweifel die Sicherung unserer reformpolitischen Ziele.

Weil Herr Dr. Rüttgers weiß, dass wir unsere Reformziele realistisch neu beschreiben, sie verstärkt verfolgen und dafür Mittel bereitstellen, hat er versucht, sie kleinzureden. Wir werden die Schwerpunkte unserer Reformpolitik, die sich auf die Bildungspolitik, auf die innere Sicherheit sowie auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit beziehen, weiterhin beibehalten. Diese reformpolitischen Ziele werden sich auch im Haushalt wiederfinden.

(B)

Ich weiß nicht, ob draußen eine Demonstration stattfindet, aber sie war angekündigt. Wir werden mit allen, die von diesem Haushalt betroffen sind, einen Dialog führen und auf ihre Argumente eingehen. Aber das geht nicht nach dem Sankt-Florians-Prinzip, liebe Kolleginnen und Kollegen, so nach dem Motto: Bei mir wird nicht gespart; nehmt das doch woanders her.

Das muss schon sozial gerecht, das muss ausgewogen sein. Das muss in sich ein vernünftiges Gebilde sein. Da muss sich das Gemeinwohl und nicht das Einzelinteresse wiederfinden. Und das Gemeinwohl ist das Gemeinwohl aller Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Daran müssen wir uns orientieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir werden einen Landeshaushalt verabschieden - natürlich erst im Dezember, heute sind wir am Beginn der Beratungen -, der solide finanziert ist und der die Neuverschuldung weiter zurückführt - nicht so stark, wie wir es gerne gemacht hätten, aber die finanzpolitischen Rahmendaten geben

das nicht her. Und wir werden trotz erheblicher Einsparungen - ich sagte es schon - unsere reformpolitischen Ziele sichern. (C)

Die CDU glaubte - ich vermute einmal, dass sie es geglaubt hat, so genau weiß ich das natürlich nicht, sonst hätte sie es aber wohl nicht gemacht - in dieser Auseinandersetzung, in dieser Debatte heute noch Punkte sammeln zu können. Ich sage Ihnen: Diese Hoffnung trägt. Denn Sie haben - und das war erstaunlich, meine Damen und Herren, auch bei der Rede des Oppositionsführers - ganz und gar alle bundespolitischen Fragen, soweit es möglich war, bis auf die Steuerreform und einiges andere, etwa die Hartz-Kommission, ausgeklammert. Das hat sicher seinen Grund, Herr Dr. Rüttgers.

Denn Sie wissen genauso wie wir - im Übrigen, noch viel wichtiger, wissen es auch die Menschen in Deutschland und bei uns in Nordrhein-Westfalen -, dass das, was die CDU mit ihrem damaligen Koalitionspartner - das ist nun einmal die FDP gewesen - uns in 16 Jahren Regierungsverantwortung an Problemen hinterlassen hat, noch bis heute in die Bundesrepublik Deutschland, bis nach Nordrhein-Westfalen hineinwirkt. Das ist nicht alles in der Zwischenzeit zu beseitigen gewesen. (D)

Meine Damen und Herren, Sie wissen doch: Wir hatten die höchste Staatsverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1998: 77.000 € jede Minute nur an Zinsen. Wir wissen doch, dass wir die höchste Arbeitslosigkeit 1998 hatten. Und sie war auch am Wahltag höher, als sie es jetzt ist. Das wissen wir doch, das wissen auch die Bürger. Natürlich möchten Sie nicht darüber reden.

Wir wissen doch, dass Sie uns die höchste Steuer- und Abgabenlast - und das wirkt sich bis heute aus - hinterlassen haben. Das wissen doch die Menschen. Sie möchten darüber hinweggehen. Für Sie ist das alles ein Stück Ihrer Geschichte, mit der Sie nichts mehr zu tun haben wollen. Das verdrängen Sie. Da haben Sie einen Verdrängungskomplex nach dem Motto: 1998 und die Jahre davor hat es unter CDU-Verantwortung nie gegeben. Aber die Menschen wissen das.

Sie haben bei uns einen Reformstau hinterlassen - das ist ein Begriff, der unter Ihrer Regierungsverantwortung mittlerweile in den Wortschatz eingegangen ist -, bei dem Sie weder die

(Edgar Moron [SPD])

(A)

Probleme der Gesundheitsreform noch die Probleme der Rentenversicherung noch die Probleme, die wir im gesellschaftlichen Bereich, am Arbeitsmarkt hatten, noch das Staatsbürgerschaftsrecht - ich will ja gar nicht von der Zuwanderung reden - gelöst haben. Sie haben in den letzten Jahren nichts gelöst.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben nur noch sich selbst regiert. Sie haben uns einen Riesenberg an Arbeit hinterlassen. Und nun ist die neue Bundesregierung dabei und baut das kontinuierlich ab. Zugegebenermaßen ist manches sehr schwierig, weil es immense gesellschaftliche Schwierigkeiten gibt, beispielsweise in der Gesundheitsreform, denn da haben wir die größte, kräftigste, bestfinanzierte Lobby der Welt, die man sich vorstellen kann, um alles zu verhindern, was ihr schaden könnte. Schritt für Schritt kommen wir in allen Bereichen voran. Und Sie kritisieren das alles auch noch.

(B)

Nein, meine Damen und Herren, die Menschen wissen, dass die Hinterlassenschaft der CDU eine katastrophale war und dass es die CDU - das muss ich schon sagen - schon ziemlich dreist betreibt, indem sie einfach darüber hinweg geht und versucht, die Menschen für dumm zu verkaufen.

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Rüttgers hat in mehreren Pressekonferenzen und immer, wenn er über den Haushalt gesprochen hat, heute auch noch einmal, zumindest angedeutet, dass er mit seiner Fraktion zu einer so genannten "Sanierungskoalition" bereit wäre. Ich sage Ihnen: Darauf verzichten wir, Herr Dr. Rüttgers, ganz besonders nach Ihrer heutigen Rede. Das brauchen wir nicht. Eine Koalition mit Ihnen, meine Damen und Herren, wäre keine Koalition zur Sanierung unseres Landes. Es wäre ein Abbruchunternehmen. Das wollen wir nicht. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der SPD)

Im Gegenteil - das zeigt doch die ganze politische Debatte, die wir jetzt landauf, landab auf vielen Plätzen und in vielen Sälen führen -: Sie möchten gerne da weitermachen, wo Sie 1998 aufgehört haben. Das ist letztlich auch das Konzept, das Sie für dieses Land haben. Sie haben bis heute nichts dazu gelernt.

Ich sage Ihnen: Die Mehrheit der deutschen Wahlbevölkerung wird der Union das Recht zum Regieren nicht mehr geben, solange sie nicht bereit ist, sich zu ihrer Hinterlassenschaft, zu ihrem eigenen Erbe von 1998 zu bekennen, die Konsequenzen daraus zu ziehen und ihre Politik zu verändern. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Aber Sie haben nicht nur alte Konzepte. Das Erstaunliche ist: Sie wollen mit einer alten Mannschaft wieder ins Rennen hineingehen. Es fehlt nur noch, dass Helmut Kohl mit dabei ist. Herr Dr. Rüttgers, ich will Ihnen nicht zu nahe treten, aber ich frage Sie einmal unter Kollegen, warum Sie eigentlich nicht in dem Kompetenzteam sind. Eine Antwort darauf könnte sein, dass Herr Stoiber Ihnen immer noch böse ist, dass Sie sich damals mit Ihrem Landesverband NRW für Frau Merkel ausgesprochen haben. Das wäre eine Möglichkeit.

Die andere könnte aber auch sein, dass man Sie - ich will nicht sagen: nicht für qualifiziert hält - aus Ihrer eigenen politischen Vergangenheit vor 1998 für so belastet hält, dass man sagt: Lasst den lieber raus! - Sie waren ja einmal Zukunftsminister. Welche Zukunft haben Sie uns denn hinterlassen? Sie haben als Bildungsminister so stark den Bildungsetat heruntergefahren wie keiner vor Ihnen und keiner nach Ihnen. Vielleicht ist das auch der Grund, weshalb Herr Stoiber sagt: Den lieber nicht! (D)

(Beifall bei der SPD)

Er schafft uns mehr Probleme, als dass er uns hilft. - Ich weiß es nicht.

Meine Damen und Herren, lassen wir uns von dem Märchen, das Herr Dr. Rüttgers uns heute vorgetragen hat, lassen wir uns von diesem Katastrophengemälde nicht irre machen. Unser Land ist völlig anders, als er es darstellt. Ich möchte das auch an einigen Stellen beweisen.

Wider besseren Wissens behauptet Herr Dr. Rüttgers, die SPD kürze bei Kindergärten, Schulen, Lehrerstellen, Betreuungsangeboten und bei der Lehrlingsausbildung. Die Wahrheit ist eine andere. Die Wahrheit ist, dass die Ausgaben im Schulbereich um 2,6 % und der Wissenschaftsetat um 3,2 % steigen. Natürlich sind da auch Pensionslasten dabei, selbstverständlich. Aber die sind im

(Edgar Moron [SPD])

(A)

Gesamthaushalt mit veranschlagt. - Während also das Haushaltsvolumen des gesamten Landes um 0,9 % absinkt, steigen diese Bereiche an.

Die Wahrheit ist - Herr Steinbrück, unser Finanzminister, hat es gesagt, wir auch mehrfach -: Wir werden 1.229 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer über diejenigen hinaus, die ausscheiden und sowieso ersetzt werden, einstellen. Damit wollen wir in einer ersten Rate mit etwa 650 Stellen mit dem Englischunterricht ab der dritten Grundschulklasse beginnen. Das war doch von vornherein vereinbart. Das haben wir vor zwei Jahren mit Ihnen hier gemeinsam diskutiert: 6.100 Lehrerinnen und Lehrer in dieser Wahlperiode. Und wir realisieren es, Schritt für Schritt - trotz schwieriger Haushaltslage.

Die Wahrheit ist aber auch, dass im Etat des Jugendministeriums zusätzlich 5 Millionen € zusätzlich zum Ausbau der vorschulischen Sprachkurse bereitgestellt sind. Die Wahrheit ist, dass wir einen deutlichen Schwerpunkt bei der Ganztagsbetreuung setzen. Die entsprechenden Sonderprogramme im Schulbereich steigen um 5 Millionen €. Für Schülertreffs in Tageseinrichtungen sind 10,3 Millionen € eingeplant. Das ist ein Drittel mehr als im laufenden Haushaltsjahr.

(B)

Es bleibt Ihr Geheimnis, Herr Dr. Rüttgers, wie Sie vor diesem Hintergrund behaupten können, bei Tagesstätten für Kinder würde gekürzt. Das ist sachlich falsch. Die Wirklichkeit ist eine andere, wie auch in anderen Bereichen. Hier habe ich es Ihnen an einer Stelle nachgewiesen.

Bei dem, was ich gerade über Schule berichtet habe, sind die 4 Milliarden €, die wir von der Bundesregierung für den Ausbau der Ganztagsbetreuung erwarten, von denen Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahren etwas weniger als 1 Milliarde € erhalten wird, noch gar nicht eingerechnet. Ich sage Ihnen: Wenn Gerhard Schröder nicht Bundeskanzler bleibt, dann wird auch dieses Geld nicht mehr in die Ganztagsbetreuung fließen. Denn ein Mann wie Edmund Stoiber und die CDU mit ihrem familienpolitischen Hintergrund und ihren Schwierigkeiten, sich mit modernen Familien auseinander zu setzen, sind gegen Ganztagsbetreuung,

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

jedenfalls nur auf einem sehr vorsichtigen Weg in diese Richtung. Sie haben noch ein überholtes Bild von einer Familie. Allmählich ändert sich das bei Ihnen. Man merkt das. Aber welche Widerstände es da gibt, kann man doch daran sehen, dass Sie in Bayern - weil Sie immer so schön von Bayern reden - ganze 16 Ganztagsschulen haben, während es in Nordrhein-Westfalen über 600 sind. An solchen Zahlen macht sich auch ein unterschiedliches Gesellschaftsbild fest. Wir haben ein anderes als Sie. Deshalb sage ich Ihnen: Nur wenn Gerhard Schröder an der Regierung bleibt, wenn die SPD diese Regierung führt, werden auch diese Mittel nach Nordrhein-Westfalen fließen, und dann werden wir die Ganztagsbetreuung entscheidend ausbauen. (C)

(Zurufe von der CDU)

Wir investieren in mehr Bildung, und wir wollen, dass Bildung vor allem - und das ist für uns wichtig - mit gleichen Bildungschancen verbunden wird. Gleiche Bildungschancen für alle! An diesem Punkt unterscheiden wir uns grundsätzlich auch von den Vorstellungen Ihres Kanzlerkandidaten, Herr Dr. Rüttgers. Denn Herr Stoiber will eigentlich eher eine Auslese, und die praktiziert er bei sich in Bayern ja auch. Wir aber wollen gleiche Chancen für alle, unabhängig von der sozialen Herkunft, vom Einkommen der Eltern, vom sozialen Status. Alle sollen gleiche Bildungschancen haben. Deshalb wollen wir, dass Kinder aus benachteiligten Familien genauso gefördert werden wie Kinder, die ganz automatisch gefördert werden, die aus Familien kommen, die in der sozialen Rangskala relativ weit oben stehen. (D)

Unser Leitbild von einer modernen Bildungspolitik ist, dass möglichst viele Kinder einen hochwertigen Schulabschluss erreichen. Diesem Ziel sind wir sehr, sehr viel näher als Bayern. Das wissen Sie auch. Deshalb sage ich Ihnen: Wenn Herr Stoiber glaubt, er müsste noch viel an Politik gestalten: Er hat in Bayern genug zu tun. Allein im Bereich der bayerischen Bildungspolitik hat er ein riesiges Aufgabenfeld, wo er noch eine Menge reformieren und verbessern kann. Da kann er sich übrigens an Nordrhein-Westfalen sehr gut orientieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Laurenz Meyer war heute zeitweise hier. Wir haben ihn in den letzten zwei Jahren relativ selten gesehen. Er ist zwar Landtagsabgeordneter in Nord-

(Edgar Moron [SPD])

(A)

rhein-Westfalen, aber in dieser Funktion hat ihn in den letzten Jahren kaum noch jemand erlebt. Aber als Generalsekretär der CDU hat man vermutlich für sein Landtagsmandat auch relativ wenig Zeit. Lassen wir das einmal so stehen. Also: Laurenz Meyer, Ihr Generalsekretär, meine Damen und Herren von der CDU, hatte wohl Recht, als er bei der CDU-Wahlkampföffnung in Düsseldorf wörtlich sagte: "Hier wird gelogen, dass sich die Balken biegen." Da hat er endlich einmal die Wahrheit über seine eigene Partei gesagt. Er hat das vielleicht nicht so gemeint, aber gesagt hat er es auf jeden Fall.

Die Wahrheit über unser Bildungssystem und unser Schulsystem - und das richtet sich jetzt auch an Herrn Dr. Rüttgers - ist eine andere. Deshalb möchte ich gern Herrn Dr. Hansis, den Vorsitzenden eines Lehrerverbandes in Nordrhein-Westfalen, zitieren, der sich in einem Brief an die SPD-Landtagsfraktion, in einem Brief an mich am 8. Juli für den äußerst sensiblen Umgang mit dem Schulbereich im Landeshaushalt ausdrücklich bedankt hat. Er hat geschrieben:

(B)

"Die Beschlüsse zeigen zweierlei: Vorleistungen und Vereinbarungen, hier zur Entwicklung der Arbeitszeit, werden anerkannt. Der vielfach erklärte Vorrang für Bildung findet im Haushalt seinen sichtbaren Niederschlag. Beides sind wesentliche Beiträge zur Vertrauensbildung bei den Landesbediensteten im Schulbereich."

Es geht noch positiv weiter. Aber ich will Sie mit diesem Thema jetzt nicht noch allzu sehr aufhalten. Aber das zeigt: Die Wirklichkeit in der Schullandschaft ist völlig anders als das, was Herr Dr. Rüttgers hier gesagt hat. Dass er auf die 6.100 Lehrer, die wir beschlossen haben und längst Schritt für Schritt umsetzen, noch einmal rund 2.500 draufsetzen will, sei ihm gegönnt. Das kann er vortragen. Er weiß genau, dass er diese Zusage niemals einzuhalten hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden auch im Rahmen dieser Haushaltsplanberatung sicherstellen, dass wir im nächsten Jahr alle Ansätze für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit unvermindert fortführen können. Unsere erfolgreichen Initiativen "Jugend in Arbeit" und "Ausbildungskonsens NRW" können jetzt in EU-kofinanzierte Projekte überführt werden. Das ist gut so. Damit sparen wir Landesmittel, aber die Maßnahmen bleiben erhalten, und darauf kommt

es letztlich an. Für die Landesinitiative "Jugend in Arbeit" stehen 2003 fast 28 Millionen € zur Verfügung. Und das Versprechen des Ausbildungskonsenses gilt: Alle Jugendlichen, die das wollen und die das können, erhalten einen Ausbildungsplatz. Der Ministerpräsident hat dieses Wort vor Jahren gegeben. Er hat es Jahr für Jahr eingehalten, und er wird es auch dieses Jahr einhalten. Man kann sich auf das Wort des Ministerpräsidenten in diesem Land verlassen. (C)

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist auch der Vorwurf des Wortbruchs, den Herr Dr. Rüttgers vorhin geäußert hat, eigentlich eine Unverschämtheit, weil er genau weiß, dass es in diesen Fragen überhaupt keinen Wortbruch gibt. Das ist parteipolitische Polemik, und man kann das letztlich nur vor dem Hintergrund des 22. September verstehen.

Wir Sozialdemokraten, unser Koalitionspartner und das Kabinett wollen gemeinsam die Hartz-Pläne zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit umsetzen. Darauf können sich die Menschen in unserem Land verlassen. Die Landesregierung hat sich bereits damit beschäftigt und alles, was untergesetzlich hier in Nordrhein-Westfalen gemacht werden kann, bereits für sich vereinbart. Wir danken Herrn Schartau - er ist jetzt nicht da, aber er ist eben vom Herrn Oppositionsführer auch angegangen worden - sehr herzlich für das, was er da getan hat. Denn er hat aus den Erfahrungen von Nordrhein-Westfalen eine Menge an Initiativen, an Vorschlägen, an Erneuerungsmöglichkeiten in die Hartz-Kommission eingebracht und dort mit durchgesetzt. Das ist eine gute Leistung von Harald Schartau gewesen. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der Herr Oppositionsführer hat auch heute wieder behauptet - das hat er schon an anderen Stellen gesagt -, dass der Sozialhaushalt keinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten solle, sonst sei das sozial ungerecht. Wir Sozialdemokraten führen das Wort "sozial" wirklich nicht nur in unserem Parteinamen, sondern wir sind ja aus Empörung über soziale Ungerechtigkeiten entstanden.

Das ist das Kernelement unserer politischen Grundüberzeugung. Herr Dr. Rüttgers hat versucht, uns ein Etikett ans Hemd zu kleben, das zu uns überhaupt nicht passt und mit uns nichts zu tun hat. Derselbe Jürgen Rüttgers hat uns in den vergangenen Jahren immer dann, wenn wir weite-

(Edgar Moron [SPD])

- (A) re Maßnahmen in der Koalition zur Verbesserung der sozialen Betreuung in vielen Bereichen ange-regt und beschlossen haben, vorgeworfen, das seien rot-grüne Spielwiesen. Er hat immer ange-prangert, dass die Fördermittel im sozialpoliti-schen Bereich viel zu hoch seien. Da würden wir grüne Spielwiesen beackern - säen und anschlie-ßend ernten. Heute beklagt er es. Na ja, Wider-sprüche in seiner Rede waren reichlich vorhan-den. Warum soll man das noch weiter vertiefen?

Das sagt auch ein Dr. Rüttgers, der, als er im Bund im Kabinett saß, über Jahre hinweg eine außerordentlich familienfeindliche Politik mit zu verantworten hatte.

(Zuruf von Regina van Dinther
[CDU])

Am 10. November 1998 - Frau van Dinther, hören Sie ruhig zu - rügte das Bundesverfassungsge-richt, dass in 16 Jahren CDU-geführter Regierung der Familienleistungsausgleich nicht angemessen weiterentwickelt worden war. 14 Jahre lang wa-ren die Einkommensgrenzen - damals auch mit Mitwirkung von Herr Dr. Rüttgers; er ist nicht allei-ne verantwortlich, aber mitverantwortlich, denn er hat im Kabinett mit gestimmt - für den Bezug von Erziehungsgeld nicht erhöht worden. 10 Jahre lang wurde das Wohngeld nicht an die steigenden Mieten und Preise angepasst. Seit Anfang der 90er Jahre war das BAföG kontinuierlich zurück-geführt worden. Erst in diesem Jahr steigt die Zahl der BAföG-Empfänger wieder an.

(B)

(Regina van Dinther [CDU]: Dann klauen wir ihnen das wieder über Studiengebühren!)

So lange hat es gedauert, bis wir das wieder hin-bekommen haben. Die Jugendarbeitslosigkeit war extrem hoch. 16 Jahre lang war die CDU unfähig, die gesetzliche Rentenversicherung familien-freundlicher zu gestalten und vor allem die Alters-sicherung der Frauen zu verbessern. 16 Jahre lang vernachlässigte die CDU die Vereinbarung von Familie und Beruf, von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung. In ihrer ganzen Regierungszeit hatte die CDU beispielsweise mit einer Verbesse-rung des Opferschutzes, aber auch des zivilrecht-lichen Schutzes vor häuslicher Gewalt nichts zu tun. Ein Recht der Kinder auf gewaltfreie Erzie-hung hielt sie nicht für notwendig. Das hat erst diese Bundesregierung gesetzlich verankert.

Meine Damen und Herren, das soll eine Bilanz sein, die die CDU berechtigt, den Regierungsan-spruch in der Bundesrepublik Deutschland zu er-heben? Nein sage ich. Ein Mann wie Dr. Rüttgers, der daran mitgewirkt hat, hat nicht das Recht, uns unsoziales Verhalten vorzuwerfen. Er - nicht wir - hat selber über Jahre hinweg eine solche Politik betrieben.

(C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die neue Bundesregierung hat jetzt die familien-politische Wende eingeleitet und damit begonnen, den familien- und sozialpolitischen Reformstau aufzulösen.

(Zuruf von Regina van Dinther
[CDU])

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Menschen wissen: Die letzten vier Jahre haben sich für die Bundesrepublik, aber auch für uns in Nord-rhein-Westfalen gelohnt. Höheres Kindergeld, mehr Wohngeld für Familien, Anspruch auf Erzie-hungsgeld für mehr Familien, Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit! Ich will nicht alles aufzählen; es ist eine lange Liste.

Das ist sozial gerechte Politik wie wir sie im Bund, aber auch in Nordrhein-Westfalen wollen. Soziale Gerechtigkeit stärkt nämlich den gesellschaftli-chen Zusammenhalt. Deshalb werden wir bei den Haushaltsplanberatungen sehr genau darauf ach-ten, dass die soziale Balance bei allem, was wir an zusätzlichen Kürzungsmaßnahmen vorschla-gen und anschließend durchsetzen müssen, ge-wahrt bleibt. Wir werden uns von diesem Weg nicht abbringen lassen und werden es mit allen Beteiligten intensiv diskutieren. Soziale Gerech-tigkeit ist die Messlatte für unsere Haushaltsbera-tungen!

(D)

Wir wissen, dass wir vor schwierigen Entschei-dungen stehen. Wir werden prüfen, was möglich ist. Gibt es Möglichkeiten, Kürzungen abzumil-dern, werden wir sie nutzen. Der Landeshaushalt wird im Dezember verabschiedet. Nord-rhein-Westfalen ist und bleibt das soziale Gewis-sen der Bundesrepublik Deutschland. Wir werden unserer sozialen Verantwortung gerecht werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Gerechte Verteilung von Lasten, ausgewogenes Sparen heißt für uns, dass wegweisende Projekte

(Edgar Moron [SPD])

(A)

wie die Sozialagenturen fortgesetzt werden, dass trotz Verringerung der Zahl an Einzelprojekten die Struktur an Einrichtungen und die Struktur der Träger erhalten bleibt. Wir sind fest davon überzeugt, dass auch dieser Haushalt genau das gewährleisten wird. An diesen Kriterien werden wir unsere Entscheidungen über den Haushalt ausrichten und orientieren.

Klassisch bei der Rede von Herrn Dr. Rüttgers, die er heute gehalten hat, war, dass er wieder einmal den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen schlecht geredet hat. Ich brauche nicht zu sagen, dass die Wirklichkeit eine andere ist, das wissen die Leute, wenn sie rausgehen. Darüber braucht man sich nicht weiter auszutauschen.

Wir wissen aber um eine konjunkturelle Abschwächung. Nordrhein-Westfalen ist einer der größten Exportmärkte der Welt. Wir stehen an achtzehnter Stelle mit 100 Milliarden Umsatz US-Dollar im Jahr. Der Dienstleistungssektor bei uns bringt 70 % der Wirtschaftsleistungen. Vor 20 Jahren waren es nur 46 %. Daran sieht man den Strukturwandel, den wir aus eigener Kraft in den letzten Jahren geschaffen haben, zwar mit Hilfe der Europäischen Union, aber nicht über den Länderfinanzausgleich, beispielsweise mit Hilfe des Freistaates Bayern.

(B)

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Die Anlage ist zu laut!)

- Herr Kollege, bin ich zu laut? Das liegt an der Anlage. Aber ich weiß, Sie sind sehr empfindlich, Sie sind ein Mensch der leisen Töne.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Ich nehme die Kritik auf. Vielleicht bin ich jetzt ein Versuchsobjekt für die Damen und Herren der Technik, die versuchen, die Anlage noch einzustellen. Ich rede ein bisschen leiser.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Wir würden niemals in Bezug auf "Versuch" von Kaninchen sprechen!)

Ich rede ein bisschen leiser, Herr Möllemann. Das könnten Sie manchmal auch tun.

Bei uns in Nordrhein-Westfalen gibt es 700.000 mittelständische Unternehmen. Das ist ein gutes Fünftel der 3,2 Millionen, die es in der Bundesrepublik Deutschland gibt. Wofür sollen wir uns hier eigentlich rechtfertigen? Das Land Nordrhein-Westfalen ist ein so wirtschaftlich kräftiges Land. Wir sind das Land, das 36 Jahre lang Jahr für Jahr Milliardenbeträge in den Freistaat Bayern geschaufelt hat, damit die sich dort von einem Agrarstaat in ein modernes Dienstleistungs- und Industrieland umwandeln konnten. Und dann müssen wir uns von den Bayern sagen lassen, dass sie so toll seien. Sie hätten alles geschafft, und Nordrhein-Westfalen möge sich an ihnen orientieren. Wenn uns die Bayern einen Gefallen tun wollen, sollen sie uns das, was wir ihnen 36 Jahre lang gegeben haben, verzinst zurückgeben. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN -
Marc Jan Eumann [SPD]: Guter Vorschlag!)

Dann danken wir Ihnen dafür. Aber dieses Geschwätz kann man nicht mehr anhören.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir in Nordrhein-Westfalen haben unsere Probleme immer selbst gelöst. Wir brauchen Bayern nicht. Im Übrigen habe ich den Eindruck, dass die größte bayerische Landtagsfraktion, die es gibt, im nordrhein-westfälischen Landtag sitzt. Sie sind ja nun wirkliche Fans von Bayern; es sei Ihnen auch gegönnt. Wir sind Fans von Nordrhein-Westfalen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir werden auch in diesem Haushalt, im Haushalt 2003, die Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum, Strukturwandel und neue Arbeit sichern. Das ist überhaupt keine Frage, das bleibt so. Unsere Möglichkeiten werden wir voll ausschöpfen. Die Förderprogramme der EU werden in vollem Umfang eingesetzt. Im Rahmen des Ziel-2-Programms 2000 bis 2006 stellt die EU insgesamt 1 Milliarde € für die regionale Entwicklung zur Verfügung. Wir werden diesen Betrag um eine weitere Milliarde Euro aufstocken. Das ist die Realität.

Von diesem Strukturförderprogramm wird vor allem das Ruhrgebiet profitieren. Das ist wichtig und auch richtig so; denn das Ruhrgebiet bleibt für uns die Schlüsselregion für einen umfassenden und

(Edgar Moron [SPD])

- (A) zukunftssträchtigen Strukturwandel. Da haben wir noch viel Arbeit vor uns. Nicht alles ist erreicht. Aber wir sind auf einem guten Weg.

Für die SPD-Landtagsfraktion sage ich in aller Deutlichkeit: Es geht nicht nur darum, das notwendige Geld für die Sicherung des Strukturwandels zu reservieren, vorzuhalten. Neben allen Investitionsanreizen braucht das Ruhrgebiet auch Symbole, auch sichtbare Zeichen der Verfestigung neuer, zukunftsicherer Strukturen.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Nun kommt's!)

Bei diesem Thema komme ich zum Metrorapid. Ich glaube, wir glauben, und immer mehr Menschen in Nordrhein-Westfalen wissen es: Es wäre unverantwortlich für unser Land, auf dieses Milliardeninvestment - 3 Milliarden € - zu verzichten. Entweder fließen die Bundesmittel nach Nordrhein-Westfalen oder sie fließen woandershin. Wofür ist die nordrhein-westfälische Politik? Wofür steht dieser Landtag? Für dieses Land oder dafür, dass diese Mittel nach Bayern oder ganz woandershin fließen? Das müssen diejenigen, die sich hierzu äußern, den Menschen einmal erklären.

- (B) Aber wie kann man Herrn Stoiber eigentlich verstehen? Zuerst hat er sich für den Metrorapid hier in Nordrhein-Westfalen ausgesprochen, dann wurde er offenbar von Herrn Dr. Rüttgers eingeordnet, man hat ihm gesagt, was man hier in der CDU glaubt, und jetzt ist er dagegen. - Leute! Das soll ein Mann sein, der unser Land führt, der nicht, bevor er etwas sagt, weiß, was er sagt? Na, das kann doch nicht sein.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Er hat mit Frau Lohrmann geflirtet!)

Meine Damen und Herren, wessen Interessen vertritt hier eigentlich die nordrhein-westfälische CDU, wenn es um Transrapid in Bayern oder Metrorapid in Nordrhein-Westfalen geht? Ich möchte jetzt einmal ein Presseorgan zitieren, die "NRZ" aus unserem Land. Die hat am 16. Juni geschrieben:

"Jürgen Rüttgers, Chefbremser im Verein mit Edmund Stoiber, hat seine Transrapidstrecke nach Amsterdam einzig deshalb ersonnen, damit die Christdemokraten nicht aussehen wie Technikfeinde und Jobkiller. Doch sein Vorschlag ist eine Geisterbahn:

nicht geplant, nicht ausgereift, nicht durchfinanziert."

(C)

Mehr bräuchte man dazu eigentlich nicht zu sagen. Ich sage nur: Das ist das übliche Strickmuster der CDU in Nordrhein-Westfalen: nichts geplant, nichts ausgereift und damit letztlich auch nichts wert.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, meine Damen und Herren, dass dieses weltweit modernste Verkehrsmittel nach Nordrhein-Westfalen kommt. Wir wollen diese Zukunftstechnologie für das Ruhrgebiet.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Wer ist "wir"?)

Wir, die Sozialdemokraten, die Landesregierung und damit Nordrhein-Westfalen - denn wir haben die Mehrheit in dieser Frage -, wir wollen die 20.000 Arbeitsplätze, die mit dem Metrorapid verbunden sind, hier bei uns zusätzlich schaffen und sichern.

16 Jahre lang hat die CDU vor allem die Infrastruktur in Bayern gefördert, und zwar zulasten von Nordrhein-Westfalen. Na gut, die Zeiten sind vorbei. Jetzt geht es bei uns aufwärts. Auch das ist im Übrigen ein ganz wichtiger Grund, warum wir weiter Gerhard Schröder und Kurt Bodewig in der Regierungsverantwortung brauchen: damit dieser Prozess weitergeht, damit die Mittel weiterhin nach Nordrhein-Westfalen fließen - zum Ausbau der Autobahnen und der Bundesfernstraßen.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Denn wir, nicht die ostdeutschen Ländern - ich sage das sehr deutlich -, auch nicht der Freistaat Bayern, sind das große Transitland in Europa. Nirgendwo gibt es eine solch große Transitproblematik wie hier bei uns. Wir müssen unsere Autobahnen sechs- und achtspurig ausbauen. Dafür ist diese Bundesregierung eingetreten - anders als die Vorgängerregierung.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte darüber hinweggehen, Herr Dr. Rüttgers, aber ich will es trotzdem noch einmal sagen, weil es kennzeichnend und typisch ist für die Art, wie Sie mit unserem Landeshaushalt umgehen,

(Edgar Moron [SPD])

(A)

was Sie den Menschen versprechen. Peer Steinbrück hat in seiner Einbringungsrede darauf hingewiesen, dass Sie uns vorgeworfen haben, wir würden statt 1.500 Stellen in der Landesverwaltung nur 271 einsparen und streichen. Gleichzeitig fordern Sie - das ist hier gesagt worden - an allen Stellen mehr Personal. Dann sagen Sie uns das mit diesen 1,5 %. Es ist richtig, was Peer Steinbrück gesagt hat: Wenn wir diese 1,5 % in den anderen Bereichen der Landesverwaltung - da sind 25.000 Mitarbeiter - streichen, bringt das 375 Stellen. Damit kann man die 3.500/3.600 Stellen aber doch nicht finanzieren. Das geht überhaupt nicht.

Deshalb müssten Sie, Herr Dr. Rüttgers, von diesen 1,5 % weggehen und sagen: Das müssen mehr sein. - Dann müssten Sie aber auch sehr deutlich sagen, dass wir in diesen Bereichen betriebsbedingte Kündigungen aussprechen sollen. Seien Sie mutig! Tun Sie das! Sagen Sie: Ihr müsst in den anderen Bereichen der Landesverwaltung, bei den Landesbehörden mit Ausnahme von Schule, Polizei, Justiz, Steuerverwaltung und Wissenschaft - ich denke, dafür werden Sie wohl nicht sein - streichen, um damit Personalstellen, und zwar 3.500/3.600 an der Zahl, zu erwirtschaften. Die schmeißen wir an der einen Stelle heraus, um sie an der anderen Stelle einzusetzen. Wenn das Ihre Politik ist, warum nutzen Sie dann nicht das Forum des Landtags, um den Menschen das auch einmal zu sagen? Wenn das aber nicht Ihr Ziel ist, dann haben Sie mit Ihrem Vorschlag, 1,5 % Stellen zu sparen und damit 3.600 Stellen zu bezahlen, entweder eine Meisterleistung im Rahmen der PISA-Studie vollbracht und hätten unser Niveau noch weiter nach unten gezogen, oder Sie haben die Leute einfach nur getäuscht.

(B)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ein weiteres Thema ist die Frage, wie wir mit der Zukunft unserer Gesellschaft umgehen wollen. Was wollen wir den nachfolgenden Generationen hinterlassen? Der Finanzminister hat in seiner Einbringungsrede auch auf die Problematik weiterer Schuldenaufnahme hingewiesen. Ich will das nicht weiter vertiefen. Was mich an dieser Stelle ärgert - das muss ich ganz ehrlich sagen -, ist, dass die Steuerreform, aber auch die konsequente Haushaltskonsolidierung der Bundesregierung, von der gleichen Partei, von der CDU, kritisiert, negativ dargestellt und zum Teil verfälscht werden.

Es ist völlig richtig: Wenn die Lasten der Hochwasserkatastrophe entlang der Elbe anders finanziert werden würden, und zwar so, wie die Union es vorschlägt, dann gäbe es eine weitere Verschuldung. Ich sage Ihnen ganz offen: Dieser Weg ist aus unserer Sicht falsch. Deshalb werden wir bei den weiteren Beratungen - jetzt komme ich zurück auf unseren eigenen Landeshaushalt -

(C)

(Zurufe von CDU und FDP: Bravo!)

dabei bleiben, die Neuverschuldung konsequent zurückzuführen. - Dass ihr das nicht gerne hören wollt, was ihr da für einen Scherbenhaufen hinterlassen habt, das ist mir wohl klar. Darüber wollt ihr hinweggehen. Aber ich werde der CDU und im Übrigen auch den Liberalen so lange den Spiegel vorhalten, bis sie sich endlich einmal zu ihrem eigenen Erbe bekennen.

(Beifall bei der SPD)

Wir machen es uns nicht so leicht, wie es sich beispielsweise die CDU in Hessen macht: Bei der Kreditaufnahme bis auf eine Million Euro an die Verfassungsgrenze heranzugehen. Das machen wir nicht. Sondern wir halten einen deutlichen Abstand zur Verfassungsgrenze. Wir werden keine weiteren Maßnahmen, die wir zwar gern finanzieren würden, durch weitere Kreditaufnahme finanzieren. Da können Sie uns beim Wort nehmen. Das werden wir in den Ausschussberatungen mit Ihnen im Einzelnen durchdiskutieren.

(D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Schauen Sie bitte einmal zu Ihrem Parteikollegen - er ist ja mehr ein Kollege von Herrn Steinbrück -: Er hat einen Haushalt eingebracht, der eine Million Euro von der Verfassungsgrenze entfernt ist. Das ist unseriös finanziert - nicht dieser Haushalt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ein wichtiger Teil der öffentlichen Diskussion im Zusammenhang mit dem Landeshaushalt ist die Frage nach allgemeinen Studiengebühren. Wir wollen keine Studiengebühren für das Erststudium. Das ist nicht unsere Politik.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Sondern?)

(Edgar Moron [SPD])

- (A) Wir haben dies auf Bundesebene so beschlossen. Wir wollten das auch im Hochschulrahmengesetz ausschließen. Das ist im Übrigen am Widerstand der von der CDU geführten Mehrheit im Bundesrat gescheitert, weil sie sich das Türchen offen halten wollte - das unterstelle ich -, Studiengebühren auch für das Erststudium irgendwann einzuführen. Auf der Parteiebene wird bei Ihnen längst darüber diskutiert. Sie haben schon entsprechende Papiere vorbereitet. Diese liegen bei Ihnen vor. Die haben wir. Ich will sie jetzt nicht zitieren. Aber die Union ist auf dem Weg, auch das Erststudium mit einer Studiengebühr zu belegen.

(Heinz Hardt [CDU]: Das ist doch Schwachsinn!)

Sie sind auf dem Weg dahin. Wir machen das nicht mit. Wir halten den Weg für falsch, weil er auch sozial ungerecht ist. Das machen wir nicht. Mit uns wird es solche Gebühren nicht geben.

(Beifall bei der SPD)

Aber, meine Damen und Herren, die Landesregierung bereitet ein Gesetz über die Einführung von Studienkonten vor, und wir werden dies hier zu beraten haben. Wir hören auch aus den Reihen der Studenten und von unserem grünen Koalitionspartner: Das ist der richtige Weg. Denn Studienkonten bedeuten: Wer sein Erststudium zügig durchzieht, hat nachher noch ein Polster, eine Reserve, um anschließend ein zweites Studium oder später im Alter noch weitere Studiengänge belegen zu können - wer dies will und wessen Studienkonto das noch hergibt. Aber bis wir dieses Konto einführen - das dauert ein paar Tage, das ist nicht so ganz einfach -, wollen wir für diejenigen, die ein Zweitstudium beginnen, nachdem sie ein Erststudium abgeschlossen haben, für Langzeitstudenten - wir werden Ihnen noch im Einzelnen mitteilen, welche Ausnahmen es dabei geben wird - und für die Senioren, die ein Studium mit dem Ziel eines akademischen Abschlusses beginnen, Studiengebühren von 650 €.

Das ist auch ein Beitrag für den Landeshaushalt - 105 Millionen € - und außerdem ein Beitrag zur Finanzierung des Qualitätspaktes an unseren Hochschulen. Die Studenten leisten dazu einen Beitrag, dass wir an unseren Hochschulen den vereinbarten Qualitätspakt beibehalten können. Das ist wichtig. Dieser Weg ist richtig, und wir werden ihn auch so durchsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren,

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Mit wem denn?)

im Zusammenhang mit der Bundestagswahl spielt natürlich auch in den letzten Tagen die Frage der Arbeitslosigkeit eine große Rolle. Ich sage sehr deutlich: Wir wären sehr glücklich gewesen - ich habe es bereits angedeutet -, unsere Arbeitslosigkeit wäre geringer, als sie es jetzt ist. Wer wollte das nicht? Dass wir uns ernsthaft darum bemühen, wird uns niemand absprechen können. Dass wir dabei Erfolge haben - im Bund, aber auch hier im Land -, wird uns auch niemand absprechen können. Wir sind auf einem guten Weg.

(Ah-Rufe von der CDU)

Ich sage Ihnen: Nach dem 22. September, wenn Gerhard Schröder wiedergewählt ist, und wir eine neue SPD-geführte Bundesregierung haben, wird die Investitionsblockade der Unternehmen vorbei sein. Dann geht es schnell wieder bergauf.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt genügend Hinweise, dass gerade in den letzten Wochen Investitionsentscheidungen bewusst auf die Zeit nach dem 22. September verschoben werden. Da machen auch Unternehmen Politik. Aber lassen wir das. Meine Damen und Herren, wir sind auf einem guten Weg.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)

Die Arbeitslosenzahlen hier in Nordrhein-Westfalen - wir reden über unser Land - sind im August im Vergleich zum Juli leicht um 5.680 zurückgegangen. Das ist immer noch zu wenig, aber es ist ein Rückgang. Aber, meine Damen und Herren, wie ist es denn in den anderen Ländern? In Bayern ist die Arbeitslosenzahl um 14.000 gestiegen. Wie kommt das? Wo doch Bayern immer sagt: Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit, wir haben die effektivste Wirtschaft. Wieso steigt die Arbeitslosigkeit in Bayern?

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Die haben höhere Berge!)

(C)

(D)

(Edgar Moron [SPD])

(A)

Haben Sie eine Antwort? Welche? Wieso steigt die Arbeitslosigkeit in Bayern dreimal stärker als im Bundesdurchschnitt? Haben Sie darauf eine Antwort?

(Heinrich Kruse [CDU]: Sie stellen mal wieder alles auf den Kopf!)

- Ach so, die Steigerung der Arbeitslosigkeit gibt es gar nicht in Bayern. Das ist eine sehr überzeugende Antwort, Herr Kollege. Lassen Sie doch einmal die Kirche im Dorf. Die Bayern kochen mit Wasser, so toll ist das nicht. Zu den Insolvenzen, die wir in Bayern haben, nenne ich nur die Stichworte: Grundig, Fairchild Dornier, Schneider Technologie, die Kirch-Pleite. Also Leute: Hört auf mit euren Bayern. In Nordrhein-Westfalen - das zeigen auch die Zahlen - sind wir auf einem guten Weg. Die schwierigen Steine auf dem Weg räumen wir noch weg. Aber wenn wir so weitermachen, werden wir die Arbeitslosigkeit stärker abbauen, als Sie uns das weismachen wollen. Wir sind auf einem richtigen Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Zu der Behauptung des Kanzlerkandidaten der Union, wir in Deutschland hätten die höchste Verschuldung zu verantworten, und zwar jetzt ganz aktuell, muss ich wieder einmal daran erinnern, wie es war: 1993 hat der damalige Bundesfinanzminister unter der Verantwortung des Bundeskanzlers Helmut Kohl 33,8 Milliarden € Kredite neu aufgenommen, und im Jahr 1994 sogar 40 Milliarden € - die höchste Neuverschuldung in einem Jahr, die sich ein Bundesfinanzminister geleistet hat. Von Herrn Stoiber kommen aber Vorwürfe, wir würden die Schulden nach oben treiben, wir hätten heute die höchste Verschuldung. Das ist die absolute Unwahrheit, das ist ein absurdes Theater. Der Bund fährt seine Verschuldung konsequent zurück. Unter Helmut Kohl stiegen die Schulden von 1994 bis 1998 um 230 Milliarden €, 460 Milliarden DM. Unter Hans Eichel stiegen sie von 1999 bis 2001 um 37 Milliarden €, etwa 74 Milliarden DM.

Meine Damen und Herren, das sind die schlichten Wahrheiten, vor denen wir stehen. Ich kann nur sagen: Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land werden dies zu gewichten haben.

(C)
Im Übrigen: Auch wir in Nordrhein-Westfalen sind froh darüber, dass es diese Steuerreform gibt, selbst wenn sie uns heute finanzielle Belastungen bringt, und zwar uns in Nordrhein-Westfalen als Bundesland, aber auch den Kommunen und dem Bund. Wir werden dies im Rahmen unserer Haushaltsplanberatungen zu verkraften haben.

Aber ich sage sehr deutlich: Diese Steuerreform ist richtig. Sie hat den Menschen eine Entlastung gebracht. Sie hat dem Mittelstand eine Entlastung gebracht. Die Zahlen sind bekannt: rund 17 Milliarden € für den Mittelstand, 56 Milliarden € für die Bürgerinnen und Bürger und für die Unternehmen, auch für die unseres Landes.

Dass das nicht nur von uns so gesehen wird, kann man auch aus einigen Zitaten aus unionsnahen Kreisen entnehmen. Am 21. Januar hat die Union mittelständischer Unternehmen gesagt:

"Wir sind froh, dass endlich eine Steuerreform da ist. Sie bringt für den Mittelstand einen ersten wichtigen Schritt zur dringend notwendigen Entlastung, vor allem durch die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer."

Richtig so!

(D)
Auch Lothar Späth hat sich positiv zur Steuerreform geäußert. Sie sei ein richtiger und wichtiger Ansatz. Es gebe handwerkliche Mängel. Aber das ändere nichts an der Tatsache - so Lothar Späth -, dass Steuer- und Rentenreform im Ansatz richtig seien.

Warum wiederholt das keiner? Warum sagt Herr Dr. Rüttgers nicht auch in dieser Rede das, was Lothar Späth gesagt hat? Lothar Späth ist ja einer derjenigen, die im Kompetenzteam sein dürfen. Er sagt das. Sie äußern sich wieder ganz anders. Was gilt eigentlich in der CDU? Gelten die Aussagen desjenigen, der im Kompetenzteam ist, oder desjenigen, der die Aufgabe des Oppositionsführers im nordrhein-westfälischen Landtag auszuüben hat?

Meine Damen und Herren, wir Sozialdemokraten gestalten im Bund und in Nordrhein-Westfalen auch in finanziell schwierigen Zeiten eine gerechte Politik. Wir setzen Prioritäten. Wir verantworten aber auch Einsparungen. Die Menschen erwarten bei einer schwierigen Haushaltslage zu Recht ehrliche Antworten. Wer den Bürgerinnen und Bürgern staatliche Leistungen ohne jede Einschränkung verspricht und gleichzeitig zusätzliche Steu-

(Edgar Moron [SPD])

- (A) erleichterungen zusagt - so wie es Herr Dr. Rüttgers heute getan hat -, will sie hinter Licht führen und sagt auch nicht die Wahrheit.

Die Union verspricht weniger Steuern und gleichzeitig mehr staatliche Förderung. Das hat noch niemand geschafft. Das kann ja auch keiner. Es geht nicht.

Weniger Steuern - wie es Herr Stoiber in seinen Wahlkampfreden verspricht und Herr Dr. Rüttgers uns heute anempfohlen hat - bedeuten weniger Geld für die Schulen und die Hochschulen, weniger Geld für die Kindergärten und die Ganztagsbetreuung, für die innere Sicherheit, für unsere Krankenhäuser, für Straßen, Busse und Bahnen, aber auch für die Städte und Gemeinden. Und denen geht es zugegebenermaßen außerordentlich schlecht. Mit seriöser Politik hat das alles überhaupt nichts zu tun.

Wir werden in einem Landeshaushalt 2003, der ein Haushalt mit deutlichen Einsparungen ist - daran führt kein Weg vorbei -, die soziale Ausgewogenheit sichern und klare Schwerpunkte setzen. Ich wiederhole sie noch einmal. Wir setzen Schwerpunkte im schulischen Bereich, bei der Ganztagsbetreuung, bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in der Kombination von Beschäftigungs- und Strukturförderung und bei der inneren Sicherheit. Diese Schwerpunkte werden wir in diesem Haushalt konsequent umsetzen.

Unsere Politik für Nordrhein-Westfalen wird auch nach dem 22. September starken Rückenwind bekommen, und zwar von einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung. Gerhard Schröder im Kanzleramt und Wolfgang Clement in der Staatskanzlei - das ist das Beste für unser Land. Das ist das Beste für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD)

Edmund Stoiber hat einmal gesagt: Wenn er nicht Kanzler werde, bleibe er eben Ministerpräsident in Bayern. Ich sage: Das ist zwar schade für Bayern, aber das wäre gut für Deutschland. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Moron. - Für die Fraktion der FDP hat Herr Möllemann das Wort.

Jürgen W. Möllemann (FDP): Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich heute Morgen wirklich gefreut, als gesagt wurde, dass diese Debatte selbstverständlich nicht im Zeichen des Wahlkampfes stehen würde. Das war von Anfang an von allen Seiten das Glaubwürdigste, was in dieser Debatte zu erwarten war.

Deswegen sage ich vorsichtshalber: Ja, ich werde mich natürlich auch an der Tatsache orientieren, dass wir am Sonntag, den 22. September, Wahlen haben. Natürlich kann man eine Debatte über den Haushalt, über das Grundbuch der Politik im größten Bundesland, zehn Tage vor einer Bundestagswahl nicht ohne Blick auf die Bundestagswahlen führen. Alles andere wirkt ja etwas merkwürdig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Haushaltsplanentwurf 2003, den die rot-grüne Koalition vorgelegt hat, ist selbst nach dem Bekunden des Finanzministers ein Dokument einer außerordentlich problematischen Situation, die sich auch dadurch ergibt, dass die Grundorientierungen in vielen Fragen der Finanz-, Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Bildungs- und Sozialpolitik überprüft und neu bestimmt werden müssen.

Dass da draußen heute Nachmittag vielleicht Tausende von Menschen demonstrieren werden - bisher sind es nicht so viele, aber das kann sich ja noch ändern -, ist ihr gutes Recht. Man sollte das nicht danach bewerten, ob es einem wegen der Wahlen in den Kram passt.

Ganz offenkundig, Herr Ministerpräsident, sind viele Menschen mit den Vorschlägen, die Sie heute in Gestalt des Haushaltsentwurfes machen, nicht einverstanden. Und es lohnt sich, sich damit hier auseinander zu setzen. Das macht mehr Sinn, als die Debatte in folgender Weise zu führen: Herr Kollege Moron, Sie haben gerade auf mich den Eindruck des Kapitäns auf der Titanic gemacht, der von Minute zu Minute eine Etage höher klettert und am Schluss sagt, die größte Errungenschaft sei es, dass wir jetzt auch Wasserspülung an den Füßen haben.

(Beifall bei der FDP)

So ungefähr haben Sie sich gerade ausgedrückt. Das ist wirklich merkwürdig.

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

(A)

Wir haben, meine Damen und Herren, eine Situation in Bund und Ländern, die von der Verwaltung des Mangels gekennzeichnet ist und von der Schwierigkeit des Umgangs mit zu geringem Wirtschaftswachstum und Einbrüchen auf dem Arbeitsmarkt. Das stellt sich nicht nur in einem Bundesland so dar, sondern in der ganzen Republik. Allerdings, lieber Herr Moron, wirkt Ihr Hinweis auf Bayern in dem Zusammenhang wirklich eher komisch, wenn man von einer solch geringen Arbeitslosigkeit, wie Bayern sie hat, ausgeht. Dass jede Steigerung in absoluten Zahlen relativ höher wirkt, ist nun wirklich eine Milchmädchenrechnung. Ich glaube, das führt uns auch nicht weiter.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte die Zeit, die ich hier rede, nicht einfach dadurch verplempern, dass ich eine Debatte führe, für die ich mich nach dem 22. vielleicht schäme, weil dann andere Strukturen da sein werden. Wir werden möglicherweise in völlig anderer Zusammensetzung die Probleme, von denen Herr Steinbrück hier gesprochen hat, meistern müssen. Deswegen schenke ich mir das. Das bringt jetzt nichts.

(B)

Wir kommen aufgrund der von Ihnen genannten Daten, Herr Steinbrück, die ich noch einmal kurz ansprechen will, nicht umhin, eine Veränderung in der grundsätzlichen Orientierung der Wirtschafts-, Finanz-, Beschäftigungs-, Bildungs- und Sozialpolitik vorzunehmen. Ich bin ganz sicher: Ganz gleich, wer das ab dem 22. September in Berlin und hier machen muss: Bei denen werden dann die Demonstrationen, die gerade anfangen, erst richtig einsetzen, weil wir nachhaltig Bestehendes werden korrigieren müssen. Ganz gleich wer es macht: Es wird heute zunächst ein Auftakt sein.

Ich nehme nun Ihre Bemerkungen, Herr Steinbrück, zum Anlass für folgende Feststellungen:

Erstens. Nach Ihren eigenen Bekundungen ist die Investitionsquote kontinuierlich seit 1990 von 14,8 auf 9,4 % in 2002 gesunken, und sie wird nach dem Haushaltsentwurf, den sie selbst vorgelegt haben, weiter auf 9,3 % sinken. Das ist eine wirklich gefährliche Entwicklung. Sie wird uns hindern, die notwendigen Investitionen zu tätigen, wenn wir nicht zu einer wirtschafts- und wachstumspolitischen Kurskorrektur kommen.

(C)
Zweitens. Sie selbst sprechen davon, dass die Nettoneuverschuldung, die laut mittelfristiger Finanzplanung für 2003 bei 2,9 Milliarden € liegen müsste, tatsächlich bei 3,254 Milliarden € liegen wird. Sie wird damit das von Ihnen selbst gesteckte Ziel schon jetzt um 350 Millionen € verfehlen - die Risiken, über die wir hier schon diskutiert haben, noch nicht einkalkuliert.

Die Zinslastquote liegt aufgrund der ständig steigenden Gesamtverschuldung mit 9,96 % höher als die Investitionsquote. Auch das ist eine gefährliche Ecke. Es gibt in Sondersituationen diese Möglichkeit. Aber wie lange wollen wir die Sondersituation ausdehnen?

Schließlich zum Abbau im Personalbereich: Sie selber hatten sich das Ziel gesetzt, bis 2005 insgesamt 21.000 kw-Vermerke zu realisieren. Sie sind gerade bei 1.500 für dieses Jahr angekommen. Das wird nicht reichen.

(Zuruf von Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- Ja, das ist für Sie ein echtes Problem. Ich verstehe das. Für jede Regierung wird das ein Problem sein. Aber es reicht nicht aus. Also, die Eckdaten - ganz ruhig betrachtet -, die Sie selbst vorge tragen haben, zeigen ein sehr kritisches Bild.

(D)

Herr Ministerpräsident, Sie haben - ich zitiere Sie - in Ihrer Regierungserklärung zur Finanzpolitik gesagt:

"Zukunftsorientierte Finanzpolitik, wie wir sie verstehen, soll den Staat jedoch nicht austrocknen. Sie soll neue Freiräume für politische Gestaltung und Zukunftsinvestitionen schaffen."

Wo geschieht das in diesem Haushalt? Wo entstehen hier neue Gestaltungsräume für Zukunftsinvestitionen. Das ist nicht sichtbar.

(Beifall bei der FDP)

Das würde auch jeder anderen Regierung jetzt schwer fallen. Das wird ja gar nicht bestritten. Aber das Signal, das jetzt mit mutigen Korrekturen gegeben werden müsste, kommt eben nicht.

Nun will ich eine Bemerkung zum Methodischen machen. Das Spiel kennen wir ja in allen Wahl-

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

(A)

kämpfen. Wenn wir Sie als Opposition kritisieren, verweisen Sie auf die Bilanz z. B. der Bundesregierung, wie Sie diese sehen. Da heißt es immer: 16 Jahre Helmut Kohl! Kann man sich denn hier nicht verständigen zu sagen, dass die Bilanz der Regierung Kohl in den ersten acht bis zehn Jahren wirklich exzellent war, aber dass sie in den letzten vier Jahren auch eine Stillstandsbilanz war? Deswegen sind wir auch abgewählt worden. Wir sind ja vom Wähler bestraft worden. Nur: Die jetzige Bundesregierung schafft diesen Stillstand schon nach vier Jahren.

(Beifall bei der FDP)

Und sie wird deswegen möglicherweise schon nach vier Jahren das Problem bekommen. Also, es hat gar keinen Zweck, dass Sie das Spiel fortsetzen. Ja, die letzten vier Jahre der Regierung Kohl/FDP waren Stillstand. Es hat sich nichts mehr bewegt. Man konnte vorher spüren: Die Leute wollten uns los werden. Und wir sind abgewählt worden.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Sie hat vorher auch schon Fehler gemacht!)

(B)

- Herr Clement, ja, welche Regierung macht keine Fehler. Ich sage nur: Die große Richtung stimmte vorher. Es sind wirklich beachtliche Leistungen vollbracht worden. Ich glaube übrigens aus dieser Erfahrung, dass es klug ist, das sehr schwierige Amt eines Bundeskanzlers - vielleicht auch das eines Ministerpräsidenten - auf zwei Legislaturperioden zu beschränken. Alle, die ich da beobachtet, sind nach zwei Legislaturperioden ziemlich ausgebrannt und nicht mehr sehr von Elan geprägt.

(Minister Peer Steinbrück: Da haben Sie noch viel Zeit!)

- Ja, bitte, ich rede im Moment ja auch mehr allgemein.

(Heiterkeit bei der FDP)

Jetzt zu den Schwerpunkten und Spielräumen, die gewonnen werden müssen: Herr Ministerpräsident, da möchte ich Sie einmal direkt bei der Priorität Nummer 1 beim Wort nehmen. Ich habe noch in Erinnerung, wie Sie sich vor diesem Parlament

am 14.12. des vorigen Jahres ans Rednerpult gestellt und geäußert haben, Sie seien durch die PISA-Studie geschockt. Wir waren das auch. Sie haben angekündigt, dass es nachhaltige Veränderungen geben werde. (C)

Nun, welche Veränderungen hat es gegeben? Die "Süddeutsche Zeitung", die nicht im Rufe steht, der Opposition hier im Hause besonders verbunden zu sein, titelt in der vergangenen Woche: "Der PISA-Schock" - Ihr Wort - "vom Frühjahr ist überstanden und passiert ist: Nichts." Das ist die Feststellung der "Süddeutschen Zeitung". Und heute titelt die WAZ - Bodo Hombach wird mir verzeihen, wenn ich sage, dass Sie Ihnen auch nicht allzu fern steht -: "Tatsächlich: GEW keine Spur von Besserung in den Schulen."

Ja, das ist das Problem. Das Schuljahr hat begonnen, und wieder treffen Eltern, Schüler und Lehrer auf die gleichen Probleme. Sie haben hier einen Schock bekannt, aber die Schockstarre hält an, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie müssen jetzt handeln. Es muss sich etwas ändern. In diesem Haushalt ist nicht hinreichend sichtbar, was sich wirklich ändern soll. Es gibt geringfügige Veränderungen, aber dass ein Schock damit bekämpft werden könnte, um Missstände, wie wir sie feststellen, Unterrichtsausfall und zu große Klassen, zu beheben, geht eben nicht. (D)

Ich habe eine Verfügung eines Regierungspräsidenten gelesen. Ich vermute, sie gibt es von allen Regierungspräsidenten; denn die vollziehen nur das, was die Landesregierung ihnen als Schulaufsicht vorgibt. Darin steht, dass wegen der Personallänge an den Schulen jetzt Klassen mit 36 Schülern zugelassen werden müssen. Das war bisher nicht möglich. 36 Schülerinnen und Schüler als Reflex auf PISA!

Wie soll denn der Missstand einer unzulänglichen Förderung vor allem bei den Gruppen, die in NRW besonders schlecht abschneiden, beseitigt werden können, wenn wir jetzt 36 Kinder pro Klasse zulassen? Ich vermute, dass Ihre Ministerin Sie über diesen Vorgang nicht informiert hat. Aber Sie sollten sich danach erkundigen; denn dies steht nicht direkt in einem logischen Zusammenhang mit Ihrer Erklärung, Sie wollten diesen Missstand beseitigen. Das wird schwieriger und nicht leichter

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

- (A) werden; aber wir finden uns damit nicht ab, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP)

Soweit man in Wahlkampfzeiten überhaupt zu einem vernünftigen Gedankenaustausch mit den Menschen kommt - es gibt ja viele Kundgebungen, bei denen verkündet wird, was zu machen ist -, stellten wir in den Gesprächen am Schuljahresbeginn fest, dass diese Kluft zwischen Ankündigungen und Taten als sehr bedrückend empfunden wird. Die Eltern erzählen, dass die Klassen wieder zu groß seien und schon jetzt Unterrichtsausfall vorprogrammiert sei. Hinzu kommt die Zahl von 36 Schülern pro Klasse, die ich bereits nannte. Das ist nicht in Ordnung.

- (B) Im Gegenteil, wir müssen ein strukturelles Problem im Spannungsfeld zwischen Bildungs-, Ausbildungs- und Sozialpolitik entschlossener angehen: Der Sozialminister Walter Riester hat erklärt, er ziehe aufgrund der Mängel und der Finanzierungsprobleme bei der Rentenversicherung in Betracht, das Renteneintrittsalter für die ältere Generation um zwei Jahre heraufzusetzen. Wäre es nicht klüger, wenn wir in unserer Bildungspolitik die Voraussetzungen dafür schafften, dass unsere junge Generation - jedenfalls die 30 %, die man zum Führungskräftenachwuchs zählt - fünf Jahre eher einsteigen kann? Unser Führungskräfteachwuchs, ein Drittel eines jeden Jahrganges, steigt mit 27 bis 29 Jahren ein, anderswo mit 23, 24 Jahren. Die Gründe dafür können wir doch ändern: Wir schulen die Kinder ein Jahr später ein. Das Abitur wird unverändert nach 13 Jahren gemacht, warum nicht nach 12 Jahren? Darüber debattieren wir seit langem. Wir sollten nun endlich entscheiden.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben immer noch den Wehrdienst, obwohl wir ihn nicht mehr brauchen. Wir brauchten den Wehrdienst, so lange es den Warschauer Pakt gab. Heute sind wir von Freunden umzingelt. Manche WP-Staaten sind schon in der NATO, der Rest kommt noch hinein. Wir werden eine kleinere Bundeswehr haben, die in Europa integriert ist. Warum brauchen wir bei einer 250.000-Mann-Armee noch eine Wehrpflicht? Geben wir der jungen Generation dieses Jahr! Die Bundeswehr kommt wie überall sonst auch mit Berufs- und Zeitsoldaten zurecht. Mit diesen Maßnahmen hätten wir drei Jahre eingespart.

Hinzu kommen dann noch die überlangen Studienzeiten. Herr Moron, ich fand es sehr komisch, wie Sie vorhin Ihre Mahnadressen in unsere Richtung gesprochen haben, obwohl sie doch an Ihren Koalitionspartner gerichtet waren. (C)

(Heiterkeit bei der FDP)

Ich glaube nicht, dass diejenigen, die über die Regelstudienzeit hinaus zu lange studieren, das aus Boshaftigkeit oder Langeweile tun. Sie tun es deswegen, weil die Studienbedingungen so unzulänglich sind, dass man nicht fertig werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Gestalteten wir diese Bedingungen vernünftig, dann ließen sich Studienabläufe und -inhalte auch so regeln, dass man im Schnitt nach zehn Semestern fertig sein kann. Dann hätten wir gegenüber der heutigen Regelstudienzeit erneut erheblich gewonnen.

Würde aufgrund all dieser Maßnahmen die junge Generation fünf Jahre eher zu Rentenbeitragszahlern, hätten wir weniger Druck auf die Älteren abzuwehren. Vieles davon können wir hier im Lande abklären und regeln. Das gilt vielleicht nicht gerade für die Wehrpflicht; hier kann das große Bundesland Nordrhein-Westfalen aber mindestens über die stellvertretenden Bundesvorsitzenden von CDU und SPD auf die beiden noch zögernden Volksparteien Einfluss nehmen. (D)

Der zweite Punkt, den ich im Zusammenhang mit diesem Haushalt als unzulänglich empfinde, ist der Verkehrswegebau. Das geht in der Abteilung Straßen unverändert zu langsam, und das geht in dieser Koalition beim Thema Flughäfen unklar und unentschieden. Merkwürdig ist doch, dass wir hier einen Flughafenausbauplan beschließen - diesem Konzept haben alle Parteien zugestimmt -, aber immer dann, wenn über die konkreten Flughäfen geredet wird, von einem Teil der Koalition dagegen gestimmt wird. Das kann auf Dauer nicht vernünftig sein und das ist nicht seriös.

Herr Kollege Sagel, der im Moment versucht, so zu tun, als höre er nicht zu, macht genau dies. Wir alle sagen, der Flughafen Münster/Osnabrück müsse ausgebaut werden, weil er einer der drei internationalen Flughäfen Nordrhein-Westfalens ist. Lesen Sie aber einmal die westfälischen Zei-

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

(A)

tungen. An jedem dritten Tag steht in ihnen, Herr Sagel habe mitgeteilt, der Flughafen Münster/Osnabrück werde nicht ausgebaut werden.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Richtig!)

- Sehen Sie, Herr Sagel bestätigt es. Sie haben vielleicht eine tolle Koalition! Ich kann Ihnen nur dazu gratulieren, wie handlungsfähig Sie sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

So gehen Sie an die Dynamisierung des Verkehrswegeausbaus!

Noch schöner ist es bei dem Thema "Metrorapid", das Sie hier als Schlüsselthema charakterisiert haben. Die auf Bundesebene für die Regionalplanung zuständigen Gremien, die Planungsräte, beschlossen in einer Zufallskoalition von CDU, PDS und Grünen, das Projekt abzulehnen. Das ist eine reizvolle Koalition.

(Zurufe von der CDU)

(B)

- Ich sagte ja, es ist eine reine Zufallskoalition. Im einem Erlass von Herrn Adamowitsch heißt es, diese Entscheidung müsse bis fünf Tage vor der Bundestagswahl, bis zum 16. September, korrigiert werden, weil man bei ihr von sachfremden Argumenten geleitet gewesen sei.

(Edgar Moron [SPD]: Damit hat er ja auch Recht gehabt!)

Das hat auch etwas, das finde ich sehr schön. Jetzt unterstellen wir einfach einmal, dass dies geschehen werde. Glauben Sie allen Ernstes, Herr Moron, mit einem Koalitionspartner, der ein solches Doppelspiel mit Ihnen treibt, der hier zustimmt und dort, wo er bremsen kann, das Gegenteil beschließt, können Sie ein Zukunftsprojekt realisieren? Das glauben Sie doch nicht im Ernst. Das ist lächerlich und peinlich zugleich. Wie wollen Sie das denn hinbekommen?

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie hier schon so vorgeführt werden, ist es angesichts einer solchen Ausgangslage doch kein Wunder, dass die Leute auf der Bundesebene dasselbe Spiel zu spielen beginnen. Unser Pro-

blem wird aber sein, dass wir für dieses Projekt (C) die Bundesmittel brauchen. An die Adresse des bayerischen Ministerpräsidenten und Kanzlerkandidaten kann ich nur sagen: Es ist ja wirklich nicht ganz ausgeschlossen, dass er vielleicht auch in einer Koalition mit der FDP Regierungschef wird.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Dann müsst ihr aufpassen!)

An dieser Stelle hört für mich der Spaß auf, da ich mich an diesem Thema ja beteiligen werde. Man kann nicht sagen, der Metrorapid sei ein geniales System, wenn er in Bayern gebaut werde, in Nordrhein-Westfalen sei das aber nicht passend.

(Beifall bei der FDP)

Der technologische Fortschritt wird für uns Nordrhein-Westfalen dann genauso zur Verfügung stehen. Allerdings hätten wir es viel leichter, wenn die Verkehrspolitiker, die das System anders bewerten, von vornherein gesagt hätten, die Verbindung Dortmund-Düsseldorf, die vielleicht bis Köln/Bonn verlängert wird, sei nur der Nukleus für eine großräumige Schleifenlösung; denn an sich ist diese Technologie natürlich dafür gedacht, große Räume in schnellem Tempo miteinander zu verbinden. Das war übrigens auch unsere gemeinsame Überzeugung. Wäre sie nicht auf Berliner Ebene ausgebremst worden, hätte man diesen richtigeren Ansatz gewählt. (D)

Herr Kollege Rüttgers, natürlich kann aus einem solchen Nukleus später auch eine West-Ost-Verlängerung in die Niederlande oder nach Polen werden. Ich bin aber der Meinung, dass wir jetzt mit dem Bau anfangen sollten. Im Moment bauen wir diese hochinteressante Technologie in China, aber nicht hier.

(Beifall bei der FDP)

Es ist wirklich ein Weltwunder, dass wir die modernste Technologie, die wir bisher in Schnellverkehrsfragen produziert haben, zwar den Chinesen zur Verfügung stellen, aber hier - außer auf einer Versuchsstrecke - nicht einsetzen. Die ganze Welt staunt über eine solche Fortschrittsorientierung.

Herr Kollege Moron, es war genial, wie Sie sich hier unablässig auf die CDU kapriziert haben. Trotz der am Ende der Rede von Herrn Rüttgers vorsichtig angebotenen großen Koalition gibt es

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

- (A) hier im Lande im Moment noch eine andere Koalition. Diese ist dazu verpflichtet, das hier Notwendige zu tun.

Verehrte Frau Kollegin Löhrmann, was machen die Grünen eigentlich, wenn ihre Repräsentanten in den untergeordneten Gremien aufgrund einer Weisung von Herrn Adamowitsch zurückzucken müssen? Werden sie alle möglichen Schritte unternehmen, um zu bremsen?

Wir haben schon zu lange Stillstand in Deutschland, und zwar acht Jahre: die letzten vier Jahre der Regierung Kohl/FDP und die vier Jahre der rot-grünen Regierung. Wir können keinen weiteren Stillstand bei den modernsten Technologien akzeptieren.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme damit zur Frage der Finanzierung. Herr Kollege Moron, die simplifizierende Formulierung, die Sie am Schluss Ihres Vortrags gebracht haben - Sie haben gesagt, niedrige Steuern seien gleich weniger Ausbau usw. -, können Sie nicht ernst gemeint haben. Wir stehen im Moment vor der Frage, ob die zweite Stufe der Steuerreform, die Ihre Koalition in Berlin gemacht hat, verschoben werden soll oder nicht. Wollen Sie sie denn aus dem Grund verschieben, weil sie eigentlich doch falsch ist? - Das, was Sie hier vorgetragen haben, war nicht besonders mitreißend.

(B)

Wir alle hier im Hause wissen, dass wir die erdrückende Last von Steuern, Gebühren, Abgaben und bürokratischen Auflagen, die im Moment vor allem auf den kleinen und mittleren Betrieben liegt, reduzieren müssen. Sonst werden wir gerade auch dort einen weiteren Abbau von Arbeitsplätzen hinnehmen müssen.

Beim industriellen Sektor können wir froh sein, wenn wir die Rationalisierungsverluste durch Wachstum kompensieren können. Die Zuwächse müssen also aus den kleinen und mittleren Betrieben kommen. Diese Betriebe klagen im Moment über eine zu große Last in dem genannten Bereich. In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf die schon vollzogenen und die noch in Gang befindlichen Insolvenzverfahren.

Herr Steinbrück, entscheidend ist aber nicht nur die Last in diesem Bereich. Auch der mangelnde Vollzug des Abbaus im öffentlichen Dienst spielt

eine Rolle. Hierbei geht es nicht allein um Personen, sondern auch um Strukturen. Ich spreche - wie wir alle - mit Mittelständlern, die vor der Frage stehen, ob sie zusätzliche Investitionen vornehmen sollen, und mit Existenzgründern. Dabei habe ich Folgendes erlebt: Ein mir gut bekannter Handwerksmeister, der bis dato in einem größeren Betrieb angestellt war, hat mir erzählt, er wolle sich selbstständig machen und eine eigene Firma zur Produktion von Tür- und Fensterrahmen eröffnen. Ich habe erwidert: Wenn du so weit bist, lade mich ein; schreibe inzwischen bitte auf, mit wie vielen Behörden du zu tun hast, bevor du anfangen kannst. - Nach acht Monaten lud er mich ein. Er hatte mit eigenem Geld immerhin zwölf Arbeitsplätze geschaffen. (C)

(Zuruf von der SPD)

- Es ist doch gut, dass Handwerksmeister ihr Geld in die Hand nehmen und so etwas tun. Zu Zeiten, in denen die Banken außerordentlich pingelig mit der Kreditvergabe sind, müssen sie sich, ihre Familie und ihr Geld einbringen.

(Beifall bei der FDP)

Er hat mir dargetan - man glaubt es kaum -, dass er in den acht Monaten, bevor er seinen Betrieb eröffnen konnte, insgesamt 48 Behördenkontakte hatte. (D)

Meine Damen und Herren, wir haben in unterschiedlichen Konstellationen selbst an solchen Regelungen mitgewirkt und müssen eingestehen: Für immer weniger Deutsche, die in unserem Land leben, gibt es immer mehr Bürokraten, die die Bürger reglementieren, bremsen und lähmen. Außerdem kosten sie Geld. Schon aus diesem Grund müssen wir zu einer Reduzierung von Staatsapparat und Staatstätigkeit kommen. Jede Regierung wird das machen müssen. So etwas bedeutet in jedem Fall Konflikte mit dem Beamtenbund, der Deutschen Angestelltengewerkschaft und anderen. Diese Konflikte werden wir nicht vermeiden können; wir wollen sie auch nicht vermeiden.

(Beifall bei der FDP)

Der letzte Punkt auf der Liste dessen, was mir nicht gefällt, ist, dass Sie die grünen Spielwiesen nach wie vor nicht mähen, Herr Steinbrück. Sie haben ein paar Halme geköpft. Wenn ich mir all

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

(A)

die Dinge angucke, die im Tätigkeitsbereich von Frau Höhn weiterhin finanziert werden, stelle ich fest: Das ist wirklich ein Finanzieren des Prinzips, dass die eine Hälfte unserer grünen Freunde beim Staat angestellt ist und die andere Hälfte von Staatsaufträgen dieser Art lebt. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Würden Sie das alles auch finanzieren, wenn Sie nicht Frau Höhn und Herrn Vesper in der Koalition ruhig stellen müssten? Wenn Sie sich diese Frage selbst stellen würden, würden Sie doch kühl antworten: Nein; das meiste ist überhaupt nicht sinnvoll.

(Beifall bei der FDP)

Das dürfen Sie jetzt natürlich nicht sagen. Darüber reden wir in Kürze, wenn wir auch freier sind.

Ich halte die Finanzierung mancher dieser Dinge auch vor dem Hintergrund der heutigen Demonstrationen für so unverträglich. Die Demonstranten - zum Teil sitzen sie in Rollstühlen - können sich hier nicht äußern. Deswegen möchte ich Ihnen hier den Brief einer Familie Gärtner vorlesen:

(B)

"Sehr geehrte Damen und Herren, unser Kind Philipp Gärtner besucht die Rheinische Schule für Körperbehinderte in Pulheim-Brauweiler. Mit Bestürzung mussten wir erfahren, dass der Zuschuss zu den Therapien in den Schulen für Körperbehinderte in NRW von 8,5 Millionen € im Haushaltsjahr 2003 vollständig gestrichen werden soll. Körper- und schwerstbehinderte Kinder und Jugendliche können nur im Ineinandergreifen pädagogischer, therapeutischer und pflegerischer Hilfen gefördert werden. Die geplante Mittelkürzung wird zur Reduzierung bzw. Aufhebung der notwendigen therapeutischen Maßnahmen in einem nicht verantwortbaren Umfang führen."

Keine Regierung, die einen Sparhaushalt will, kommt an Eingriffen im sozialen Bereich vorbei. Das weiß ich sehr wohl. Auch frühere Regierungen, an denen ich beteiligt war, haben das nicht geschafft. Hier geht es aber um diejenigen, die ohnehin vom Leben fast am wenigsten haben. Es

müsste doch möglich sein, bei den Spielwiesen der Grünen - bei Interessen, die mit dem Allgemeinwohl sehr wenig zu tun haben - einzugreifen, bevor man die am schwersten geschädigten Mitglieder der Gesellschaft bestraft. (C)

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich glaube, dass wir nach dem 22. September hier im Land und im Bund über die Finanzpolitik hinaus - der Haushalt ist heute natürlich unter finanzpolitischen Gesichtspunkten diskutiert worden - einen Neuanfang im Bereich der Wirtschafts-, Mittelstands-, Beschäftigungs-, Steuer- und Finanzpolitik brauchen.

Wir müssen uns nicht die Frage stellen, wo wir ein bisschen besser oder schlechter als Bayern oder Baden-Württemberg aussehen. Dieser Wettbewerb ist eher peinlich. Schon bei PISA ist die Diskussion geführt worden, als seien nicht alle deutschen Bundesländer im internationalen Vergleich ziemlich weit hinten - einige noch ein bisschen mehr. Wir alle befinden uns aber ziemlich weit hinten.

Die Debatte über die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik können wir nicht so führen, als sei unser Hauptaugenmerk der Vergleich mit Bayern. Das ist doch Wahlkampfrhetorik, Herr Kollege Moron. Sie hoffen darauf, dass die Nordrhein-Westfalen in ihrem Landesstolz angestachelt werden könnten, wenn Sie sagten, es könne doch nicht alles in Bayern besser sein. (D)

Nein, wir reden hier von Deutschland, und Deutschland ist als Ganzes in puncto Wirtschaftswachstum, in puncto Beschäftigungspolitik, in puncto Pleiten in einem bedenklichen Zustand. Das heißt, wir müssen die Politik ändern. Wir sind nicht - wie Sie es gesagt haben - auf einem guten Weg. Wir sind vielmehr auf einem bedenklichen Weg.

Die klugen Köpfe in Ihren Reihen wissen das doch. Warum haben Sie nicht die Kraft, das Steuer herumzuwerfen und aus Konstellationen herauszugehen, mit denen Sie den Neuanfang nicht schaffen können? Die Möglichkeit besteht doch. Sie bestand hier bereits im Jahre 2000, und derselbe Herr Müntefering, der sich damals in einer ungewöhnlich konstruktiven Weise eingemischt hat, tut es heute schon wieder. Ich habe vorhin mit Verblüffung gelesen, dass er als Abschieds-

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

- (A) geschenk - das wird es wohl sein - nun noch einmal versucht, große Politik zu machen. Er sollte das bleiben lassen. Er wird zum Klotz an Ihrem Bein, Herr Clement - das wäre ja noch erträglich -, er wird zum Klotz in der deutschen Politik. Er wird eine weitere Bremse des notwendigen Fortschritts sein, wenn er weiterhin so agiert. Deswegen muss er zurückgepfiffen werden.

(Beifall bei der FDP)

Nur mit einer Politik der Steuersenkung und der Eingrenzung der Lohnnebenkosten werden wir es schaffen,

(Frank Sichau [SPD]: Das darf nicht wahr sein!)

von der Zahl 40.000 Pleiten - das ist wirklich die bedrückendste Zahl - herunterzukommen. Nur wenn wir tun, was in unseren Kräften steht, um diejenigen zu ermutigen, die bereit sind, wieder Geld zu investieren - d. h., von jedem ersparten Euro ein paar Cent in den Betrieb zu stecken - und Risiko in Kauf zu nehmen, werden wir die Chance bekommen, den Jungen zu sagen, dass sie nach einer guten Ausbildung auch einen Arbeitsplatz finden.

- (B) Aussagen junger Leute bei Besuchen in Schulen und bei Debatten über PISA, sie wollten sich zwar anstrengen, aber sie hätten die Befürchtung, trotz aller Anstrengungen keinen Arbeitsplatz zu bekommen, da bereits so viele Arbeitslose vorhanden seien, müssen uns doch beunruhigen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, lieber Herr Moron, Ihr Parteivorsitzender und Bundeskanzler hat gesagt - ich zitiere ihn jetzt wörtlich -:

"Sollte es meiner Regierung und mir nicht gelingen, die Zahl der Arbeitslosen unter 3,5 Millionen zu senken, dann hätten wir es auch nicht verdient, wiedergewählt zu werden."

Und Sie stellen sich bei mehr als 4 Millionen Arbeitslosen hierhin und sagen: Wir sind auf einem guten Weg. - Das ist doch zynisch!

(Beifall bei FDP und CDU)

Was hat denn Herr Schröder gemeint? - Ihn bedrückt es doch hoffentlich genauso wie uns, und die Zahl ist deutlich verfehlt worden. Wir alle wissen - das hat nichts mit Herrn Schröder zu tun, sondern mit der Gesetzgebung -, dass wir beim Thema Arbeitslosigkeit eine große Anzahl von Menschen in den amtlichen Statistiken gar nicht mitzählen, obwohl sie im erwerbsfähigen Alter und erwerbswillig sind, die nicht im ersten Arbeitsmarkt untergebracht sind. Wir haben diese Bilanz, und sie ist - wie gesagt - keine Erfindung von Herrn Schröder. (C)

Es ist aber ein Problem, das die Menschen bedrückt. Die Zahl 4 Millionen ist um all diejenigen bereinigt, die in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind. Das sind doch auch Menschen, die Jobs suchen und heute Leistungen in Anspruch nehmen, obwohl sie nichts einzahlen.

Wir wären unter Hinzurechnung der Menschen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Umschulungen und Weiterbildungen sowie der Vorruheständler bei fast 5,5 Millionen Arbeitslosen. Die Gesellschaft wird diese Zahl nicht aushalten. Der Staatshaushalt wird es nicht aushalten, wenn 5,5 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter weiterhin nicht im ersten Arbeitsmarkt beschäftigt sind und somit nicht in die Staatskasse einzahlen können. Das wird nicht gehen, denn diese Menschen beanspruchen Leistungen. (D)

(Beifall bei der FDP)

Wir werden es nicht aushalten, und zwar weder in der Rentenversicherung noch in der Pflegeversicherung noch in der Arbeitslosen- oder Krankenversicherung, wenn 5,5 Millionen Menschen aus diesen Systemen Leistungen einfordern, aber nichts einzahlen.

Deshalb hat die Frage der Wirtschafts- und Wachstumspolitik, der Finanz- und Steuerpolitik eine so elementare Bedeutung. Dabei geht es nicht darum, mit Neidkomplexen das wirtschaftlich Notwendige abwehren zu können, sondern darum, dass unsere sozialen Sicherungssysteme sonst Pleite gehen.

Sie, Herr Steinbrück, und der nächste Bundesfinanzminister wissen doch, dass ohne die Belegung des Arbeitsmarktes all das, was wir an zum Teil marginalen Eingriffen beschließen, zwar viel Ärger auslösen, aber das Problem nicht lösen wird. Von daher ist bei der Wahl am 22. Septem-

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

- (A) ber die Grundsatzentscheidung, wer mit den richtigen Rezepten die wirtschaftlichen Wachstumskräfte belebt. Die Frage lautet: Wer sorgt dafür, dass Arbeitsplätze entstehen?

(Beifall bei FDP und CDU)

Verehrter Herr Moron, Sie haben zu Recht gesagt, die frühere Regierung habe sich an ihren Ergebnissen messen lassen müssen und sei aus diesem Grunde abgewählt worden. Nun dürfen Sie nicht dem Volk das Recht absprechen zu sagen: Wenn diese Regierung nach vier Jahren so weit ist wie Kohl nach 16 Jahren, wählen wir sie lieber gleich ab und warten nicht 16 Jahre. Nach 16 Jahren wäre es vielleicht noch viel schlimmer.

(Beifall bei FDP und CDU - Frank Sischau [SPD]: Das ist aber eine krumme Logik!)

- Nein, sie ist an sich ziemlich überzeugend, finde ich.

(Edgar Moron [SPD]: Aber nur fast!)

- (B) - Was ist daran nicht überzeugend? Erklären Sie es mir bitte. - Das kann er nicht. Gut, das habe ich erwartet.

(Heiterkeit bei der FDP)

Von daher sage ich: Die Bestandsaufnahme am Arbeitsmarkt, die Bestandsaufnahme mit Blick auf das wirtschaftliche Wachstum, die Bestandsaufnahme bei den Pleiten, die Bestandsaufnahme im Bildungssystem - Stichwort: PISA - ist schon ärgerlich genug. Nun bekommen wir in einer solchen Situation hier im Landtag einen Haushalt von einer Koalition vorgelegt, die bei den markanten Punkten, die der Vorsitzende der größeren Koalitionsfraktion vortrug, nicht geschlossen ist, die eben nicht Klarheit schafft beim Thema der notwendigen Ausgabeneinsparungen - die Grünen laufen schon draußen bei den Kundgebungsteilnehmern herum und sagen, sie trügen es nicht mit -, die eben nicht Klarheit schafft beim Thema des Verkehrswegeausbaus, die eben nicht Klarheit schafft beim Thema Metrorapid, die eben nicht Klarheit schafft beim Thema Bio- und Gentechnologie; manchmal fallen die Grünen hier zwar um, aber zu Hause halten sie die Protestre-

den. Auf diese Weise werden Sie in diesem Land (C) keine Aufbruchstimmung erzeugen können.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie diesen Klotz am Bein behalten wollen, ist das Ihre Sache. Ich bin nicht dazu da, Sie zu schützen. Aber ich bin dafür da, dafür zu sorgen, dass im Land wieder eine dynamische Politik gemacht werden kann. Die können Sie mit dieser Konstellation nicht machen.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen sage ich Ihnen: Sie werden bis zum 22. noch anders reden müssen. Das gehört sich so. Sie streicheln die Leute, die Ihnen in die Hand hauen. Da müssen Sie durch. Für die Zeit nach dem 22. empfehle ich, dass für Deutschland als Ganzes und auch für dieses Land eine handlungsfähige Regierung zusammengebracht wird. Die Möglichkeit dazu gibt es.

(Anhaltender Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Möllemann. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Löhrmann das Wort. Bitte schön.

(D)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe ein bisschen gewartet und mich gefragt: Was kommt denn wohl jetzt noch? Am Schluss hat Herr Möllemann, nachdem er vorher den Staatsmann gemacht hat - wir sind ja unterschiedliche Rollen von ihm gewöhnt -, bei diesem alten Thema ein bisschen Dynamik entfaltet: Jetzt gucken wir doch einmal; wir bieten wieder die große Perspektive. - Aber das Schwanken war sehr spürbar.

Wenn Sie konsequent zu Ende dächten, Herr Möllemann, dann müssten Sie einer Regierung unter der Führung von Herrn Schröder sagen: Wenn sie so schlecht ist, dann kann man es nicht verantworten, mit so einer Regierung anzufangen. - Ich finde also, Sie haben das nicht konsequent zu Ende gedacht.

Ich habe in Ihrer Rede auch keinen roten Faden entdeckt. Irgendeinen gelben Faden habe ich auch nicht gesehen. Vielmehr war es das Übliche. Sie wollen sich alle Türchen offen halten.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

(A)

Wir haben uns ja nun in den letzten zweieinhalb Jahren intensiv mit Ihnen beschäftigt. Ich will gar nicht groß vertiefen, wen Sie so beschimpfen. Wenn Sie das mit uns tun, sind wir in guter Gesellschaft: Bundeskanzler Schröder und Frau Merkel - da ist Ihnen nichts zu schade.

Dennoch habe ich mich letzts an einer Stelle erschrocken. Als Sie sagten, Sie forderten mehr Werte und mehr Werteerziehung in der Schule, habe ich mir gesagt: Man könnte fast einen Kardinal damit beauftragen, sich für ein liberales Frauenbild einzusetzen. Sie und Werteerziehung! Wenn Sie Werteerziehung einfordern, dann spricht nichts dafür - das merken die Leute auch -, weil Sie nicht davor zurückschrecken, Tabus zu brechen und alles um jeden Preis in die Pfanne zu hauen. In dem Fall sind Sie eben kein Vorbild.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In einem gebe ich Ihnen Recht - da sollten wir hier alle recht selbstbewusst mit umgehen -: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Zu unserem Selbstverständnis als Politikerinnen und Politiker gehört es, dass wir für unsere Konzepte werben, dass wir darstellen, was wir für eine zukunftsfähige Entwicklung für richtig halten. Diese Dinge müssen wir hier offen austragen. Es ist normal, dass man das intensiver tut, wenn ein Wahltag bevorsteht. Aber ich finde daran überhaupt nichts Schlimmes. Das ist im Grunde sogar unsere Aufgabe, damit sich die Menschen im Lande ein klares Bild von den politischen Konzepten machen können und wissen, um welche Entscheidungen es geht.

(B)

Als ich Ihre Beiträge heute verfolgte, Herr Rüttgers und Herr Möllemann, ist mir eines aufgegangen. Gerade nach Johannesburg muss ich sagen: Man denkt manchmal, die Herren sind vor 20 Jahren eingefroren worden und stehen geblieben. Die haben sich im Gefrierfach ganz gut gehalten. Heute sind sie aufgetaut wieder angekommen. Denn den Begriff der Nachhaltigkeit habe ich bei Ihnen beiden und bei Ihren Konzepten heute nicht gehört. Dieser Begriff gehört heute zu einer zukunftsfähigen Politik eindeutig dazu. Jedoch ist er hier nicht gefallen. Der Begriff gehört zu einer Finanzpolitik dazu - darauf kommen wir gleich noch -, und er gehört zu einer Umweltpolitik dazu. Natürlich gehört er auch zu einer Wirtschaftspolitik dazu. Es ist das Erstaunliche - das wissen wir durch kluge Professoren -, dass alles miteinander ein bisschen zu tun hat.

(Zuruf von der FDP: Sie haben nicht zugehört!)

(C)

- Doch, ich habe sehr gut zugehört.

Vier von fünf Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land sprechen sich gemäß einer in der vergangenen Woche veröffentlichten Studie des Emnid-Instituts und der Universität Marburg für eine nachhaltige Entwicklung aus. 84 % und damit die größte Zustimmung erhielt das Prinzip der Generationengerechtigkeit. 78 % der Befragten befürworteten einen behutsamen Umgang mit der Umwelt. Und fast die Hälfte der Menschen sieht sich durch den Klimawandel bedroht und fordert eine Vorreiterrolle Deutschlands in dieser Frage. Ich begrüße sehr, wie offensiv sich auch der Bundeskanzler in dieser Frage verhalten hat.

Ökologie, Nachhaltigkeit, Vorsorgepolitik sind mitnichten überholt, wie uns gerade die FDP immer wieder deutlich machen will, sondern stehen bei den Menschen zu Recht hoch im Kurs. Die Menschen in unserem Land wollen, dass sich Politik nicht nur um kurzfristige tagesaktuelle Themen kümmert, sondern ihrer langfristigen Verantwortung gerecht wird, indem sie vorausdenkt und vorsorgt.

(D)

Wir, meine Damen und Herren, machen damit Ernst. Nachhaltigkeit und Vorsorge sind Grundprinzipien grüner Politik. Beide Prinzipien müssen sich auch, will man der Verantwortung gerecht werden, schließlich in der Haushaltspolitik widerspiegeln.

Wir - damit meine ich uns alle hier - dürfen dauerhaft nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen. Das bedeutet, einen Haushalt so zu gestalten, dass unser Land langfristig politisch handlungs- und gestaltungsfähig bleibt.

Dazu gehört die Aufgabe, in jedem Haushalt immer wieder neue finanzielle Spielräume zu erwirtschaften, um nachhaltige Entwicklungen sowohl im gesellschaftlichen Miteinander als auch im Wirtschaftsleben fördern zu können.

Ob es um Ganztagschulen oder Kindergärten, um Frauennotrufe oder die Förderung erneuerbarer Energien geht oder ob es um eine Meisterprämie, um Forschung, Kultur oder Stadtentwicklung geht, sei es, dass es um Verbraucherschutz, artgerechte Landwirtschaft oder Arbeitsmarktprogramme geht - das Land, der Staat braucht finan-

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

(A)

zielle Spielräume um nachhaltige Veränderungen anzuschieben und zu unterstützen. Das ist einer der wesentlichen Unterschiede, der heute nicht deutlich geworden ist, Herr Möllemann, weil Sie im Grunde dazu nichts gesagt haben. Sie vertreten die neoliberale, egoistische Politik der Ellenbogen, die nur auf den eigenen Vorteil setzt und das Recht dem Stärkeren überlassen will.

Den Prozess der Nachhaltigkeit unter den gegenwärtigen weltwirtschaftlichen und damit engen finanziellen Bedingungen dieser Jahre zu steuern ist nicht einfach. Wie wir diese Schwierigkeiten meistern wollen und werden, darüber werden wir heute und in den nächsten Wochen reden; denn wir bereiten in den nächsten Monaten intensiv den Landeshaushalt für das kommende Jahr vor.

Meine Damen und Herren, wir debattieren den Entwurf des Haushalts, der uns seit letzter Woche vorliegt und den der Finanzminister heute hier erläutert hat, und das wenige Tage vor der Bundestagswahl, bei der eben eine Richtungsentscheidung getroffen wird, eine Richtungsentscheidung, die wesentlich auch über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes entscheiden wird.

(B)

Wir als rot-grüne Koalition spielen mit offenen Karten. Wir verschweigen eben nicht die Schwierigkeiten und notwendigen Kürzungen. Vor allem mogeln wir uns nicht über den Wahltag - ich habe mich in Bayern erkundigt - wie der Herr Kandidat aus Bayern, der die Vorlage seines Haushaltsentwurfs bis nach dem Stichtag 22. September verschoben hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Schelm, nein, kein Schelm, der Böses dabei denkt. Um es klar zu sagen: Der Ministerpräsident von Bayern, Edmund Stoiber, hat gekniffen.

(Zuruf von Edgar Moron [SPD])

- Das ist ja schön. - Nein, hier und heute wird die Situation im Landeshaushalt offen gelegt, welche Erfordernisse anstehen, um den Haushalt nach Abwägung der verschiedenen Bedenken und Einwände ausgewogen und in gesamtpolitischer Verantwortung zu verabschieden.

Selbstverständlich halten wir auch eine lebendige Demokratie aus. Demonstrationen und Proteste

gehören dazu. Damit setzen wir Grünen uns konstruktiv auseinander. Wir versuchen aber nicht, Herr Rüttgers, sie zu instrumentalisieren. Denn das merken die Menschen. Wer sich jahrzehntelang für die Einführung von allgemeinen Studiengebühren stark macht und sich dann als Held der Protestbewegung aufspielt, ist wahrlich nicht sehr glaubwürdig. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Glauben Sie mir, die Studierenden sind nicht dumm und merken, wer sich ernsthaft in vielen Diskussionen ernsthaft mit ihnen unterhält, sich um ihre Interessen kümmert und wer versucht nachzuverhandeln, um das, was jetzt auf dem Tisch liegt, noch zu optimieren!

Herr Rüttgers, wir unterhalten uns ja schon einmal. Darüber wird gern und viel berichtet - häufiger, als solche Gespräche tatsächlich stattfinden. Aber manchmal habe ich den Eindruck, Sie unterhalten sich in letzter Zeit häufig mit der PDS, weil Sie hier eine Tonlage anschlagen, dass man meint, Sie verwechseln irgendetwas. So groß scheint also die Not schon zu sein, hier punkten zu können.

(D)

Die Landesregierung hat dem Parlament den Entwurf des Landeshaushalts für das nächste Jahr vorgelegt. Jetzt sind die Fraktionen, jetzt ist das Parlament am Zug. Zunächst ist dieser Entwurf bei aller Sorge im Detail, bei etlichen Fragezeichen, bei dem Korrekturbedarf, den wir sehen, in extrem schwierigen Zeiten eine solide Beratungsgrundlage. Für meine Fraktion danke ich dem Finanzminister und dem Kabinett ausdrücklich für diese schwierige Vorarbeit. Dennoch bleibt es bei der einfachen Wahrheit: Kein Haushalt verlässt das Parlament so, wie er eingebracht wird. Das ist in jedem Parlament so; das ist im Bundestag so. Das vornehmste Recht des Parlaments ist das Budgetrecht. Das sehen Kollege Moron, die SPD-Fraktion und, ich denke, die anderen genauso.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Alle sehen das so!)

- Genau; das ist schön. - Garantiert werden unsere Fraktionen manche Fragen zunächst unterschiedlich bewerten, wie auch die Fachpolitiker in den Fraktionen die Fragen natürlich verschieden bewerten, weil sie sich manche Fragen besonders

(Sylvia Lohrmann [GRÜNE])

(A)

zu Eigen machen. Ich finde, das ist etwas völlig Normales; das brauchen wir hier überhaupt nicht zu dramatisieren. Das gehört zu einer lebendigen Partnerschaft. Man weiß, in weiten Bereichen ist man sich einig, bei einzelnen Punkten gibt es auch Differenzen. Das war in den letzten sieben Jahren so. Und warum sollte das in diesem Jahr anders sein? Da einige versuchen, den Kandidaten Stoiber ein bisschen menschlicher zu machen - es wird Privates geschildert -, wissen wir, dass bei Stoibers daheim auch schon mal die Fetzen fliegen. Also: Das ist dort und hier wie im wirklichen Leben.

Wir - Rot-Grün in Berlin und in Düsseldorf - haben Wort gehalten und gemeinsam die größte Steuerreform der Bundesrepublik und die Rentenreform durchgesetzt. Das kann wirklich nicht oft genug gesagt werden. Das haben Sie 16 Jahre lang nicht hinbekommen. Wir als rot-grüne Koalition in NRW und im Bund erneuern unser Land wirtschaftlich, ökologisch und sozial.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

(B)

Ich will kurz daran erinnern, was die alte Kohl-Regierung uns hinterlassen hat. Daran waren Sie, Herr Möllemann und Herr Rüttgers, schließlich beide über lange Jahre als Minister maßgeblich beteiligt. Sie mogeln sich da etwas zu leicht heraus. Wir haben die höchsten Steuersätze bei Unternehmens-, Einkommen- und Mehrwertsteuer in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die bei weitem höchsten Lohnnebenkosten, die höchsten Rentenbeiträge und die höchste Arbeitslosigkeit. Dabei mussten und müssen wir zudem noch den höchsten Schuldenberg meistern, den uns die Dinosaurier aus der bleiernen Kohl-Ära bis 1998 hinterlassen haben - und das aktuell in einer dramatisch schwachen Phase der Weltkonjunktur. Das sind auch wesentliche Gründe für die Probleme des Landeshaushalts.

Wir haben eben vom Finanzminister gehört, wie schwierig die Haushaltslage im nächsten Jahr sein wird. 1,4 Milliarden € müssen eingespart werden. Das ist keine leichte Aufgabe, die ohne schmerzhaftes Einschnitte zu lösen ist. Aber es hilft nicht, darüber zu lamentieren.

Ihre anhaltende Doppelzüngigkeit, Herr Rüttgers, Herr Möllemann, mit der Sie einerseits die rot-grüne Steuerpolitik für die Steuerausfälle in den

öffentlichen Haushalten verantwortlich machen, (C)
andererseits viel weiter reichende Steuersenkungen fordern bzw. jetzt an der zweiten Stufe der Steuerreform Gefallen finden, mag verstehen, wer will.

Den FDP-Steuerplänen, Herr Möllemann, fehlt jegliche Solidität. Da könnten wir gleich den gescheiterten Baulöwen Schneider zum Finanzminister machen.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Donnerwetter!)

70 Milliarden € soll Ihre Reform kosten, knapp 10 Milliarden € allein für Nordrhein-Westfalen. Über die Gegenfinanzierung haben Sie bisher keinen einzigen schlüssigen, keinen einzigen ernst zu nehmenden Satz verloren. Kein Mensch glaubt Ihnen doch, dass sich die Reform selbst trägt. Wie denn auch? Sie müssten es doch eigentlich besser wissen.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

1 % Wachstum bringt etwa 5 Milliarden € zusätzliche Steuereinnahmen. Wir bräuchten also mehr als 15 % Wachstum, um Ihre Steuerfantasien zu finanzieren. Herr Möllemann, das ist nicht liberales Wunschdenken, das ist absurd. Aber Sie begnügen sich noch nicht einmal mit diesem Unfug, (D)
Sie fordern am laufenden Band - von wegen "Staatsquote runter!" - zusätzliche Ausgaben: zig neue Lehrer, mehr Polizisten, und den Metrorapid subventionieren wir im Zweifel auch noch locker aus dem Landeshaushalt. Auf eine Milliarde mehr oder weniger kommt es der FDP nicht an.

Diese Doppelzüngigkeit - "Runter mit den Subventionen!", ruft der Fraktionsvorsitzende, "Hände weg vom Förderprogramm!", ruft die Kulturpolitikerin, und der Wirtschaftspolitiker ist auch nicht einverstanden - passt doch vorne und hinten nicht zusammen.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Bei mir passt vorne und hinten alles zusammen!)

- Das ist gut für Sie persönlich. Ich habe Ihnen schon gesagt, dass ich Ihnen persönlich gesundheitlich alles, alles Gute wünsche.

Ihre Politik bedeutete Niedergang auf der ganzen Linie, auch für die Infrastruktur, bedeutete kulturellen Verfall, ökologische Ignoranz und sozialen

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Kahlschlag. Diese Folgen muss man den Menschen verdeutlichen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jürgen W. Möllemann [FDP]: Und Weltuntergang!)

Meine Damen und Herren, wie sähen die öffentlichen Haushalte aus, wenn die CDU das Sagen hätte?

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Noch viel schlimmer!)

Wenn man Stoiber zuhört, dann kommt man nicht umhin, ihm eine besondere Fähigkeit im Ausstellen ungedeckter Schecks zu bescheinigen. Nehmen Sie die Diskussion um die Fluthilfefonds. Herr Stoiber sagt ohne jede Scham, ja ohne das kleinste Zaudern: Es ist besser, mehr Zinsen als mehr Steuern zu zahlen. Da muss sich doch jeder fragen: Warum zahlen wir überhaupt noch Steuern? Warum finanzieren wir nicht gleich den gesamten Haushalt aus Schulden?

Die Sache hat einen kleinen Haken: Wir brauchen Steuern, um die Zinsen zu bezahlen. Wenn Sie von der Union meinen, es sei besser, Zinsen statt Steuern zu zahlen, dann zeigt das nur, dass Sie aus Ihren alten Fehlern nichts gelernt haben.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schulden verursachen die Steuererhöhungen von morgen; das hat die Union jedoch noch nie besonders interessiert. Im Kompetenzteam von Herrn Stoiber versammeln sich eben nicht nur die alten Köpfe der Kohl-Ära. Im Insolvenzteam von Herrn Stoiber werden auch die alten Zöpfe wieder ausgepackt. Ihr Verhalten ähnelt dem eines Familienvaters, der jeden Tag großzügig einkauft und an der Kasse darum bittet, die Rechnung an seine Kinder zu schicken. Familienfreundliche, kinderfreundliche, nachhaltige Politik sieht anders aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ohne dass es Einbrüche in den öffentlichen Haushalten gäbe, könnten die Steuern heute wesentlich niedriger sein, sofern wir nicht diese riesige Schuldenlast zu bedienen hätten. Wir sagen deshalb klipp und klar: Es muss Schluss sein mit

dieser Praxis. Wir wollen keine weiteren Schulden für die nachfolgenden Generationen aufhäufen. Wir wollen und müssen es schaffen, unsere Rechnungen selbst zu bezahlen. Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. (C)

Meine Damen und Herren von der CDU, in Ihrem "Startprogramm Deutschland" versprechen Sie eine große Steuerreform, die Abschaffung der Ökosteuer und die Einführung eines Familiengeldes. Die Antwort auf die Frage, wie Sie das bezahlen wollen, bleiben Sie wiederum schuldig, ganz abgesehen davon, dass Sie die Grundsicherung abschaffen und damit die Schwächsten der Gesellschaft erneut in die unwürdige Rolle von Almosenempfängern zurückstoßen wollen.

Wir brauchen keine neue Steuerreform, denn wir haben schon eine gute, mit Augenmaß angelegte. Seitdem wir die zweite Stufe dieser Steuerreform wegen der Flutkatastrophe um ein Jahr verschieben mussten, haben Sie - Ironie der Geschichte; der Finanzminister sprach das ebenfalls an - deren überzeugenden Vorteile offensichtlich auch erkannt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Steuerreform ist in drei Stufen angelegt, damit sich die öffentlichen Haushalte allmählich auf die neue Einnahmesituation einstellen können. Sie ist sozial ausgewogen und entlastet entgegen all Ihren Behauptungen vor allem die unteren Einkommen und den Mittelstand. Die Hälfte der jährlichen Entlastung von insgesamt 32 Milliarden € geht an die privaten Haushalte, 40 % gehen an den Mittelstand und 10 % kommen den Großunternehmen zugute. Dass der Mittelstand - damit meine ich die Einkommensteuer zahlenden Unternehmen - weniger Steuern zahlt als die Kapitalgesellschaften, hat der Sachverständigenrat in seinem letzten Jahresgutachten ausführlich vorgerechnet. Über 95 % der Personenunternehmen haben einen Steuersatz von unter 25 %, und zwar vor allem deshalb, weil wir Grünen endlich durchgesetzt haben, dass die gezahlte Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer angerechnet wird. Was glauben Sie eigentlich, warum unsere finanzpolitische Sprecherin im Bundestag, Christine Scheel, den Mittelstandspreis erhalten hat? Es gibt auch gute Leute aus Bayern. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Die alte Doktrin, wonach aus sinkenden Steuern Wachstum und Arbeitsplätze im Übermaß folgen, gehört endgültig ins Museum, denn sie stammt aus dem Zeitalter der Dinosauriertechnologie. Diese Doktrin kann der blaugelbe Parteivorsitzende neben seine 18-Prozent-Schuhe hängen. Die Geschichte hat sie doch schon längst widerlegt, denn aufgrund des technischen Fortschritts und der damit einhergehenden Rationalisierungen wird nun einmal eine immer größer werdende Menge an Gütern und Dienstleistungen mit immer weniger Einsatz von Arbeit produziert. Langfristig führt Wachstum allein nicht zwangsläufig zu mehr Arbeitsplätzen, genauso wenig, wie niedrige Steuern allein zu mehr Wachstum führen.

Das alles wissen wir seit langem. Deshalb fordere ich Sie auf: Hören Sie endlich auf, den Menschen falsche Versprechungen zu machen. Hören Sie endlich auf, die Menschen glauben zu machen, man müsse nur einmal mit den Fingern schnippen, und die Konjunktur liefere wie am Schnürchen.

In einer globalisierten Welt kann die Konjunktur von keiner nationalen Regierung mehr gesteuert werden. Wir können nur die Rahmenbedingungen schaffen. Das haben wir mit der klaren Orientierung auf soziale Gerechtigkeit und ökologische Innovation getan. Um diesbezüglich gar keinen Zweifel aufkommen zu lassen: Wir brauchen mehr Arbeitsplätze. Der Abbau der Arbeitslosigkeit steht auch auf unserer Agenda ganz oben.

Aber um diesem Ziel näher zu kommen, braucht es viel mehr als Niedrigsteuersätze. Vorrangig braucht es niedrigere Kosten für Arbeit; zusätzlich wird noch etwas ganz Wesentliches benötigt, nämlich Innovation. Hierzu haben Sie nichts, rein gar nichts im Angebot. Ihnen fällt lediglich ein, die Zeit zurückzudrehen und da weiterzumachen, wo Sie 1998 aufgehört haben: Schulden machen, den Atomausstieg rückgängig machen, das Gesetz zu den erneuerbaren Energien zurückführen, die alte Agrarpolitik mit ihrer Orientierung auf Masse statt Klasse fortsetzen, das Rentenniveau senken, die Tarifautonomie einschränken und Umweltstandards ausverkaufen. An allen diesen Punkten wollen Sie die Zeit zurückdrehen; deshalb ist es so wichtig, dass wir uns hier damit auseinander setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Innovation heißt ökologischer Strukturwandel; sie heißt nicht, Arbeitsplätze wegzurationalisieren, sondern strebt an, den Ressourcenverbrauch zu verringern. Das ist unser Motto, ganz im Sinne einer zukunftsfähigen Entwicklung, die ökonomische, ökologische und soziale Ziele miteinander verknüpft. (C)

Meine Damen und Herren, wir haben ein Steuern- und Abgabensystem geerbt, das Arbeit ständig verteuert und mit dem die Natur zum Nulltarif verbraucht werden kann. Das führt zu einem nicht nur nicht zu mehr, sondern zu weniger Arbeitsplätzen; zum anderen - eben das ist nicht nachhaltig und nicht zukunftsweisend - trägt dieses System zur massiven Zerstörung von Umwelt und Klima bei. Die bereits angesprochene Flutkatastrophe als eine Folge des Klimawandels haben wir gerade erst selbst erlitten. Aus ihr resultieren nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische Folgen. Schäden zu beseitigen, ist immer teurer, als ihnen vorzubeugen. Deshalb arbeiten wir nun daran, dieses System zu ändern.

Der Gipfel von Johannesburg hat wieder einmal die Dringlichkeit aufgezeigt, mit der wir handeln müssen. Ja, wir müssen handeln. Die Folgen der Klimaveränderung treffen uns alle; wir in den nördlichen Industriestaaten verursachen sie. Mit welchem Recht nehmen wir es uns eigentlich heraus, 80 % der Energieressourcen zu verbrauchen, obwohl bei uns nur 20 % der Weltbevölkerung leben? Dieser Lebensstil ist nicht nur mit Blick auf die Generationengerechtigkeit, sondern auch mit Blick auf die soziale Gerechtigkeit in der Welt nicht globalisierbar. (D)

Ich wiederhole: Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Deshalb brauchen wir hier einen ökologischen Strukturwandel. Und dafür wiederum brauchen wir ein Steuer- und Abgabensystem, das im Vergleich dem jetzigen genau entgegengesetzt wird, das den Faktor Arbeit entlastet und den Verbrauch von Energie und Rohstoffen belastet.

Mit der Einführung der Ökosteuer haben wir einen Schritt in diese Richtung getan. Und dieser Schritt ist zukunftsfähig. In Deutschland sind über 1,3 Millionen Arbeitsplätze im Umweltschutz entstanden. Die OECD prognostiziert für die Umweltindustrie ein Marktwachstum von weltweit 160 Milliarden auf 270 Milliarden €. Diese Entwicklung dürfen und wollen wir in Deutschland nicht verschlafen. Auf lange Sicht brauchen wir

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) eine zehnmal höhere Ressourceneffizienz. Das ist eine große Herausforderung. Aber das müssen und das wollen wir hinzubekommen.

Die Ökosteuer wieder abzuschaffen, ökologische Innovation zu verhindern, ist der falsche Weg. Mit dieser Politik sind Sie - Sie propagieren das ja - ökologisch auf dem Holzweg. Es ist wirklich bedauerlich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dass Ihr Kanzlerkandidat glatt vergessen hat, das Feld Ökologie in seiner Truppe zu besetzen. Dabei hätte er ökologische Kompetenz auch in der Union finden können.

Ihr Parteifreund, Professor Dr. Andreas Tröge, Leiter des Bundesumweltamtes, z. B. hat die Zeichen der Zeit erkannt. Er spricht sich in einem Interview mit der "Berliner Zeitung" vom 23.08.2002 nachdrücklich für die Ökosteuer aus:

"Sie muss weitergeführt werden, und sie muss erhöht werden. Dabei ist sie nur ein kleiner Teil der dringend nötigen Finanzreform."

Wir sagen: Der Mann hat Recht.

- (B) (Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, nachhaltige Politik heißt auch ehrliche Politik. Und ehrliche Politik sagt vorher, was sie im Falle der Wahl zu tun gedenkt und lässt sich nicht jedes Hintertürchen offen. Nachhaltige Politik heißt auch verantwortliche Politik. Das heißt, die langen Entwicklungen im Blick zu haben und die heutigen Entscheidungen zu berücksichtigen. Dafür stehen wir.

Unser Landeshaushalt hat strukturelle Probleme. Da sind wir uns, glaube ich, alle einig. Die Situation zeigt, dass wir Haushaltspolitik nicht mehr nur im Kleinen gestalten können. Es geht um tief greifendere Strukturfragen, denen wir uns stellen wollen. Ein großes Problem unseres Haushaltes sind die rasant steigenden Ausgaben für die Versorgung der Beamtinnen und Beamten. In früheren Jahren ist versäumt worden, für einmal zu zahlende Pensionen Rücklagen zu bilden. Deshalb müssen sie heute vollständig aus dem laufenden Haushalt finanziert werden.

In NRW geben wir somit über 20 % der Einnahmen für Leistungen aus, die wir in der Vergangenheit verbraucht haben. Wenn wir keinen Wechsel vornehmen, nicht beginnen, Vorsorge zu

- treffen, werden zukünftige Landtage nichts mehr zu entscheiden haben. Dann wird Politik handlungsunfähig. (C)

Fest steht: Unser Haushalt braucht eine nachhaltige Struktur. Das heißt, Haushaltspolitik muss darauf achten, langfristig handlungsfähig zu bleiben, immer wieder auch disponible Mittel zu erwirtschaften, aus denen progressive Förderstrukturen finanziert werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb wollen wir Vorsorge für ansteigende Ausgaben treffen und die Verschuldung abbauen. Und wir wollen umsteuern, damit die Personalausgaben in dem verabredeten Rahmen bleiben. Das packen wir gemeinsam in dieser Regierung an.

Lassen Sie mich nun zu einigen landespolitischen Kernfeldern kommen, die wir als rot-grüne Koalition trotz schwieriger Haushaltslage für die Menschen in unserem Land innovativ gestalten wollen. Dies ist der erste Landeshaushalt nach PISA. Wir begrüßen, dass der Bereich der Bildung im Wesentlichen von den Kürzungen ausgenommen wurde. Im Gegenteil: Der Bildungshaushalt - es wurde schon gesagt - steigt um 2,6 %, (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

während der Gesamthaushalt um knapp 1 % sinkt.

Durch die Bereitstellung von weiteren 1.229 neuen Lehrerstellen wird der von Rot-Grün verabredete Stufenplan zur Unterrichtsversorgung umgesetzt. Wir begrüßen an dieser Stelle nachdrücklich, dass es gelungen ist, auf die Erhöhung der Arbeitszeit für die Beschäftigten der Landesverwaltung zu verzichten. Gerade gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern waren wir hier im Wort. Eine Arbeitszeituntersuchung zeigt uns auch auf, dass sie im Schnitt schon eine 40-Stunden-Woche haben. Wir hätten hier nach PISA ein falsches Signal gesetzt.

Lehrerinnen und Lehrer haben einen harten, wichtigen Beruf. Ich hoffe, dass sie sich durch diese Entscheidung der Landesregierung, die wir als Grüne voll tragen, in ihrer Arbeit anerkannt sehen und Motivation für anstehende und notwendige Veränderungen entwickeln können. Die Kinder,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

(A)

die Eltern, aber auch wir in der Politik werden es ihnen umso mehr danken.

Unser Projekt "Selbstständige Schule" startet mit 237 Schulen. NRW übernimmt damit bundesweit eine Vorreiterrolle mit einer umfassenden Schulreform von unten. Herr Rüttgers oder Kollege Recker, wenn Sie zum Teil beklagen, dass nicht mehr Schulen mitmachen, finde ich das wirklich ein starkes Stück. Etliche Räte, in denen Sie die Verantwortung tragen, haben das doch abgelehnt und haben motivierte Schulen, die mitmachen wollten, daran gehindert, an der Schulreform, an der Schulerneuerung mitzuwirken.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Es ist wirklich unsäglich, das hier zu beklagen und vor Ort dafür zu sorgen, dass es nicht stattfindet.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Eine unsäglich
liche Doppelstrategie!)

(B)

Auch durch die Verdoppelung der Mittel für den Deutschunterricht, insbesondere für Migrantenkinder im Vorschulbereich, setzen wir ein klares Zeichen nach PISA für die Bildung, aber auch für die Zuwanderung. Wir weiten die Ganztagsbetreuung für Schulkinder aus und sichern damit unseren Spitzenplatz unter den Flächenländern. Auch im vorschulischen Bereich geht es weiter. Das GTK wird aufgestockt. Es werden weiterhin 11,8 Millionen € für den Ersatz und für Sanierungsbauten in den Kindergärten bereitgestellt.

Damit ist klar, dass die Anforderungen, die nach PISA in der Elementarpädagogik entstanden sind, in einer extrem schwierigen Haushaltssituation angepackt werden. Dabei geht es um Bildung. Dabei geht es um Betreuung und Erziehung unserer Kinder. Dabei geht es aber auch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ich bin froh, dass die Spitzenpolitiker von Rot und Grün auf Bundesebene die Zeichen der Zeit erkannt haben und uns ein Milliardeninvestitionsprogramm in Aussicht stellen, weil sie wissen, dass die Anforderungen aus PISA nicht allein durch die Länder und Kommunen zu schultern sind.

Die Regierung Schröder/Fischer hat allein deshalb schon eine Wiederauflage verdient, weil sie diese wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe erkannt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C)

Nach PISA wissen wir: Lehrerinnen und Lehrer brauchen mehr diagnostische Kompetenz. Sie müssen mehr als bisher bei Lernproblemen beraten und individuelle Förderkonzepte aufstellen können. Dafür haben wir für die neu auszubildenden Lehrerinnen und Lehrer mit der Reform der Lehrerbildung die Weichen richtig gestellt. Unser Ziel muss darüber hinaus sein, auch den jetzt schon im Schulsystem arbeitenden Kolleginnen und Kollegen in der Fortbildung Programme anzubieten, damit sie sich hier weiterqualifizieren können.

Sorgen bereiten uns die Kürzungen beim Pool "Geld statt Stellen", der bei der Opposition offenbar immer größere Akzeptanz findet, was ich schon erstaunlich finde. Denn die Opposition sagt sonst: Das taugt alles nichts, das wollen wir ganz anders haben. Auch bei den Lehrerverbänden wächst erfreulicherweise die Akzeptanz. Wir wissen, dass es hier Abstriche gibt, dass das ein Konsolidierungsbeitrag des Bildungshaushalts ist, aber mitnichten, Herr Rüttgers, wird dieses Programm auf null gesetzt, wie Sie das eben hier suggeriert haben.

Auch beim muttersprachlichen Ergänzungsunterricht sehen wir Reformbedarf. Die avisierte Streichung von 450 Stellen ist ein Problem. Unser Ziel ist, auf Grund der Vorlage des Haushalts ein Förderkonzept zu entwickeln, das durch die Kombination der verschiedenen Maßnahmen, die wir im Landeshaushalt haben, den zugewanderten Kindern einen optimalen Erst- und Zweitspracherwerb ermöglicht.

(D)

Bessere Bildungsergebnisse haben auch mit der Situation der Familien zu tun. Daher sehen wir die Kürzungen bei den kommunalen Erziehungsberatungsstellen mit großer Sorge, ebenso wie die komplette Streichung der Familienerholung, auch wenn die Einschnitte in der Familien- und Jugendpolitik bei Weitem nicht so tief gehen, wie manche befürchtet hatten. Hier erreichen uns mit die größten Proteste, gerade auch, weil durch die Mischfinanzierung mit den kommunalen Haushalten Einrichtungen in ihrer Existenz bedroht scheinen. Zumindest wird uns das so vorgetragen. Hier werden wir uns mit den Kommunen und den Trägern um Lösungen bemühen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

(A)

Zum Thema Bildung gehört natürlich auch der Hochschulbereich und damit die schon intensiv geführte Diskussion um Studienfinanzierung und Langzeitgebühren. Meines Erachtens zeigt sich hier Folgendes: Es rächt sich, dass man zu lange zugesehen und nichts getan hat, dass man nicht schon früher bestimmte Reformen eingeleitet hat. Ich will auch nach PISA durchaus einräumen, dass es natürlich gerechtfertigt ist, die Frage zu stellen, ob es eigentlich bei uns in Deutschland richtig ist, im Bereich der Vorschule, im Kindergarten und zum Teil auch in der Schule von Eltern Beiträge in einem Bereich zu erwarten, der ja wesentlich elementarer ist als etwa ein Hochschulstudium, wo es im Moment sozusagen eine unbegrenzte Ressource gibt, die zur Verfügung gestellt wird.

Das große Problem bei den Plänen der Landesregierung war und ist schlicht, dass entgegen der Programmatik unserer Partei, aber auch der der SPD diskutiert und argumentiert wurde. Aber ich will hier auch sagen, dass es inzwischen deutliche Veränderungen gegenüber den ursprünglichen Plänen gibt. Das sind Punkte, die wir gemeinsam auf der Habenseite verbuchen können.

(B)

Zum Wintersemester 2004/2005 wird ein Studienkontenmodell eingeführt, und zwar mit Bedingungen, die sich sehen lassen können. Es gilt die doppelte Regelstudienzeit. Es gibt als Budget ein im Gesetz festgeschriebenes Konto, das dem jeweiligen Studium entspricht und das dazu führt - Herr Moron hat das schon angesprochen -, dass im Zusammenhang des lebenslangen Lernens als einem Markenzeichen moderner Bildungspolitik Menschen noch ein Budget für weitere Bildungsprozesse haben, das sie etwa für Qualifizierungen nutzen können. Das ist sehr modern, das ist nachfrageorientiert, und das unterstützen wir nachdrücklich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch bezogen auf die im Haushaltsgesetz vorgesehene Einführung von Langzeit-, Zweit- und Seniorengebühren hat es Verbesserungen gegeben, und die Verwaltungskostenbeiträge für alle Studierenden sind vom Tisch. So steht jetzt weiterhin fest: Die Einführung von Studienkonten als Mittel der Sicherung der Gebührenfreiheit des Erststudiums rückt in den Mittelpunkt unserer Überlegungen. Es gibt eine Reihe von Ausnahmetatbeständen, es gibt eine Härtefall- und Darlehensrege-

lung, und die Langzeitgebühren, wie sie jetzt im Etat stehen, sind bis zur Einführung von Studienkonten klar als befristete Übergangslösung gekennzeichnet. Damit haben wir schon einen deutlich veränderten Stand gegenüber den ursprünglichen Plänen erreicht. (C)

Gleichwohl haben wir als Grüne deutlich gemacht, dass wir insbesondere bei den Übergangsregelungen für die Jahre 2003 und 2004 noch Gesprächsbedarf haben. Meine Fraktion hat das Ziel, hier Alternativen aufzuzeigen. Ich wundere mich, Herr Möllemann, dass Sie, der Sie sonst immer so auf Eigenständigkeit setzen, so tun, als liefe in der Koalition alles glatt durch. Das wäre nicht lebendig und auch nicht attraktiv für Bürgerinnen und Bürger.

Meine Damen und Herren, bei Kultur und Sport ist deutlich unterdurchschnittlich gekürzt worden. Außerdem hat dort Minister Vesper einen klaren Schwerpunkt auf die Förderung von Kindern und Jugendlichen gelegt.

Die Mittel für die Bibliotheksförderung werden im kommenden Jahr gezielt für Projekte der Leseförderung eingesetzt.

Bei der Förderung von Musikschulen, Kinder- und Jugendtheatern und vielen anderen Programmen der kulturellen Bildung wurde gar nicht gekürzt. Auch das heißt Priorität für Bildung. Schließlich ist Bildung mehr als Schule. (D)

Trotz der Sparnotwendigkeiten im disponiblen Bereich werden ökologische Schwerpunkte gesetzt. Lassen Sie mich nur einige Stichpunkte nennen! Naturschutz, die biologischen Stationen in NRW und das Programm zum Ankauf von Naturschutzflächen bleiben weitestgehend erhalten.

Stichwort Verbraucherschutz! Hier werden im Einklang mit der bundesweit größeren Bedeutung des Verbraucherschutzes bei den Beratungsstellen keine Abstriche gemacht. Auch der Ökolandbau, die Agrarwende und die regionale Vermarktung werden im nächsten Jahr gestärkt.

Die innovativen Ansätze in der mittelständischen Wirtschaft zu produktionsintegriertem Umweltschutz, die auch arbeitsplatzintensiv sind, bleiben ebenfalls erhalten. Auch das ist aus unserer Sicht richtig.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

(A)

Das REN-Programm, dessen Wichtigkeit sich durch die weltweiten Entwicklungen beweist, bleibt so ausgestattet, dass im kommenden Jahr keine gravierenden Rückgänge von Förderzusagen eintreten werden.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zu einem Bereich, der uns größere Sorgen macht: Die Frauenpolitik. Dies ist ein Feld, bei dem wir, Rot-Grün in NRW, im Ländervergleich sehr gut dastehen. Es ist ein Markenzeichen unserer Koalition. Vielfach gerade von der CDU zunächst diskreditiert, ist die ausgebaute Beratungsstruktur inzwischen gesellschaftlich und auch politisch unumstritten. Wer wollte noch bezweifeln, dass sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Frauen entschieden und mit aller Kraft begegnet werden muss, in der Prävention und in der Nachsorge! Deshalb halten wir die Streichungen bei den Notrufen für nicht zukunftsfähig. Diese Arbeit mit dem entsprechenden Know-how kann unseres Erachtens nicht durch die erfreulicherweise unangetasteten allgemeinen Beratungsstellen und Frauenhäuser aufgefangen werden. Hinzu kommt, dass unsere rot-grüne Bundesregierung durch das Gewaltschutzgesetz neue Anforderungen formuliert hat und dass Polizei und Ordnungsbehörden auf Anlaufstellen und Kooperationspartner angewiesen sind.

(B)

Auch in der Gesundheitspolitik müssen wir genauer hinschauen.

Wir wollen sicherstellen, dass die präventiven Programme zu Aids und Sucht fortgesetzt werden können, und wir müssen gemeinsam darauf achten, dass die Strukturen im Bereich der Unterstützung und Integration von Menschen mit Behinderungen, in der Gesundheitshilfe und im Bereich der Pflege keinen Schaden nehmen.

Wir wollen uns gerade mit Programmen, die nicht viel Geld kosten, aber eine gute finanzpolitische Wirkung entfalten - etwa wie beim Täter-Opfer-Ausgleich und bei der gemeinnützigen Arbeit -, die nicht nur fachpolitisch sondern auch finanzpolitisch sinnvoll sind, genauer auseinander setzen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, es gibt an der einen oder anderen Stelle Gesprächsbedarf. Sie sehen aber auch, dass in den großen Blöcken - in der Frage der Bildungspolitik, in der Frage der ökologischen Erneuerung und in der Frage der

großen sozialen Strukturen, die wir aufgebaut haben - Nordrhein-Westfalen fest steht, dass wir als Grüne klare Zielsetzungen haben und gemeinsam mit den Sozialdemokraten diesen Haushalt gestalten wollen. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Detailarbeit gehen wir jetzt an. Wir werden mit Verbänden und Institutionen sprechen - wie in den vergangenen sieben Jahren so auch in diesem achten Jahr. Ich bin sicher, dass wir in den nächsten Wochen im Sinne der Sache solidarisch und konstruktiv mit unserem Koalitionspartner an die Arbeit gehen. Wir wollen auch in schwerer Zeit den Haushalt und das Land gestalten, weil nur mit rot-grün eine nachhaltige Politik möglich ist. Wir wissen, viele Verbände, viele Menschen haben Kritik formuliert. Das ist in Ordnung. Sie haben aber auch gesagt - das ist entscheidend - dass Sie auf uns setzen, dass Sie wissen, dass Sie bei uns Korrekturen erreichen können, weil sie wissen, dass es nicht reicht, allen alles zu versprechen, wie Sie von der CDU das tun, dass es nicht hilft, wenn man nicht eine ökologische und eine finanzpolitische Alternative aufzeigen kann. Deshalb ist klar, dass dieser Opposition, wie sie sich heute darstellt, dieses Land nicht anvertraut werden kann und darf. - Ich danke Ihnen. (D)

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN - Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. - Das Wort hat Herr Finanzminister Steinbrück.

Peer Steinbrück, Finanzminister: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Debatte wird dort interessant, wo wir auf die Einflussfaktoren und die strukturellen Entwicklungen - um nicht zu sagen: die strukturellen Fehlentwicklungen - in der Haushalts- und Finanzpolitik eingehen. Das ist eine Debatte, die nicht nur den nordrhein-westfälischen Haushalt betrifft, sondern die Situation der öffentlichen Finanzen und Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland generell.

Ich selber habe mehrmals in dieser Rede und auch in dem Artikel, den ich geschrieben habe und der offenbar in Gestalt von Herrn Rüttgers einen sehr intensiven Leser gefunden hat, versucht,

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) darauf einzugehen, wie auch Sie, Herr Möllemann. Dort wird es in der Tat interessant.

Ich gebe Ihnen in mehreren Punkten Recht. Das heißt, wir werden erkennbar die haushaltspolitischen Spielräume nicht erweitern können, wenn das Wirtschaftswachstum so schwach bleibt wie es ist, wenn wir nicht zu einer höheren Erwerbstätigenzahl oder - anders ausgedrückt - zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit kommen, darüber auch die sozialen Transfer- und Solidarsysteme dieser Republik stärken, wenn wir nicht darüber die Spielräume gewinnen, mindestens in der Tendenz zu einer geringeren Zinslastquote zu kommen und darüber die Spielräume gewinnen, höhere Investitionen zu tätigen. Es gibt dort übrigens fatale Wechselwirkungen, über die ich mit Ihnen ziemlich schnell einer Meinung bin. Ich glaube z. B., dass die bessere Konjunkturentwicklung in Österreich maßgeblich davon abhängt, dass dort die kommunale Investitionstätigkeit deutlich höher liegt als hier. Auch die investiven Möglichkeiten des Landeshaushaltes sind für die Konjunkturentwicklung von Bedeutung.

- (B) Faszinierend finde ich, dass diese strukturellen Bedingungen nicht nur auf den nordrhein-westfälischen Haushalt wirken und nicht nur mich eingrenzen oder die Problemlast ausmachen, mit der ich es zu tun habe, sondern genauso meine christdemokratischen Finanzministerkollegen. Zum Beispiel hat mein Kollege Weimar in dem relativ gesehen reichsten Bundesland der Bundesrepublik Deutschland eine Investitionsquote von 8,4 %, also deutlich geringer als die Investitionsquote in Nordrhein-Westfalen ausfällt. Er fährt - wie ich glaube - seinen Haushalt mit einem Abstand von weniger als 5 Millionen € fast bis zum absoluten Anschlag der Verfassungsgrenze.

Vor dem Hintergrund, Herr Rüttgers, dass wir es im Grunde genommen mit generell wirkenden Rahmenbedingungen zu tun haben, verstehe ich Ihre Einlassungen nur mit ausgesprochener Mühe. Wenn Sie sich zum Anwalt gegen jedweden Kürzungsvorschlag der Landesregierung machen, das heißt, den Respekt gegenüber den Demonstranten so hoch halten, dass Sie sagen, davon lasse ich mich beeindrucken und das prägt meine konkrete Haushaltspolitik, dann weiß ich nicht, wie Sie jemals die Freiräume erreichen wollen, um die Forderungen zu erfüllen, die Sie selber stellen: Stärkung der kommunalen Finanzkraft, mehr In-

- vestitionen im Landeshaushalt, mehr für die Pensionen. (C)

Die Forderungen, die Sie an uns stellen, erreichen Sie nur, wenn Sie im Grunde genommen eine ähnliche Operation machen wie wir auch. Darum kommen Sie doch gar nicht herum. Sie werden sich - ich wiederhole mich - selbstverständlich mit Einsparungen im Sozialhaushalt exponieren müssen. Es macht überhaupt keinen Sinn, der Landesregierung in diesen furchtbar übertriebenen Bildern des sozialen Kahlschlages und der Zerstörung der sozialpolitischen Kultur etwas vorzuwerfen.

(Zustimmung von Ewald Groth
[GRÜNE] und Edith Müller [GRÜNE])

Sie könnten in einer Verantwortungsposition von den Spielräumen her nicht viel anders gestalten als wir. Darauf gehen Sie mit keiner Silbe ein. Sie weichen dem systematisch aus, um sich diesen berühmten "weißen Fuß" zu machen.

Da ist Herr Möllemann sehr viel präziser. Anders ausgedrückt: Man wird die Ziele, die Sie proklamieren, nicht erreichen können, wenn man nicht Einschnitte bei dem derzeitigen Niveau staatlicher Leistungen in Nordrhein-Westfalen vornimmt. Das müssen Sie den Menschen ehrlicherweise sagen. (D)

(Beifall bei der FDP)

Sie tun es nicht. Das ist mein Vorwurf. Sie weichen aus. Deshalb die Eingangsbemerkung in meiner Rede: Wir weichen diesen Fragen nicht aus. Wir wissen, dass wir deswegen in der Beliebtheitsskala nicht oben sind, dass wir keine Sechser-Kürnoten bekommen, aber wir nehmen Stellung.

Abgesehen von diesen völlig übertriebenen Bildern finde ich Ihren Hinweis besonders bemerkenswert, ich hätte eine Bundestagswahlkampfrede gehalten. Wer Ihre Bilder und Ihren Auftritt vernommen hat, fragt sich, was denn Ihr Auftritt war. Viele Ihrer Beispiele sind richtig, einige Ihrer Beispiele sind nicht richtig. Die Kürzungen erfolgen allerdings auf teilweise so hohen Niveaus, dass Ihr Bild des Kahlschlages schlicht und einfach dummes Zeug ist.

(Minister Peer Steinbrück)

(A)

Sie vergessen, dass wir es mit Kürzungen in Bereichen zu tun haben - selbst im Landesjugendplan, selbst bei der Altenhilfe oder anderen Maßnahmen -, in denen nach wie vor hohe Summen, nämlich zweistellige Millionenbeträge, bereitgestellt werden. Da reden wir über prozentuale Abschlüsse, die Ihre martialischen Bilder des Kahl-schlages oder der völligen Vernichtung der sozialpolitischen Kultur überhaupt nicht rechtfertigen.

Wenn Sie sagen: "Da draußen steht das Volk" - zu dem Zeitpunkt waren es, glaube ich, hundert Leute; vielleicht werden es heute Nachmittag mehr -, wenn Sie sagen: "Da draußen steht das Volk, und diese Proteste sind Leitstrahlen für unsere Haushaltspolitik", dann sage ich Ihnen: Sie sind in Ihrer Haushaltspolitik so gefesselt, dass Sie paralysiert sind und der Verantwortung in dieser konkreten Situation unter diesen unausweichlichen Rahmenbedingungen nicht gerecht werden.

Wenn Sie uns vorwerfen, wir müssten endlich das tun, was wirklich notwendig ist, aber selber nicht einmal das Rückgrat haben - ich habe in meiner Rede von der haushaltspolitischen Courage gesprochen -, Ihre Einsparungspositionen, die Sie in einem politischen Wettbewerb entgegenhalten müssten, konkret zu benennen, dann sind Sie in dieser haushaltspolitischen Auseinandersetzung doch gar kein Kontrahent.

(B)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich finde es immerhin bemerkenswert, dass mein Aufsatz Wirkung gezeigt hat. Ich habe von diesem Aufsatz nicht eine einzige Silbe zurückzunehmen, im Gegenteil. Ihr Vorwurf, das hätte ich alles nicht umgesetzt, der berührt mich nicht. Der berührt mich deshalb nicht, weil ich sehr wohl weiß, dass das ein sehr dickes und hartes Brett ist, das man bohren muss. Ich werde selbstverständlich nicht in kürzester Zeit, in einer Halbwertszeit von drei, vier Monaten in der Lage sein, alleine Strukturprobleme zu lösen, wofür die Unterstützung sehr breiter Bataillone erforderlich ist.

Aber Sie bieten keine Unterstützung. Deshalb ist Ihr Bild einer Sanierungskoalition auch so taktisch. Sie bieten keinerlei Unterstützung - einmal abgesehen davon, dass ich die Pointe ganz gut finde, hier zunächst eine Sanierungskoalition zu propagieren und anschließend von Neuwahlen zu reden. Das eine passt nicht zum anderen. Wenn

Sie eine Sanierungskoalition eingehen, müssten Sie die Pointe mit den Neuwahlen, die Sie schon in der Presse platziert haben, lassen. Das ist nur für die Überschriften von Zeitungsmeldungen gedacht.

(C)

Sie sind auf die Schuldenentwicklung in Nordrhein-Westfalen eingegangen. Ja, wer bin ich denn, dass ich dieser Statistik widersprechen wollte? Das kann ich gar nicht, werde ich auch nicht. Ich werde auch nicht darum herumeiern. Was Sie verschweigen, ist der Grund für diese Entwicklung, insbesondere in den letzten zwei Jahren. Das Land hat eine höhere Schuldenaufnahme zu verzeichnen gehabt, nicht, weil wir mehr Ausgaben getätigt hätten, nicht, weil irgendjemand in meinem Kabinett mit Geld herumgeworfen oder die Vorstellung gehabt hätte, wir müssten noch mehr Wohltaten für die Bürgerinnen und Bürger wie aus einem Füllhorn ausschütten, sondern weil die Einnahmen zusammengebrochen sind, klipp und klar die Einnahmen. Wir können lange darüber streiten, aus welchen Gründen. Aber die Schuldenentwicklung der letzten anderthalb bis zwei Jahre steht in einer reinen Korrelation zur Einnahmenentwicklung, weshalb ich dazu rate: Vorsicht an der Bahnsteigkante mit dem Versprechen weiterer Steuererleichterungen! Vorsicht!

(D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie würden, wenn Sie ab dem 22. September in der Regierungsverantwortung stünden, alle Steuererleichterungsversprechen, die Sie gemacht haben, erneut auf den Prüfstand stellen. Ich sage den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes: Davon würde nichts realisiert werden können, weil der Durchschlag auf die kommunale Finanzebene, auf ihre eigenen Kommunalpolitiker dagegenstehen würde:

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

bei der Einkommensteuer, bei der Lohnsteuer, bei der Körperschaftsteuer, was immer Sie wollen. Das sind alles Gemeinschaftssteuern, bei denen die Kommunen über den Steuerverbund mit in den Topf hineingreifen.

Wenn Sie über Schulden reden, muss ich sagen - nehmen Sie es mir nicht übel -: Nach den Einlassungen der letzten sechs bis acht Wochen, dem Geieere der CDU und dem operettenhaften Auf-

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) tritt auch zur Finanzierung einer solchen solidarischen Gemeinschaftsleistung wie der Beseitigung der Flutopferschäden sind Sie nicht mehr der Kronzeuge in einer Debatte über die Schuldentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Sie sind es nicht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Im ersten Drittel Ihrer Rede haben Sie sich mit den Kürzungen beschäftigt, die wir vorgenommen haben, von einem kleinen Fall zum anderen hüpfend, das gilt auch für relativ kleinere Beträge - teilweise 3 Millionen, teilweise 4 Millionen -, ohne zu sagen, von welchen Niveaus wir kommen. Mir ist daran gelegen, mindestens zwei Punkte aufzugreifen.

Erstens die Bildungspolitik: Sie haben bis zu einem gewissen Grade Recht, dass der Mehrbetrag, der mit den 2,6 % im Etat der Kollegin Behler ausgewiesen wird, auch auf erhöhte Pensionslasten für die Lehrer zurückgeht. Unbestritten! Das ist übrigens wie in allen anderen Ressorts auch, in denen Mitarbeiter in Pension gehen: in der Finanzverwaltung, die in meiner Zuständigkeit liegt, in der Justizverwaltung von Herrn Kollegen Dieckmann oder bei der Polizei von Herrn Behrens. Da gilt das gleichermaßen. Aber das ändert doch nichts daran, dass die Landesregierung über die Wiederbesetzung aller offenen Stellen hinaus im nächsten Jahr 1.230 zusätzliche Lehrerstellen bereitstellen wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das heißt, das Lehrerangebot wird deutlich gesteigert. Das ist doch kein Gegenargument.

Sie sagen: Bei "Geld statt Stellen" nimmt die Landesregierung 30 Millionen € herunter. - Das ist richtig. Aber das Programm heißt: "Geld statt Stellen". Die Umrechnung des Geldes in Stellen ist daher nicht der Sinn oder die Logik dessen, was wir da machen. Denn sonst müsste man sagen: Die 70 Millionen, die da offenbar noch im Topf sind, könnte man in Stellen umrechnen. In der Rechnung käme meine Kollegin Behler auf weitere 1.400 Stellen. Die Landesregierung würde nach dieser Logik nicht 6.100, sondern 7.500 zusätzliche Lehrerstellen bereitstellen. Das wäre dann das Rechenkunststück, das Sie vollzogen haben, allerdings umgewandelt auf unsere Bedingungen.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Die gab es ja schon!)

(C)

- Ja gut, aber es fließt ja weiter etwas in den Topf. Ich kenne die Restsumme nicht. Aber ich glaube, es ist ein beträchtlicher Betrag. Den könnte ich auch in Stellen umrechnen, so wie Sie das getan haben. Dies müsste ich addieren zu dem Nettoeffekt, den wir bei den Lehrern ohnehin haben.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Nein!)

Was den Stellenabbau generell betrifft, will ich noch einmal auf die korrekten Zahlen hinweisen: Wir werden 9.000 Stellen zwischen 2000 und 2005 abbauen. Das ist ein jährlicher Durchschnitt von 1.800. Diese Zahl haben wir in den ersten Jahren erreicht. Wir haben noch ungefähr 5.400 Stellen offen. Das heißt, die fallen bis zum Ende der Legislaturperiode weg. Das ist ein Nettoeffekt - nicht dass Sie den Eindruck haben, ich hätte keine Bereinigung vorgenommen z. B. im Hinblick auf die erhebliche Zahl der Stellen, die beim Fluggastkontrolldienst weggefallen sind. Das habe ich alles eingerechnet. Das heißt, die Landesregierung ist bei diesem Stellenabbau sehr konkret, und es sind, wie ich finde, bemerkenswerte Zahlen.

(D)

Diejenigen, die glauben, man könnte noch mehr Stellen abbauen, die müssen damit rechnen, dass sich dies mit den Menschen beißt, die auf diesen Stellen sitzen. Das sage ich auch mit einem sehr kritischen Blick auf ein Thema, das mehrfach mit dem Koalitionspartner diskutiert worden ist.

Ich würde gern wissen, wie das funktionieren soll. Denn zusätzlich ausgewiesene kw-Stellen sind nicht gleichbedeutend mit realen Einsparungen. Diese ergeben sich erst, wenn vom Altersaufbau der jeweiligen Behörden und Ministerialverwaltungen her diese Menschen tatsächlich in Pension gehen oder wegen anderer Pläne ausscheiden und es dann zur Nichtwiederbesetzung kommt. Das ist eine etwas schwierigere Operation, als sie sich manchmal in den öffentlichen Debatten abbildet.

Auch noch einmal zu der von Ihnen, Herr Rüttgers, genannten Zahl von 10.500.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Von Frau Höhn!)

(Minister Peer Steinbrück)

(A)

- Ich komme gleich darauf zurück, was Sie falsch zitiert haben von meinem Kollegen Behrens, und zwar wiederholt bezogen auf die Polizei. Aber das kommt später. - 10.500 Stellen sind doch vollkommen unreal, wie Sie bei der CDU auch selbst wissen. Wir haben täglich damit zu tun, dass Herr Dieckmann - und nicht nur er, sondern alle - die Schilderung bekommt, wie es im Justizvollzugsdienst im Land Nordrhein-Westfalen aussieht. Wir alle haben eine konkrete Vorstellung darüber, welche Überstunden bei der Polizei aufgelaufen sind. Wir alle sind erkennbar in einem Wettbewerb darüber, wie viele zusätzliche Lehrerstellen bereitgestellt werden müssen. In meiner Finanzverwaltung gibt es viele Stimmen, aufgegriffen in diesem Haus, dass in der Betriebsprüfung viel mehr Finanzbeamte tätig sein müssten, und für die Hochschulen fordern wir auch alle mehr Stellen.

Sagen Sie mir bitte: Wo konkret sollen die Stellen eingespart werden? Diese widersprüchlichen, hin- und herschwankenden Debatten, je nachdem, zu welcher Tageszeit man dieses Thema gerade diskutiert, führen uns nicht weiter. Ich habe damit fünf Bereiche der Landesverwaltung beschrieben, die von den insgesamt 350.000 Landesbediensteten wahrscheinlich ungefähr allein 260.000 bis 270.000 Stellen ausmachen. Das heißt, es bleiben hier als diskussionswürdige Bemessungsgrundlage - ohne in Schnellschüssen den Menschen die Vorstellung zu geben, da sei etwas einzusparen - überhaupt nur 25 % bezogen auf die Zahl, die Sie dort fordern.

(B)

Zu Ihrem Hinweis auf den Kollegen Behrens, Herr Rüttgers: Bitte akzeptieren Sie, was Herr Behrens dazu schon in der Plenarsitzung am 04.10.2001 gesagt und richtig gestellt hat. Es ist auf die Dauer ärgerlich, wenn Sie wider besseren Wissens Zitate und Hinweise bringen, die widerlegt oder richtig gestellt worden sind. Die damaligen Annahmen bzw. Verdachtselemente von Ihnen gegenüber Herrn Behrens hat er sowohl gegenüber der "NRZ" wie namentlich Ihnen gegenüber - ich habe hier den Auszug aus dem Protokoll - wie auch der Presse gegenüber richtig gestellt. Dasselbe erstreckt sich auf Ihre Darstellung der Schulpause. Es ist wirklich nicht belustigend, die politische Auseinandersetzung immer auf der Ebene zu führen, dass ein Gesprächspartner nicht die Richtigstellungen des anderen akzeptiert. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Herrn Behrens in diesem Zusammenhang nicht wieder zitierten.

Zu dem Thema, dass weiter gehende Steuererleichterungen das große Problem lösen könnten, vor dem wir auch in haushaltsstrukturellen Fragen stehen. Da ist die FDP ziemlich dicht bei der CDU. Das folgt dem Muster: Wenn wir Steuererleichterungen durchführen, springt der Wirtschaftswachstumsmotor an, und über Generator, Multiplikator oder welche Effekte auch immer haben wir ein höheres Wachstum, darüber höhere Steuereinnahmen, und höhere Steuereinnahmen kompensieren das, was wir vorher an Mindereinnahmen gehabt haben. Das klingt alles ziemlich logisch. Empirisch ist noch nirgends nachgewiesen worden,

(C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

dass - wie die Volkswirtschaftler sagen - diese Steuererleichterungen eine so genannte Elastizität von eins bezogen auf zukünftige Steuereinnahmen haben. Haben sie nicht! Sie haben natürlich eine Elastizität. Ich will keine Annahme bringen, aber ich vermute, dass diese Elastizität zwischen 0,5 und 0,8 liegt, aber über Jahre verteilt. Das heißt, für den nächsten Haushalt, für den Sie mich an den Marterpfahl binden und malträtieren wollen, hätte ich einen garantiert nicht mehr ausgeglichenen Haushalt, und wahrscheinlich auch für die folgenden Jahre.

(D)

Ich habe mich einmal darum gekümmert, wie das bei entsprechenden Operationen in England, in Schweden, in den Niederlanden und in den USA gewesen ist. Für alle vier Fälle konnte mir keine der Studien, die ich abgefragt habe, bestätigen, dass die Elastizität gleich eins ist, was besagt, dass die Steuererleichterungen tatsächlich hinterher quasi wieder hineinverdient worden wären. Sie sind es nicht. Daher sind Ihre diesbezüglichen Vorschläge wenig hilfreich. Die Empirie haben Sie nicht auf Ihrer Seite.

Dort, Herr Rüttgers, wo Sie sich plötzlich gegen die Großunternehmen aussprechen, wird man fast ein bisschen atemlos. Es fehlt nicht viel, und Sie wettern bald gegen das Großkapital dieser Republik. Das ist schon für einen Sozialdemokraten ganz erstaunlich. Wenn Sie das aufgreifen - ich bitte, das nach Möglichkeit nachzuvollziehen - und sagen, die Entscheidung der Bundesregierung sei falsch gewesen, dass die großen Unternehmen dieser Republik, also die großen Körperschaften, die Veräußerung von Beteiligungen an anderen Gesellschaften steuerfrei bekommen, und wenn Sie das korrigieren wollen, dann müssen Sie, Herr

(Minister Peer Steinbrück)

(A)

Rüttgers - das wissen Sie und viele werden Ihnen das bestätigen -, auch die damit verbundenen Verluste anrechnen. Richtig?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die Schwarzarbeit!)

- Einverstanden. Gucken Sie sich bitte die Entwicklung der letzten zwölf Monate an den Börsen an und insgesamt der Beteiligungswerte, die die deutschen Unternehmen haben. Dann werden Sie mir zustimmen müssen, dass sie im Augenblick in Milliardenhöhe Verluste anrechnen könnten mit dem Effekt, dass wie ein riesiger Staubsaugerrüssel in den öffentlichen Kassen etwas stattfindet, was Sie und ich gar nicht wollen. Haben Sie diese Vorstellung? Können Sie diese Argumentation nachvollziehen, wenn Sie diesen Standpunkt vertreten?

Ich kann Ihnen das an einem Beispiel konkret darlegen, ohne den Namen zu nennen. Nehmen Sie ein großes deutsches Telekommunikationsunternehmen, das in Nordrhein-Westfalen seinen Sitz hat.

(B)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Welches meinen Sie denn?)

Dann sehen Sie sich dessen Beteiligungen an und wie diese sich in den letzten 12 bis 18 Monaten entwickelt haben. Soll ich Ihnen sagen, wie sich diese Beteiligungen entwickelt haben? - Wenn diese veräußert würden, was schlagartig geschehen würde, wenn die Verluste anrechenbar wären, lägen diese bei zweistelligen Milliardenbeträgen.

Was wollen Sie? Wollen Sie das wirklich rückgängig machen mit dem Effekt, dass nicht nur Gewinne zu versteuern, sondern Verluste auch anrechenbar sind mit dem Effekt, dass dies in unsere öffentliche Haushaltslage hineinrasieren würde in einem Ausmaß, dass uns beiden Hören und Sehen vergeht? Ich wäre Ihnen dankbar, wenn solche Vorschläge zu Ende gedacht würden und nicht einfach nur aus der Hüfte geschossen würde nach dem Motto: Nun zeigen wir einmal den Sozis, wie wir mit dem Großkapital umgehen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Im Übrigen gibt es nach wie vor sehr vernünftige, unverdächtige Leute - nicht jemand, der der Agitation verdächtig ist wie ich -, die diese Freistellung der großen Unternehmen bei der Veräußerung von Beteiligungen steuersystematisch mit dem Systemwechsel vom Vollarrechnungsverfahren zum Halbeinkünfteverfahren für richtig erachten. Ich gebe Ihnen diese gerne aus dem Handelsblatt - ebenfalls sehr unverdächtig in dieser Frage. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich wäre sehr dankbar, wenn wir nach dem 22. September über dieses uns gemeinsam umtreibende Thema in eine etwas sachlichere Debatte eintreten könnten.

Die kommunale Finanzlage ist in vielen Fällen dramatisch, aber keineswegs in allen nordrhein-westfälischen Kommunen. Sie kennen mein Bild. Es ist statistisch belegt. Innerhalb eines Radius von wenigen Kilometern haben wir es mit einer Kommune zu tun, die eine Gewerbesteuerentwicklung von plus 95 % in den zwölf Monaten Juni bis Juli gehabt hat. Und gleich daneben liegt eine andere Kommune mit minus 91 %. Es sind offenbar sehr spezifische Faktoren.

Das ist eine Lage, auf die Ihr Vorwurf, die Steuerreform der Bundesregierung sei daran schuld, überhaupt nicht passt. Sie müssen mir den konkreten Paragraphen in dieser Steuerreform zeigen, der diese direkte Auswirkung auf die Kommunen hat. Sie werden ihn nicht finden. Sie werden allenfalls argumentieren können, über das veränderte Steuersystem bei den großen Kapitalgesellschaften - ich habe die beiden Fachtermini eben gebracht - ist es zu einer Ausschüttungspolitik gekommen, die in der Tat dazu geführt hat, dass wir mehr Körperschaftsteuer zurückgezahlt haben, als wir in den vergangenen Jahren empfangen haben. Daran sind die Kommunen im Steuerverbund beteiligt. Nur in diesem Segment gebe ich Ihnen Recht. (D)

Ansonsten ist die kommunale Finanzlage erkennbar abhängig von anderen Faktoren, die mit der Steuerreform der Bundesregierung überhaupt nichts zu tun haben.

Es sind übrigens ein paar Faktoren dabei, auf die Sie sich vielleicht auch einstellen könnten, nach dem Motto: Das haben nicht die Sozialdemokraten verbrochen. An der Tatsache, dass die Gewerbesteuer heute nicht mehr aus drei Kompo-

(Minister Peer Steinbrück)

(A)

nennten besteht - Lohnsummensteuer, Gewerbesteuer, Gewerbeertragsteuer -, ist bis zu einem gewissen Grade eine sozialdemokratische Bundesregierung schuld. Nach meiner Erinnerung wurde 1979/80 die Lohnsummensteuer abgeschafft. Schuld ist aber auch eine CDU/CSU-geführte Regierung, unter der die Gewerbesteuer abgeschafft wurde.

Mit Ihrer Entscheidung haben Sie die Gewerbesteuer reduziert auf eine rein konjunktur- und gewinnabhängige Einnahmequelle für die Kommunen. Das ist der Effekt. Den können Sie nicht negieren. Den können Sie uns auch nicht vorhalten.

Eine andere Entwicklung, bei der wiederum die Sozialdemokraten nicht diejenigen sind, auf die Sie einschlagen können, ist die Tatsache, dass die Kommunen zunehmend nur noch von einigen großen Gewerbesteuerzahlern abhängig sind, die, weil sie sich in Konzernstrukturen bewegen, Steuergestaltungsmöglichkeiten haben, unter denen die Kommunen leiden.

(B)

Da ist in einem Konzern einmal das große Unternehmen A, das 400 Millionen € Verlust macht, und das große Unternehmen B macht 800 Millionen € Gewinn. Die dürfen das plötzlich untereinander abrechnen - mit dem Effekt einer Reduzierung der Steuerschuld für das Unternehmen B. Kompliziert ausgedrückt heißt das Organisationsbeziehung. Das geht zurück auf Steuerrechtsänderungen von 1993/94. Das war auch Ihre Regierung.

Das ist ein weiterer Punkt, bei dem wir jedenfalls differenzierter und höflicher miteinander umgehen könnten, statt zu sagen: Der Steinbrück ist verantwortlich dafür, dass zwei Bauunternehmen in Kamen oder im mittleren Kreis Unna Pleite gehen. Das sagten Sie bei Ihrem Auftritt in der Stadthalle von Kamen. Das gehört zu der eisenhaltigen Luft eines Bundestagswahlkampfes. Aber so werden wir die Diskussion nicht fortführen können, wenn wir gemeinsam überlegen wollen, welche Konsequenzen wir zu ziehen haben, um die kommunale Einnahmenbasis zu verstärken.

Die Sozialdemokraten haben übrigens im Zuge der Steuerreform etwas gemacht, was für den Mittelstand ausgesprochen wichtig ist. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hat nämlich beschlossen, dass die Mittelständler, die Personengesellschaften, ihre Gewerbesteuer auf ihre

Einkommensteuerschuld anrechnen können. Das ist eine sehr mittelstandsfreundliche Komponente, die übrigens dazu führt, dass die Personengesellschaften in der Tat zu 95 % besser gestellt sind als die Kapitalgesellschaften. Das ist eine tolle Sache. Der Handwerker - von dem auch Herr Möllemann immer redet - oder der Sanitär-, Heizungs- und Klimatechniker mit acht oder neun Beschäftigten zahlt ja keine Gewerbesteuer. Versuchen Sie doch nicht, in diesem Raum diesen Eindruck zu vermitteln. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das tun die gar nicht. Sie sind alle über diese Steuerreform der Bundesregierung von der Gewerbesteuer befreit. Die rechnen sie an auf ihre Einkommensteuer. Und jeder, der in dem Geschäft als Steuerberater tätig ist - und davon gibt es auch in Ihren eigenen Reihen einige, die ich sehr respektiere -, wird Ihnen das bestätigen können.

Das, was für den Mittelstand an Gutem und Richtigem gemacht worden ist, hat natürlich umgekehrt für die Kommunen den Effekt, dass diese keine Vielzahl kleinerer Gewerbesteuerzahler mehr haben, sondern inzwischen weitgehend abhängig sind von einigen hoch volatil sich bewegenden großen Gewerbesteuerzahlern. (D)

Wenn wir eine Diskussion an diesen Punkten entlang führen können, dann kommen wir gemeinsam weiter. Ich bin mir ganz sicher, dass wir aus Ihrer kommunalpolitischen Verantwortung und unserer kommunalpolitischen Verantwortung letztlich auch zu einer Gemeindefinanzverfassungsreform kommen. Nach meiner Wahrnehmung liegen CDU/CSU und SPD sehr viel dichter beieinander als die SPD und z. B. die FDP. Abgesehen davon wird man nach Lage der Dinge verfassungsändernde Mehrheiten brauchen und sich ohnehin einigen müssen.

Die 510 Millionen € Mindereinnahmen im laufenden Jahr habe ich mir nicht ausgedacht. Sie haben wörtlich formuliert - ich habe mir das aufgeschrieben -: Die musste ich zugeben. Mein Gott, habe ich hinterher ein schlechtes Gewissen bekommen, weil ich die "zugeben" muss. Sie sind das Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai!

Ich stehe nicht lange an, mit Ihnen darüber in einen Streit oder möglicherweise auch in Wiedervorlagefristen einzusteigen, ob diese Summe am

(Minister Peer Steinbrück)

(A)

Ende des Jahres höher ist. Ich halte es für gut möglich.

Nur Sie vergessen auf der anderen Seite, dass wir die Ausgabenseite steuern. Ich halte es aus der heutigen Position nach wie vor für möglich - auch mit Blick auf einige große, wie ich hoffe, zum Nutzen und Frommen unserer Kasse wirkenden Einnahmefälle, mit Blick auf das sehr rigide Haushaltsmanagement nach der Haushaltssperre und in Betrachtung der Entwicklung des Länderfinanzausgleichs -, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt im Jahresabschluss vorlegen können. Vor dem Hintergrund habe ich keine Veranlassung, einen Nachtragshaushalt vorzulegen.

Im Übrigen stelle ich mit einer gewissen Belustigung fest, dass die Vorwürfe oder Aufforderungen an mich in dieser Frage absolut identisch sind mit denen, die an alle meine Kollegen auch in anderen Ländern gerichtet werden. Dort, wo Ihre Parteifreunde in der Verantwortung sind, hören Sie das von der SPD. Herr Faltlhauser hat übrigens einen Lachanfall bekommen, als ich ihm sagte, dass die CDU mir das Ausbluten der Kommunen vorwirft. Daraufhin fragte er: Die auch? - Ja. Das hört er nämlich in Bayern auch - nur umgekehrt. - Der Kollege Weimar in Hessen wird natürlich auch aufgefordert, sofort einen Nachtragshaushalt vorzulegen.

(B)

Das schwächt und relativiert etwas die doch manchmal, wie ich finde, auch in der Tonlage zu hohe Kritik, die mir entgegengehalten wird.

Letzte Bemerkung mit Blick auf Ihren Beitrag, Herr Rüttgers: Ich habe sehr genau zugehört, als Sie noch einmal gesagt haben, dass Sie eine Sanierungskoalition anbieten. Ich habe mich gefragt, was Sie dafür mitbringen. Dann sind Sie auf sieben Punkte gekommen.

Dann habe ich festgestellt, dass von diesen sieben Punkten - ich gehe sie gleich noch einmal durch - die meisten für das Land auf Mehrkosten hinauslaufen. Das hat mich verwundert. Sie hätten doch etwas mitbringen und auf den Tisch legen müssen, was weniger haushaltsbelastend ist. Gehen wir die Punkte einmal durch!

Erstens: Korrektur der Steuerreform. Dafür ist die Bundesebene zuständig, und das betrifft uns beide, wenn wir am Tisch sitzen, überhaupt nicht.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Aber Mehreinnahmen!)

(C)

- Ja, gut, aber das ist eine Ebene, bei der man darüber streiten müsste, wer wie - von mir aus auch in welcher Konstellation - auf Veränderungen eingreift, die wir zusammen aber gar nicht regeln können. Wir sind zwar stark und kräftig und auch selbstbewusst, aber noch einmal: Das Thema Steuerreform ist zunächst einmal nicht eine Zuständigkeit dieses Hauses und dieser Regierung. Sie wissen, dass wir die Steuerreform für richtig halten. Sie halten die Steuerreform nicht für richtig.

Zweitens - und da wird es interessant -: Rücknahme der Erhöhung der Gewerbesteuerumlage von 30 auf 20 %. Sie erinnern sich genau, dass diese Erhöhung der Gewerbesteuerumlage damals mit den kommunalen Spitzenverbänden im Zusammenhang mit der Steuerreform verabredet worden ist nach dem Motto: Jede Gebietskörperschaftsebene soll proportional zu ihrer Einnahmensituation an den Erleichterungen für die Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden. Sie wollen das korrigieren. Wenn Sie es korrigieren, müssen Sie dem Parlament sagen, wie Sie damit die verbundenen rund 80 Millionen € Einnahmeverluste in der Landeskasse refinanzieren. Das müssen Sie hier erklären, wie diese 80 Millionen €, auf die das Land verzichtet, jetzt finanziert werden sollten. Das tun Sie bisher nicht. Also: Das sind Mehrkosten.

(D)

Drittens: Aufgabentrennung oder -abbau. Offenbar reichen Ihnen die bisherigen Aufgabenverlagerungen nicht aus. Da brachten Sie das Beispiel des Straßenbaubetriebes, bei dem wir doch eher eine etwas kabarettistische Tonlage wahrgenommen haben. Aber nehmen wir einmal an, Sie meinen andere Dinge, wenn Sie sagen: Da müssen aber Aufgaben reduziert oder verlagert werden. Bitte, benennen Sie diese. Denn bisher haben Sie unsere Kürzungen nur kritisiert, und zwar alle. Das erste Drittel Ihrer Rede war nur eine Kritik an all unseren Kürzungen. In diesem dritten Punkt würde ich also gerne ganz konkret wissen, was die Union in einer Sanierungskoalition an konkreten Einsparungen anzubieten hätte.

Viertens: 10.500 Planstellen. Da habe ich Ihnen gesagt: The sky is the limit. Meine Großmutter würde sagen: Haben wir nicht noch ein Achtel mehr? 10.500 Stellen werden Sie nicht freima-

(Minister Peer Steinbrück)

(A)

chen können. Das ist ausgeschlossen, und das ist unreal.

Fünftens: 8.500 Lehrer bedeuten Mehrkosten.

Sechstens: Sozialer Kahlschlag wird gestoppt. Das heißt, unsere Einsparungsvorschläge werden zurückgenommen. Das bedeutet, dass wir wieder mehr refinanzieren müssten. Also: Mehrkosten!

Siebens: Plünderung der kommunalen Kassen beenden heißt, dass offenbar das Land mehr für die Kommunen bereitstellen soll. Das sind Mehrkosten.

Das gehe ich einmal durch. Vier von den sieben Positionen bedeuten Mehrkosten. Das ist Ihre Definition einer Sanierungskoalition. Das ist erstaunlich. Wenn das so ist, würde ich gerne noch einmal wissen, welche anderen Vorschläge Sie dazu haben. Diese sieben Punkte, die Sie unter "Sanierungskoalition" anbieten, sind - nehmen Sie es mir nicht übel - alle nicht belastbar. Deshalb kommt diese Sanierungskoalition ja auch nicht zustande. Das werden wir allein machen müssen und uns dabei auch erkennbar der Kritik derjenigen aussetzen, die nicht mit jeder Kürzung von uns zufrieden sind.

(B)

Herr Möllemann hat gefragt, wo denn neue Gestaltungsspielräume sind und ob wir da nicht zu kurz gesprungen sind. Darüber lasse ich gerne mit mir streiten, auch vor dem Hintergrund der Strukturprobleme, die wir nach wie vor mitzuschleppen haben und die noch nicht gelöst sind. Natürlich haben wir da noch sehr viel zu leisten.

Auf der anderen Seite, Herr Möllemann, bitte ich nicht zu unterschätzen, was es heißt, 1,3 Milliarden €, etwas weniger als 3 %, in einem Landeshaushalt wirklich zu erwirtschaften. Das hat es in der Geschichte dieses Landes noch nicht gegeben. Da Sie Erfahrungen im Umgang mit Einzelplänen und Gesamthaushalten aus ihrer früheren Zeit auf Bundesebene, auch als Minister, haben, müssten Sie eine konkrete Vorstellung davon, wie schwierig eine solche Operation ist, haben. Ich gebe Ihnen unbenommen zu, dass ich froh bin, dass diese Operation so weit gelungen ist, und lege noch einen drauf: Wir haben auch neue Gestaltungsspielräume darüber erschlossen,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

insbesondere mit Blick auf die Ganztagsbetreuung, auch mit Blick auf den Bildungsbereich und gerade mit Blick auf die Lösung der Zuwanderungsproblematik. (C)

Nach wie vor hat das Land 307 Millionen € für die Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung - was den Gestaltungsspielraum dieses Landes gerade mit Blick auf die Ruhrgebietsproblematik stärkt, auch unter Einbeziehung der kofinanzierten Mittel aus den Strukturfonds der Europäischen Union. Da wird die Landesregierung mit einem gewissen Stolz darauf hinweisen können, dass trotz eines abnehmenden Haushalts von 0,9 % zusätzliche Ressourcen mobilisiert worden sind.

Ich will jetzt nicht in eine Debatte über das Bildungssystem einsteigen, sondern Ihnen gerne bestätigen, dass mich Ihre Ausführungen zu diesem Teil vollständig überzeugt haben und auch ich zu denjenigen gehöre, die wegen der langen Zeiten, die deutsche Studentinnen und Studenten brauchen, um zu einem Abschluss zu kommen, im europäischen Vergleich alles andere als zufrieden sind. Ich teile voll und ganz die Ansicht und habe sie selbst transportiert, dass diese langen Studienzeiten vor dem Hintergrund damit entgangener Sozialversicherungsabgaben alles andere als positiv zu bewerten sind. (D)

Meine Töchter konkurrieren, wenn sie ihre Abschlüsse mit 26 oder 27 haben, mit 22- bzw. 23-jährigen Niederländerinnen, Engländerinnen und Französinen. Mein Sohn, der nach Lage der Dinge Zivildienst oder Bundeswehr macht, wird noch ein Jahr drauflegen. Dies funktioniert auf Dauer nicht, weshalb - aber da rede ich nur für mich - ich auch im Hinblick auf die lenkende Funktion von Studiengebühren die Auffassung vertritt, die bisher von der Landesregierung vorgetragen worden ist.

Übrigens: Jemand, der an dieser Stelle oder auch woanders gerne etwas ändern möchte, der wird sich nicht minder disziplinieren müssen, entsprechende Gegenvorschläge vorzutragen.

Sie haben ein Beispiel über eine Kürzung gebracht, Herr Möllemann, das uns natürlich beschäftigt. Das ist die Kürzung von 8,5 Millionen € bei der medizinisch-therapeutischen Betreuung an Schulen für Körperbehinderte. Zunächst einmal: Dieser Hinweis ist richtig. Diese Position ist gestrichen. Sie ist eine bisher vom Land freiwillig übernommene Finanzhilfe an die Schulträger - ei-

(Minister Peer Steinbrück)

(A)

ne freiwillige Maßnahme. Das Land ist dafür originär nicht zuständig. In diesem Fall sind die Schulträger die Landschaftsverbände. Welche Möglichkeiten es dort gibt, dass die Landschaftsverbände diese ihnen originär zugeordnete Aufgabe übernehmen oder weiterführen können, wird man ermitteln müssen.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Ein Landschaftsverband hat bereits erklärt, dass er das tun wird!)

- Gut, einer der Landschaftsverbände, ruft der Ministerpräsident mir zu, hat dazu schon entsprechend zusichernde Erklärungen abgegeben.

Aber dies ist ein Beispiel der vielen freiwilligen Leistungen, die das Land finanziert und die nicht den Anspruch haben, zu einer Art Dauerzahlung aus dem Landeshaushalt zu werden. Dass es darüber an der einen oder anderen Stelle Probleme geben könnte, gebe ich gerne zu.

Ihr Hinweis auf den Handwerkermeister hat Herrn Schwanhold und mich, der ich früher auch einmal Wirtschaftsminister war, sofort umgetrieben. Nennen Sie uns diesen Handwerksmeister und wir gehen der Angelegenheit nach. Ich weiß allerdings auch von vielen Fällen, dass bei solchen Veranstaltungen Hinweise gegeben werden - hier ging es wohl darum, dass 48 Kontakte zu Behörden hergestellt werden mussten -, die einer Recherche nicht standhalten.

(B)

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Finanzminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Schittges?

Peer Steinbrück, Finanzminister: Gern.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Schittges, bitte schön.

Winfried Schittges (CDU): Herr Minister, wenn ich es richtig mitbekommen habe, hat der Herr Ministerpräsident gerade dazwischengerufen, ein Landschaftsverband habe sich in dieser Angelegenheit bereits konstruktiv geäußert. Richtig ist, beide Fraktionsvorstände der CDU sind überein-

gekommen, dass die Stellenbesetzungssperre nicht zum Tragen kommen solle und die Therapeuten auf jeden Fall weiterbeschäftigt werden sollen. Diese Entscheidung ist nicht deshalb getroffen worden, weil man zu viel Geld hat, sondern ausschließlich deshalb, weil man genau weiß, dass der schulische Erfolg körperbehinderter Kinder nur mit Therapeuten möglich ist. Dies ist kein geeigneter Beitrag, Herr Minister, um Ihrer Haushaltslage entgegenzukommen. (C)

Präsident Ulrich Schmidt: Wie lautet Ihre Frage?

Peer Steinbrück, Finanzminister: Eine Frage habe ich nicht vernommen, aber ich bin für den Hinweis dankbar.

Noch einmal zurück auf den Hinweis des vermeintlichen Behördenwirrwarrs und langer Genehmigungszeiten - nicht nur in unserem Land, sondern generell in der Bundesrepublik Deutschland. Wir sind dem in vielen Fällen nachgegangen und haben festgestellt, dass das Bild von durchweg sehr langen Genehmigungszeiten in Nordrhein-Westfalen nicht korrekt ist. Es gibt dazu Untersuchungen, die wir Ihnen an die Hand geben können. Wenn es in Einzelfällen anders ist, bitte ich auch dort um die Benennung von Ross und Reitern. Hier können Sie durchaus die Dienstleistung der Landesregierung anmahnen, nach einer Lösung für diejenigen zu suchen, die über Missstände klagen, sofern sich deren Klagen als wirklich begründet herausstellen. Bei manchen Genehmigungsverfahren habe ich allerdings die Erfahrung gemacht, dass die Fehler nicht bei der Behörde, sondern bei den Antragstellern lagen. Auch das soll vorkommen.

(D)

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söf-
fing)

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zur gesamten Debatte: Ich wäre sehr froh, wenn wir in den Ausschussberatungen und in der zweiten und dritten Lesung die eher strukturellen Fragen erörtern könnten, die heute an der einen oder anderen Stelle eine Rolle gespielt haben. Was die Überzeichnungen und Verzeichnungen betrifft, die von der CDU entworfen worden sind, stelle ich fest, dass diese schon in einer ersten Replik aus der Welt geräumt werden konnten. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(A)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. - Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Diegel das Wort.

(Helmut Diegel [CDU] stolpert auf dem Weg zum Rednerpult. - Zurufe von der SPD: Herr Stoiber!)

Helmut Diegel (CDU): Das scheint bei dem einen oder anderen der gewünschte Effekt zu sein. Während Herr Stoiber noch nicht gestolpert ist, bin ich in der Tat gestolpert.

(Edgar Moron [SPD]: Es spricht der neue Kanzlerkandidat!)

- Herr Moron, es ist nicht so schlimm, wenn man hinaufstolpert. Wenn es aber wie bei Ihnen hinuntergeht, dann ist es durchaus ein Problem.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

(B)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute insbesondere durch den Finanzminister dieses Landes ein klassisches Beispiel dafür erlebt, wie man den Versuch machen kann, mit Rhetorik zu spielen und mit der deutschen Sprache über Schwächen hinwegzukommen. Es gab in der zweiten Rede von Herrn Steinbrück interessante Momente, es gibt aber im Hinblick auf seine erste Rede sicherlich auch einiges zu erwähnen.

Lieber Herr Steinbrück, als sehr interessant empfand ich die Schilderung Ihrer Erfahrungen mit Ihren Kindern in der Schule. Diese Erfahrungen sind mit meinen Erfahrungen und sicherlich auch mit den Erfahrungen vieler anderer hier identisch. Wenn aber das richtig ist, was Sie hier erklärt haben, dann stellen Ihre Ausführungen eine Bankrotterklärung für Frau Behler und die Schulpolitik in NRW dar.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU - Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist jetzt aber sehr schwach!)

Ich habe auch sehr genau Frau Behlers Gesicht gesehen. Sie hat nicht gerade erfreut geguckt. Man konnte schon feststellen, dass in ihrer Koali-

tion nicht nur Friede, Freude, Eierkuchen herrscht. (C)
Insoweit scheint es auch ein Problem dieser Landesregierung zu sein, zu einem Haushalt zu stehen, den Sie zu verantworten haben.

Meine Damen und Herren, die Menschen, die diesen Haushalt erleben, sind betroffen; das muss gesagt werden dürfen.

(Heiterkeit bei der SPD - Frank Baranowski [SPD]: Rhetorik, ja!)

Wenn die Menschen hier zu Tausenden durch Düsseldorf ziehen, dann können wir nicht so tun, als passiere das nicht oder als finde diese Demonstration grundlos statt. Noch mehr betroffen macht, dass Sie sich hier pharisäerhaft verhalten und so tun, als könnten Sie dafür nichts.

(Minister Peer Steinbrück: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Sie leugnen ja nahezu, dass Sie seit 36 Jahren in diesem Lande die Verantwortung tragen. Den Vorwurf dürfen Sie nicht an die CDU richten. Ihre Politik hat diese Auswirkungen. Die Klagen sind nur gegen Sie gerichtet. (D)

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU - Marc Jan Eumann [SPD]: Starker Beifall bei der CDU!)

Deswegen ist es schon sehr makaber, dass Sie von dieser Stelle aus erklären, die CDU solle einmal Vorschläge machen. Noch laufen die Haushaltsberatungen in diesem Lande wie folgt ab: Die Landesregierung legt einen Haushaltsentwurf vor

(Frank Baranowski [SPD]: Hat sie gemacht, ja!)

und das Parlament berät ihn.

(Frank Baranowski [SPD]: Wir sind gespannt, wie Sie uns beraten!)

Dass die Regierungskoalition keine Änderungsvorschläge machen kann, wissen wir. Sie hat keinen Handlungsspielraum, keine Masse mehr, hat der Herr Finanzminister erklärt. Dass die Opposi-

(Helmut Diegel [CDU])

(A)

tionsfraktionen dies leichter tun können, ist uns unbenommen.

In der Debatte, die wir hier geführt haben, gab es sehr interessante und gute Ansätze auch von Herrn Möllemann. Wir haben uns sehr darüber gefreut, dass er sich auch bei dem Thema Metrorapid auf uns zu bewegt hat.

(Dr. Stefan Grüll [FDP]: Was?)

- Wir wollen diese Technologie auch; der Metrorapid darf nur nicht zur Bimmelbahn degeneriert werden.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Sie können offensichtlich in diesem Hause und auch in Ihren Fraktionen nicht richtig zuhören. Denn sonst hätten Sie das Konzept unseres verkehrspolitischen Sprechers Heinz Hardt ernsthaft zur Kenntnis genommen. Dann bräuchten wir uns heute nicht über diesen Punkt zu unterhalten.

(B)

Mich und uns stimmt es nachdenklich, dass es insbesondere bei den Haushaltseckdaten strukturelle Probleme gibt, die Sie nicht mehr lösen können. Herr Möllemann hat schon angesprochen, dass es nachdenklich stimmen muss, wenn in diesem Lande mehr Geld für Zinsen ausgegeben wird als für Investitionen.

(Beifall bei der CDU)

Das muss korrigiert werden. Herr Steinbrück, an diesem Punkt fordern wir als Parlament Sie auf, mit uns gemeinsam zu überlegen, wie wir diese strukturellen Veränderungen angehen können, die wir nicht nur in diesem Bereich, sondern auch bei der Personalpolitik und insbesondere bei der Strukturveränderung vermissen.

Herr Finanzminister, In Ihrer ersten Einlassung haben Sie einen interessanten Satz gesagt, den ich wiederhole: "Wer nicht konsolidiert, meidet politische Verantwortung; er taugt nicht zum Regieren, weil er die Zukunft heute verfrühstückt." - Das ist völlig richtig. Nur stellt sich die Frage, was Sie in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten denn getan haben.

In diesem Zusammenhang stelle ich fest, dass Sie, Herr Finanzminister und Herr Ministerpräsident, nur von finanzieller und sozialer Nachhaltigkeit reden, aber eine permanente Ressourcenverschiebung betreiben. Sie türmen jedes Jahr neue Schulden auf. Es werden nicht weniger, sondern mehr Schulden. Sie reden von Zukunftsinvestitionen und geben stattdessen immer mehr Geld für Konsum aus. Sie haben die Investitionsquote in diesem Land nahezu halbiert. Das hat dieses Land in den letzten 20 Jahren rund 100.000 Arbeitsplätze gekostet. So sieht die Wahrheit in diesem Lande aus. (C)

(Beifall bei der CDU)

Sie reden regelmäßig - auch heute wieder - von Strukturveränderungen. Wir fordern Sie auf: Dann führen Sie diese doch durch. Sie zementieren aber nur die mittelmäßigen Strukturen dieses Landes. Packen Sie die Probleme an, die sich Ihnen auf dem Feld der Personalpolitik und in Bezug auf die Aufgabenkritik stellen. Herr Rüttgers hat unsere Bereitschaft erklärt, Ihnen dabei zur Seite zu stehen und mitzuarbeiten. Aber Sie sind ja noch nicht einmal bereit, mit uns im Parlament ehrlich über die Haushaltszahlen 2002 zu reden.

(Minister Peer Steinbrück: So schlecht waren sie nicht!) (D)

Sie reden von Effizienz und Transparenz, aber schaffen immer neue Nebenhaushalte, Gesellschaften und Beraterrunden. Selbst der Landesrechnungshof hat inzwischen die sich dort ergebenden Schnittstellen angeprangert. Das muss Sie doch nachdenklich machen.

Wenn man sich die Bilanz von Herrn Clement ansieht und schaut, wie er mit seiner Handschrift die Politik gestaltet, stellt man fest: Das kostet alles nur Geld. Ich erinnere an die verfehlte Verwaltungsstrukturreform, an HDO, an die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und an die Zusammenlegung von Innen- und Justizministerium.

Die Frage, wie es sich ums Stadttor verhandelt hat und inwieweit die Noventa und Herr Langer hier eine Rolle gespielt haben, werden wir in den Ausschüssen weiter beraten müssen. Nach den neuesten Recherchen des "Kölner Stadt-Anzeiger" ist ganz offensichtlich auf die Nachfragen unserer Kolleginnen und Kollegen im Haushalts- und Finanzausschuss dieses Parlamentes nicht die Wahrheit gesagt worden.

(Helmut Diegel [CDU])

(A)

(Minister Dr. Michael Vesper: Dazu hat der Ministerpräsident doch gerade etwas gesagt!)

Sollte sich diese Vermutung bestätigen, wird das noch Folgen haben. Am nächsten Dienstag werden wir deswegen im Ausschuss für Haushaltskontrolle zu dieser Frage einen Sondertagesordnungspunkt verlangen.

Herr Finanzminister, ich nehme Ihnen ab, dass Sie gerne sparen möchten. Aber dazu bräuchten Sie einen Ministerpräsidenten an Ihrer Seite, der Ihnen dabei hilft; denn die Verteilungskämpfe zwischen Ihren Kolleginnen und Kollegen sind voll entbrannt.

Bisher müssen wir allerdings feststellen, dass dieser Ministerpräsident auf die Finanzen wenig Rücksicht genommen hat. Seit er Ministerpräsident dieses Landes ist, sind die Schulden um rund 15 Milliarden € - von 75 Milliarden € auf rund 90 Milliarden € - gestiegen. Machen wir uns nichts vor: Der Ministerpräsident setzt diesen Weg in die Pleite mit hohem Tempo fort. Selbst wenn Sie wollten, könnten Sie sich ganz offensichtlich nicht mehr dagegen wehren.

(B)

Im Bereich des Ministerpräsidenten und in Bezug auf eine Konsolidierung fielen bisher nur Worte. Der Herr Ministerpräsident rühmt sich hier als Macher. Davon ist aber wenig zu erkennen. Spitze ist er allerdings im Schuldenmachen. Wir könnten ihm den Titel als Schuldenmacher in diesem Land verleihen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Finanzminister, Sie haben sich in Ihrer Rede auf die Kosten im Personalbereich bezogen und gesagt:

"Auf der anderen Seite gibt es zwangsläufige Mehrkosten, insbesondere im Personalbereich."

Lügen wir uns doch nicht in die Tasche. Wieso ist das zwangsläufig? Schon vor vielen Jahren, noch zu Zeiten von Ministerpräsident Rau, wurde erklärt: Wir brauchen eine Erwirtschaftung von 10.000 kw-Stellen. Mein Fraktionskollege Rüttgers hat vorhin ausgeführt, dass Sie dabei kaum von der Stelle kommen. Bis heute sind erst 1.500 kW-

Stellen erwirtschaftet worden. Weit mehr als 9.000 Stellen sind noch übrig. Wie wollen Sie diese denn erwirtschaften, wenn Sie immer mehr neue Stellen schaffen? (C)

(Widerspruch von Ministerpräsident Wolfgang Clement - Ernst-Martin Walsken [SPD]: Sie wollen doch noch mehr Stellen!)

- Herr Ministerpräsident, darüber brauchen Sie gar nicht zu lachen.

Es hat uns schon verwundert, weshalb der Finanzminister ---

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Wissen Sie, warum ich dazwischenrufe? - Weil Sie ein Ehrabschneider sind! Und das bin ich leid, Herr Kollege, damit Sie das ganz klar wissen!)

- Herr Präsident, ich weiß nicht, ob das der neue Stil der Auseinandersetzung zwischen Abgeordneten und dem Ministerpräsidenten ist. Aber das kann der Präsident entscheiden.

Vizepräsident Jan Söffing: Herr Ministerpräsident und Herr Diegel, bitte denken Sie beide bei Ihren Wortbeiträgen darüber nach, was Sie dem politischen Gegner vorwerfen. (D)

Helmut Diegel (CDU): Ich akzeptiere natürlich, was der Präsident hier sagt. Ich möchte nur noch einmal erwähnen, dass ich mich nicht auf das Niveau des Ministerpräsidenten und seiner Verbalattacken herablassen werde.

(Beifall bei der CDU)

Politische Auseinandersetzungen sind dazu da, dass man sich an Fakten hält. Eines der Fakten war, dass der Herr Finanzminister für das kommende Haushaltsjahr 2.700 kw-Stellen erwirtschaften wollte. Bei der Vorlage des Haushalts stellten wir fest, dass er hiervon 1.200 Stellen gestrichen hat.

Mit anderen Worten: Schon zu diesem Zeitpunkt hat er erklärt, dass er nur noch knapp 50 % der angekündigten kw-Stellen erwirtschaften werde. Das macht nachdenklich, Herr Finanzminister.

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Viel nachdenklicher macht aber in der Tat die Frage der Pensionen. Unser Fraktionsvorsitzender Jürgen Rüttgers hat schon erklärt, mit welchem Brimborium in der Staatskanzlei verkündet wurde, dass man sich um die Pensionsvorsorge kümmern wolle. Es sollte ein Pensionsfonds eingerichtet werden, bei dem für jeden neu eingestellten Beamten 6.000 € zur Verfügung gestellt werden. Wir finden in diesem Haushalt nicht einen Cent.

Dann kommen wir zu der Mär, die der Finanzminister immer wieder hier in den Raum stellt und übrigens auch falsch verbreitet: Die 1,5%ige Stellenkürzung, die wir anbieten, würde nur 200 Stellen erwirtschaften.

(Edgar Moron [SPD]: 375!)

- Oder 375.

(Frank Baranowski [SPD]: Das ist Ihnen alles egal!)

- (B) Herr Moron und liebe Kollegen von der SPD-Fraktion, ich will es Ihnen - weil es bisher immer nur verfälscht dargestellt wird - einmal richtig darstellen: Die CDU-Fraktion geht davon aus, dass wir uns bei der Zahl der Stellen im Lande Nordrhein-Westfalen auf einem Stellensoll von 340.000 bewegen. Von diesen 340.000 Stellen wollen wir in der Tat die Stellen im Schul- und Hochschulbereich sowie im Bereich Justiz und Polizei nicht mit einer dementsprechenden linearen Kürzung versehen.

(Edgar Moron [SPD]: Finanzverwaltung auch noch!)

Dann bleiben, Herr Moron, 90.000 Stellen über. Wir können Ihnen gerne das Konzept zeigen, das wir bereits vor Jahren der Presse vorgelegt haben und das bei uns in der Fraktion jederzeit frei verfügbar ist.

Von diesen 90.000 Stellen sollen 1,5 % erwirtschaftet werden - und das sind 6.000 Stellen. Meine Damen und Herren, diese 6.000 Stellen haben wir in der Tat für den Schulbereich zur Verfügung gestellt. Da gehören sie hin. Und da sind sie auch solide gegenfinanziert.

(Lothar Niggeloh [SPD]: Betriebsbedingte Kündigungen oder wie?)

Ihre Finanzierung bei der Lehrerstellenvermehrung war eine ganz andere. Die Lehrerstellenvermehrung hieß bei Ihnen: Wir schaffen auch 6.000 neue Lehrerstellen, aber wir werden eine Spar-Kommission einrichten, und diese Spar-Kommission wird die dementsprechenden Kürzungen erwirtschaften. (C)

(Zuruf von Edgar Moron [SPD])

- Herr Moron, seien Sie doch ehrlich, geben Sie es doch zu, dass diese Spar-Kommission versagt hat. Diese Spar-Kommission hat eben keine Kompensation gefunden. Da sind im Promillebereich ein paar Millionen herausgesprungen.

Jetzt komme ich zu einem Punkt, Herr Finanzminister, der uns hier in der CDU-Fraktion sehr bewegt. Es geht um die Frage des so genannten Haushaltsansatzes für die Steuereinnahmen. Herr Finanzminister, Sie haben erklärt, dass die Steuereinnahmen 2003 mit rund 37 Milliarden € angesetzt seien, und - jetzt kommt es - wir reden dabei davon, dass dies ein Zuwachs gegenüber dem Haushaltsansatz 2002 von nur 0,8 % sei.

Die Zahl 0,8 % ist zutreffend, wenn man den Haushaltsansatz 36,8 Milliarden € nimmt, also Ihren ursprünglichen Ansatz für den Haushalt 2002. (D)

Frau Präsidentin Scholle, ich glaube, Sie werden mir sofort zustimmen: Wir haben in der Zwischenzeit eine völlig andere Situation. Der Finanzminister hat erklärt, er habe eine Haushaltssperre und er müsse 510 Millionen € korrigieren. Wenn wir diese 510 Millionen € auf der Einnahmenseite korrigieren, haben wir eben keine 0,8 % mehr als Basis. Dann handelt es sich nicht mehr um einen Zuwachs von 276 Millionen € von der Basis Haushaltsansatz 2002 gegenüber 2003, sondern dann geht es um 786 Millionen €, und dann reden wir schon über 2,1 %.

Ich finde es erstaunlich, Herr Finanzminister, wie Sie hier mit diesen Zahlen spielen. Ich möchte Ihnen noch einmal vor Augen führen, wie denn die tatsächliche Situation im Haushaltsvollzug aussieht. Dazu haben Sie nur wenige Worte gesagt. Der Haushaltsvollzug 2002 wird von Ihnen nicht regelmäßig dokumentiert und leider auch nicht dem Parlament mitgeteilt.

(Frank Baranowski [SPD]: Sie können ja fragen!)

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Der Monatsbericht des Bundesministers der Finanzen weist für Nordrhein-Westfalen für das erste Halbjahr bei den Steuereinnahmen rund 16 Milliarden € aus. Sie wollen rund 36 Milliarden € erreichen. Herr Finanzminister, wenn Sie diese Zahl verdoppeln, kommen Sie vielleicht auf 32 oder 33 Milliarden €.

Dann kommt immer Ihre Mär von den Sondereffekten. Diese Sondereffekte haben Sie im Juli eingestellt. Wir haben auch dies einmal hochgerechnet. Da kommen Sie in der Tat zu Ihrer Steigerung von 0,8 %. Allerdings reichen diese 0,8 % nicht aus, um die Einnahmenlücke auf der Seite des Haushalts Nordrhein-Westfalen 2001/2002 zu schließen.

Ich möchte Sie herzlich bitten und auffordern - wenn Sie in der Tat einen konstruktiven Beitrag für die Haushaltsberatung leisten wollen -, uns regelmäßig die Einnahmensituation dieses Landes mitzuteilen. In anderen Ländern, Herr Walsken, ist das gang und gäbe. Sie waren damals auf den Bereisungen in Bayern und auch in Hessen. Jeden Monat erhalten sie dort die Ist-Aufstellung der Steuereinnahmen. Hier in Nordrhein-Westfalen bekommen wir sie leider Gottes nicht. Ich denke, es ist angebracht, dass das Parlament regelmäßig unterrichtet wird.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch etwas zur Verfassungsgrenze im Haushaltsentwurf 2003 sagen. Es ist schon angesprochen worden: Die Verfassungsgrenze liegt 73 Millionen € entfernt. 73 Millionen € bei einem Haushalt von über 47 Milliarden € - das ist eine Winzigkeit, das liegt im Promillebereich.

Es gibt zwei Unbekannte bzw. ganz schwierige Ecken in Ihrem Haushalt, und zwar unabhängig von der Frage der Steuereinnahmenseite. Das sind die so genannten Einnahmen bei der LEG und bei den Studiengebühren.

Bei der LEG wollen Sie 100 Millionen € erlösen. Diesen Betrag haben Sie bisher nicht. Sie haben noch nicht einmal einen Käufer. Sie haben für die LEG auch noch nicht einmal ein Gutachten anfertigen lassen, das Sie überhaupt berechtigt, diesen Preis in den Haushalt einzustellen.

(Minister Peer Steinbrück: Wir haben noch 15 Monate Zeit!)

- In der Tat, Sie haben 15 Monate Zeit. Wir werden sehr genau beobachten, ob Sie im Haushaltsvollzug diese Planung tatsächlich umsetzen können. Das ist der einzige und der billige Trick, der darin besteht, sich über eine Verfassungswidrigkeitsgrenze des Haushaltsplans gegenüber dem Haushaltsvollzug zu retten. (C)

Kommen wir zu der zweiten schwierigen Ecke, den Studiengebühren. Da stehen auf der Einnahmenseite 130 Millionen €.

(Minister Peer Steinbrück: 109!)

- Dann nehmen wir von mir aus jetzt 109 Millionen €. Das sind immer noch mehr als 73 Millionen €, die Sie von der Verfassungswidrigkeitsgrenze entfernt sind. Wenn mich nicht alles täuscht, hat die grüne Fraktion am Wochenende beschlossen, diese Studiengebühren nicht mit Ihnen zu beschließen. Das ist kein Problem mehr beim Haushaltsvollzug. Da haben Sie keine 15 Monate mehr Zeit, sondern das müssen Sie in den nächsten Wochen erklären. Dann haben Sie in diesem Parlament keine Mehrheit. Die FDP will das nicht, die CDU will das nicht und Ihr grüner Koalitionspartner will das auch nicht. Herr Finanzminister und Herr Ministerpräsident, dann ist Ihr Haushalt schlichtweg verfassungswidrig. (D)

(Beifall bei der CDU - Edgar Moron [SPD]: Daran scheitert nichts!)

Beim Haushalt 2003 gibt es aber noch mehr Probleme. Bisher haben wir uns immer sehr stark auf die Ausgabenseite konzentriert. Sie haben das hier heute zum ersten Mal eingeräumt. Wir haben aber auch ein Riesenproblem auf der Einnahmenseite. Es besteht in der Tat nicht nur bei der Körperschaftsteuer, sondern auch bei der Umsatzsteuer und bei der Lohnsteuer.

Herr Finanzminister, ich bitte Sie, uns einmal zu belegen, wie Sie bei der Umsatzsteuer auf eine Einnahme von 9,2 Milliarden € kommen. Vorausgesetzt, dass Sie die Umsatzsteuereinnahmen des Haushalts 2002 wie geplant realisieren und darauf Ihre 2,5 % tatsächlich erwirtschaften, kommt man im Höchstfall auf 9,025 Milliarden €. Das sind 175 Millionen € weniger als veranschlagt. Bisher sind Sie jeden plausiblen Beweis für die Standhaftigkeit Ihrer Zahl schuldig geblieben.

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Des Weiteren haben Sie ein Problem bei der Lohnsteuer. Es ist völlig klar: In den Zeiten, wo die Arbeitslosigkeit nicht sinkt, wie Sie es erwartet haben und Ihr Kanzler versprochen hat, sondern wo sie weiter steigt, wo die Pleitewelle über Deutschland hinwegrollt und Unternehmen schließen, stellen wir fest, dass die Lohnsteuereinnahmen ebenfalls unsicher werden. Nach unseren Berechnungen wird das mehr als eine halbe Milliarde Euro sein. Auch darüber müssen wir uns auseinander setzen und Sie in der Tat bitten, uns eine ehrliche Berechnungsgrundlage zu liefern.

Bei der Körperschaftsteuer, meine Damen und Herren, stellen wir noch einen anderen interessanten Faktor fest. Sie haben bei der Körperschaftsteuer für 2003 rd. 400 Millionen € weniger veranschlagt als im Haushalt 2002. Das lässt darauf schließen, dass Sie an Ihre eigenen Zahlen im Haushalt 2002 nicht mehr glauben.

Die Körperschaftsteuer ist in der Tat zu einer Ausschüttungssteuer geworden. Sie ist das nicht nur deshalb geworden, weil Beteiligungen steuerfrei veräußert werden konnten. Sie ist es insbesondere auch deshalb geworden, weil bereits versteuerte Rücklagen diesbezüglich geltend gemacht werden konnten.

(B)

Herr Steinbrück, die Ursachen für diese Unsicherheit auf der Einnahmenseite sind nicht gottgegeben, sind nicht über Sie hereingebrochen, sondern das ist, Frau Müller und Herr Steinbrück, eine Folge Ihrer Politik. Das ist im Wesentlichen die Folge der rot-grünen Steuerreform, sonst nichts.

(Beifall bei der CDU)

Herr Steinbrück, Sie haben sich vorhin hier hingestellt und dem Kollegen Rüttgers erklärt: Darauf haben wir wenig Einfluss. Das ist völlig falsch. Genau Sie sind derjenige, der als Architekt in Berlin, nämlich als Sprecher der SPD-Finanzpolitiker, genau diese Steuerreform auf den Weg gebracht hat. Sie haben sie im Bundesrat durchgewinkt. Sie hier sind die Verantwortlichen für diese rot-grüne Steuerreform.

(Beifall bei der CDU)

Und da beklagen Sie sich darüber, dass die Wirtschaftspolitik nicht besser wird. Kein Wunder: Wenn man durch Steuern drangsaliert wird oder,

wie Herr Möllemann und andere es dargestellt haben, mit so vielen Belastungen bei einer Geschäftspolitik zu tun hat, dann kommt das dabei heraus. (C)

Meine Damen und Herren, nach der November-Schätzung, so denke ich, werden wir uns hier wiedersehen. Es wird zu einer Ergänzungslieferung kommen.

Wir erwarten von Ihnen, Herr Finanzminister, zwei Dinge:

Erstens. Zum Haushaltsvollzug müssen Sie uns einen Nachtrag präsentieren, um die Verhältnisse deutlich zu machen und die Zahlen zu korrigieren.

Zweitens. Darauf aufbauend brauchen wir einen Haushalt 2003, für den der entsprechende Haushaltsentwurf ebenfalls angepasst werden muss. Denn die Zahlen der November-Schätzung werden - das merken wir schon jetzt - von der Mai-Steuerschätzung gravierend abweichen. Tun Sie doch bitte nicht so, als ob Sie das nicht wüssten! Ihre Beamten im Finanzministerium sind doch viel besser informiert, als Sie es hier glauben machen wollen.

Wir gehen davon aus, dass Sie mit der Nummer, die Sie im letzten Jahr gefahren haben, nämlich einen Haushaltsentwurf beschließen zu lassen und zwei Tage später Steuermindereinnahmen in Milliardenhöhe zu verkünden nicht mehr durchkommen. Sie werden mit einem Überraschungscoup hier nicht mehr durchkommen. Sie können nicht mehr überrascht sein. Sie kennen die Daten. Sie kennen die Prognosen. Spätestens nach der November-Steuerschätzung gibt es hier Handlungsbedarf. - Vielen Dank. (D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Diegel. Jetzt hat Herr Ministerpräsident Clement das Wort.

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es tut mir Leid, aber ich möchte gern erklären, warum ich auf Ehrabschneidungen so reagiert habe, wie ich reagiert habe. Es geschah in einem Zwiegespräch, das in der Tat außerhalb der Ordnung des Parla-

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A)

ments lag. Aber das hat auch etwas mit der persönlichen Befindlichkeit zu tun.

Ich habe vorhin erläutert, was es mit den Vorwürfen, bezogen auf das Stadttor, mich und Herrn Langer, auf sich hat. Ich habe das sehr ausführlich getan. Ich tue es vor dem Hintergrund eines Berichts im "Kölner Stadt-Anzeiger", der offensichtlich von Ihnen, Herr Diegel, veranlasst worden ist. Die Methode ist immer die gleiche: Es wird irgendein Vermerk aus der Staatskanzlei oder aus einem Ministerium - in diesem Fall aus der Staatskanzlei - einem Journalisten zugespielt. Der beschreibt das dann alles. In dem Artikel heißt es, dass der CDU-Finanzexperte Diegel aufgrund der neuen Sachlage Widersprüche sieht. Zitat:

"Ich verlange Aufklärung, ob das Parlament mit Vorsatz belogen worden ist. Es muss jetzt der politisch Verantwortliche ermittelt werden. Filz hat einen Kopf."

(B)

Das haben Sie öffentlich gesagt, bevor diese Debatte begonnen hat. Daraufhin habe ich das erläutert. Ich erwarte eigentlich unter fairen Bedingungen, dass man darauf reagiert und nicht erklärt: Dann wollen wir mal sehen, was daraus wird. - Das ist das, was ich, um es Ihnen klar zu sagen, als Ehrabschneidung bezeichne.

Ich fordere Sie auf, das, was Sie sagen, zu überprüfen - Sie haben ja den Vermerk - und morgen dazu alle aufgeführten Beteiligten zu hören. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie dann zurücknehmen, dass Sie mich öffentlich der Lüge bezichtigen. - Das, damit ich Ihnen klar gesagt habe, weshalb ich auf solche Vorgehensweise, wie Sie sie praktizieren, so reagiere, wie ich reagiere. Ich werde das auch in Zukunft so tun. - Schönen Dank.

Vizepräsident Jan Söffing: Für die SPD hat Herr Kollege Walsken das Wort.

Ernst-Martin Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist offensichtlich so, Herr Ministerpräsident, dass Worte immer weniger inhaltliche Bedeutung bekommen. Man sagt schnell etwas dahin, versucht, jemanden anzugreifen, niederzumachen, und hat dann nicht den Charakter und nicht die Fähigkeit, Dinge zu-

rückzunehmen, wenn man sich offensichtlich vergaloppiert hat. Ich wäre außerordentlich dankbar, wenn der CDU-Kollege Diegel die Chance, die der Ministerpräsident jetzt noch einmal eröffnet hat, auch wahrnehmen und die Größe zeigen würde, Dinge zu korrigieren, die man offensichtlich falsch in die Welt gesetzt hat. (C)

(Beifall bei der SPD)

Ich hatte die heutige Debatte um den Haushalt mit einiger Spannung erwartet. Was kommt heute? Wird es eine Generalabrechnung der Opposition mit der Landesregierung geben? Wird es einen konstruktiven Dialog über alternative Politikkonzepte geben? Ich denke, es ist völlig richtig, was Kollege Möllemann gesagt hat: Wahlkampf ist auch eine Angelegenheit, bei der man unterschiedliche politische Positionen darstellen kann, um sich an diesen unterschiedlichen politischen Positionen auch zu profilieren und dem Wähler ein Angebot zu machen, wie man sich Politik alternativ zu anderen vorstellt.

Das ist heute in Ansätzen gelungen, zumindest wenn ich die Beiträge des Kollegen Möllemann betrachte, weil ich das Gefühl habe, dass hier ein ernsthafter Versuch unternommen worden ist, die tatsächlichen Probleme unserer Gesellschaft, die tatsächlichen Probleme der Politik anzufassen, auf sie einzugehen und mit ihnen umzugehen. (D)

(Beifall bei der FDP)

Ich stimme nicht mit dem überein, was von Kollege Möllemann zu vielen Punkten gesagt worden ist, in einigen schon. Ich will sie aber um des Koalitionsfriedens willen, zu dem wir uns verpflichtet haben, nicht nennen. Denn das ist nicht so wichtig. Wichtig ist, die Punkte zu nennen, bei denen Unterschiede bestehen.

Unterschiede sind da, wo behauptet wird, dass die Steuerlast, die Lohnnebenkostenlast Probleme seien, die die Investitionen in dieser Republik verhinderten. Ich bin der festen Überzeugung, dass diese Behauptung nicht stimmt. Wir haben nicht nur in der letzten Legislaturperiode durch eine unglaublich große Steuerreform eine ungeheure finanzielle Entlastung des Mittelstandes und der Wirtschaft erreicht, sondern wir haben auch durch die Ökosteuer eine deutliche Entlastung der Lohnnebenkosten bewirkt. Aber beides zusammen hat eben noch nicht den wirtschaftspolitischen Effekt zusätzlicher Arbeitsplätze gebracht.

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A)

Ich glaube auch, wenn ich die deutschen Lohnnebenkosten und die deutsche Steuerlast mit anderen europäischen Ländern, mit anderen Industrieländern vergleiche, dass das nicht das Problem unserer Gesellschaft darstellt. Ich glaube, wir liegen im Augenblick, was die Belastung anbelangt, relativ gut. In den nächsten Jahren werden wir aber demographische Entwicklungen haben - dieses Problem ist zu wenig beleuchtet worden -, die uns Deutsche, aber auch ganz Westeuropa in besonderem Maße belasten. Denn die Zahl derjenigen, die in das Sozialversicherungssystem hineinwachsen, wird in den nächsten 20 Jahren so gewaltig steigen, dass die Zahl derjenigen, die das erwirtschaften sollen, nicht dazu in der Lage sein wird. Das heißt, wir bekommen Diskrepanzen zwischen denen, die Leistungen wollen, und denen, die diese Leistungen bezahlen müssen. Das wird eines der Hauptprobleme darstellen, mit denen wir es in den nächsten Jahren zu tun haben werden.

(B)

Ich bin außerordentlich dankbar, dass Riester in seiner Rentenreform bereits eine künftige Belastung der Sozialversicherungssysteme abgewendet hat, indem er einen individuellen zusätzlichen Beitrag zur Alterssicherung verlangt hat. Das werden die Menschen auch tun müssen, wenn sie künftig nicht aus den Sozialversicherungssystemen herausfallen wollen, wenn sie nicht riskieren wollen, dass diejenigen, die die Abgabenlasten bewältigen sollen, dazu nicht mehr in der Lage sind, weil die Belastung zu groß wird. Das ist eines der Hauptprobleme und nicht so sehr die Frage, ob die Lohnnebenkosten und die Steuerlast zu hoch sind. Eine weitere Senkung wird nicht zu dem erwarteten Wirtschaftswachstum führen.

Allerdings haben wir ein ganz anderes Problem, das der Qualifizierung der Arbeitnehmer in unserer Gesellschaft. Unsere Finanzfachleute sind vor ein paar Tagen bei Herrn Lüthje von der Westdeutschen Landesbank gewesen. Da wurde uns explizit erklärt: Unser Problem in Deutschland ist die fehlende Qualifizierung der Arbeitnehmerschaft. Das kann man beweisen. Ich kann das anhand der realen Entwicklung in meinem Wahlkreis belegen. Dort sagt die mittelständische Industrie: Wir brauchen Fachleute, die beispielsweise in der Lage sind, die bisherigen mechanischen Betriebsabläufe - Maschinensteuerung - auf computergesteuerte Maschinen umzustellen. Es fehlt das qualifizierte Personal, das in der Lage ist, ei-

nen solchen Umstellungsprozess auf die heutigen modernen Apparate darstellen zu können. (C)

Ich könnte das Thema auf weiteren Ebenen fortführen wie dem Weggang der Deutschen Bank aus Düsseldorf und den Regionen und die Zentralisierung auf Frankfurt. Das Gleiche geschieht bei der Dresdner Bank und der Commerzbank. Dazu gehören auch der Niedergang der Düsseldorfer Börse und der Niedergang des Standortes Frankfurt. Wenn die Deutsche Bank nicht in Frankfurt ansässig wäre, wäre Frankfurt kein Bankenplatz mehr. Die Deutsche Bank will weg von Frankfurt und würde am liebsten nach London gehen. Dann ist Frankfurt als Bankenplatz platt.

Das qualifizierte Personal, das diese Banken- und Dienstleistungsgesellschaften hier gehabt haben, gibt es nicht mehr. Teilweise haben wir es noch bei der WestLB, bei den großen Sparkassen und bei den Versicherungen in Nordrhein-Westfalen, auch hier in Düsseldorf. Aber in der Breite ist uns qualifiziertes Finanzmanagement verloren gegangen, nicht nur in Nordrhein-Westfalen, nicht nur am Standort Düsseldorf, sondern mittlerweile auch in Frankfurt oder in Hamburg, die bisher solches Personal gebunden haben. Wenn wir diese Entwicklung des mangelnden Führungspersonals, qualifizierten Personals für bestimmte Fachsegmente aus den Augen verlieren, werden wir in der Tat den Wirtschaftsstandort Deutschland, den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen verlieren. Das geschieht nicht wegen der Lohnnebenkosten oder der Steuerlast; das sind meines Erachtens die geringeren Probleme. Die eigentlichen Probleme liegen viel tiefer.

(D)

Ich bin froh, dass in unserem Haushaltsplan, in unserer Wirtschaftspolitik in Richtung Biotechnologie, Gentechnologie, in Richtung Infrastruktur auch im Verkehrsbereich einige ganz deutliche Hinweise gegeben werden, wie man, was die öffentlichen Rahmenbedingungen anbelangt, Entwicklungen stimulieren und vorantreiben kann. Vor allen Dingen auch die Effizienzsteigerung der Universitäten im Ruhrgebiet wird dazu führen, dass wir die Effizienz von Forschungseinrichtungen und ihre Umsetzungsmöglichkeiten in die Wirtschaft verbessern, um damit den notwendigen Boden für Arbeitsplätze, für Wachstum und Entwicklung in Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Aber da haben wir noch einiges vor uns. Das hängt in der Tat mit dem Klima und Energien zusammen, die man in einen solchen Prozess einbringen muss.

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A)

Dieser Prozess ist in Nordrhein-Westfalen ungleich schwieriger als in Bayern. In Bayern ist das alles in München, in einer Region, konzentriert. Die Regionen Niederbayern, Oberpfalz und Franken haben höhere Arbeitslosenzahlen und geringeres Wirtschaftswachstum als das Ruhrgebiet, Probleme beim Bruttosozialprodukt und stehen wesentlich schlechter da. In Bayern ist das auf München konzentriert, während es in Nordrhein-Westfalen auf verschiedene Standorte konzentriert ist.

Die Aufgabe, diese Effekte zu konzentrieren und daraus einen Prozess zu machen, ist viel schwieriger als das, was Bayern hinter sich gebracht hat; das geschah übrigens jahrzehntelang mit unserem Geld. Wir müssen darauf achten, dass wir mit unserer Entwicklung nicht zu kurz greifen, sondern vielmehr diese Prozesse aufgreifen und sie positiv nach vorn bringen. Die Entwicklung des Finanzplatzes Düsseldorf ist ein Thema, das wir in den nächsten Jahren forciert diskutieren müssen. Die Umsetzung von Forschungsqualitäten in wirtschaftliche Prozesse werden wir zunehmend beachten müssen.

(B)

Ich bin außerordentlich froh, dass beispielsweise der Metrorapid mittlerweile ein Symbolwert ist, der den Menschen im Ruhrgebiet das Gefühl gibt, dass die wirtschaftliche, die industrielle, die technische Entwicklung im Ruhrgebiet wieder vorankommt. Gerade das Ruhrgebiet war jahrzehntelang Motor der industriellen Entwicklung und kann jetzt wieder Motor werden. Dafür ist der Metrorapid symbolhaft; er ist allein deshalb notwendig, um das Gefühl der Menschen im Ruhrgebiet zu forcieren und auch zu streicheln, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung zum Positiven verändert. Ich bedauere, dass Sie in der CDU dies nicht erkannt haben. Kollege Mahlberg wird Ihnen berichten können, dass er mit der "Rheinischen Post" in Laeken gewesen ist und darüber Diskussionen mit Bürgern geführt hat. Ein Professor der Universität Duisburg bekannte, er sei schon immer CDU-Wähler gewesen, sehe sich jetzt aber aufgrund der merkwürdigen Position der CDU zum Metrorapid zum ersten Mal gezwungen, über Alternativen nachzudenken. Es müsste Ihnen selbst zu denken geben, dass Ihre Bedenken hinsichtlich der Strecke und des Geldes eigentlich nur eine Eierei ist und Sie sich aus taktischen Gründen nicht zu einer klaren politischen Position bekennen können. Das wird Ihnen schaden; dessen bin ich mir sicher. Sie wären gut beraten, Ihre

Position zu überdenken und ihr zu einer klaren Kontur zu verhelfen. (C)

Ich habe außerordentlich bedauert, dass der Oppositionsführer der Versuchung nicht widerstehen konnte, Rhetorik an die Stelle von Argumenten zu setzen. Ich habe nur Rhetorik gehört. Normalerweise müsste die Rede eines Oppositionsführers den Blutdruck und den Adrenalin Spiegel nach oben treiben. Ich bin noch nie so ruhig gewesen wie bei der Rede von Herrn Rüttgers zum diesjährigen Haushaltsentwurf. Sie war dermaßen schwach, dass ich nur fragen kann: Was hat die Opposition eigentlich zu bieten?

Die Addition von Einzelproblemen des Haushalts ist noch keine Politik. Natürlich kann man einzeln aufführen, wo jeweils ein paar tausend Euro oder eine Stelle gestrichen worden sind. Das alles kann man addieren und uns als Ergebnis unserer Politik auf den Tisch legen; wir können es zur Kenntnis nehmen und im gleichen Atemzug nach Alternativen fragen.

Man kann nicht verkünden, Kürzungen rückgängig machen zu wollen, aber gleichzeitig kritisieren, die konsumtiven Ausgaben seien zu hoch. Man kann nicht sagen, ihr müsst mehr investieren, uns aber gleichzeitig vorwerfen, die Schulden seien zu hoch. Aus dem Bündel der Probleme, die auf dem Tisch liegen, müssen doch eine politische Linie, eine Zielsetzung und die Richtung erkennbar sein, die die CDU einschlagen will. Eine solche Zielangabe habe ich nicht erkannt. Das lag wahrlich nicht an mir, sondern daran, dass man offenbar bei der Opposition nicht einmal mehr den Versuch macht, über das Stadium der billigen Rhetorik hinaus zu einer wahrhaft politischen Konzeption zu finden.

(D)

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

In dieser Hinsicht bin ich in diesem Hause Besseres gewöhnt. Herr Kollege Linssen hat uns früher ebenso wie andere mehr ins Schwitzen gebracht. Wenn der Kollege Biedenkopf, den ich auch noch hier im Landtag erleben durfte, geredet hat, dann war Ministerpräsident Rau richtig engagiert und musste tatsächlich kämpfen, um da mitzuhalten. Das war spannend. Mittlerweile lässt das Diskussionsniveau ein Fehlen von strategischen und politischen Linien erkennen, dass ich mich frage, wozu Beiträge der Opposition im Landtag noch auf der Tagesordnung stehen.

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A)

Sie reden von Stellenabbau. Mein Gott, Kollege Diegel weiß es doch am besten: Jede einzelne Stelle, die kw gestellt ist, ist durch Organisationsgutachten kw gestellt. Es lagen Organisationsgutachten von Instituten vor, die mit der Landesregierung besprochen worden sind und die alle Behörden des Landes bis in den kleinsten Winkel durchleuchtet haben. Nach Abschluss dieser Organisationsgutachten, in deren Rahmen jedes Haus untersucht worden ist und in denen für jeden Winkel der Landesregierung kw-Stellen ausgewiesen worden sind, sagt die Opposition, es müssten mehr Stellen abgebaut werden. Es hat einen Anschein von Willkür, wenn Sie verlangen, es müssten noch 1.800 Stellen mehr pro Jahr abgebaut werden. Es hat doch willkürlichen Charakter, wenn Sie nicht sagen, welche Aufgaben Ihrer Meinung nach nicht mehr durch das Land erledigt werden sollen, wenn Sie nicht sagen, in welchen Bereichen, an welcher Stelle das Personal konkret abgebaut werden soll.

(B)

Sie begnügen sich damit, Ihre Forderungen in allgemeinen Formulierungen darzulegen, lassen aber Ihre konkrete politische Alternative vermissen, wo, an welcher Stelle und mit welchen Methoden sie erfüllt werden sollen. Da kann ich nur sagen: Sehen Sie sich einmal Ihre Reden an. Sie reden jahrelang davon, dass Mischfinanzierungen abgebaut werden sollen, dass die kommunale Seite wie die Landesseite ihre jeweiligen Aufgaben erfüllen sollen. Jetzt fangen wir an ein paar Punkten an, uns zurückzuziehen und die kommunale Seite selbst entscheiden zu lassen, ob sie bestimmte Aufgaben erledigen will oder nicht. Darauf reagieren Sie, indem Sie sagen: Um Gottes willen, das Land zieht sich zurück, und die armen Kommunen werden von dem böartigen Land gebeutelt.

Dabei tun wir nur eines: Wir sagen den Kommunen, dass sie nicht mehr auf den goldenen Zügel des Landes zu achten brauchen, sondern eigenständig entscheiden können, ob sie bestimmte Aufgaben noch wahrnehmen wollen oder nicht. Wir sind nicht mehr diejenigen, die mit dem kleinen Stückchen Brot voranlaufen, um die Kommunen zu animieren, entsprechende Entscheidungen zu treffen. Wir bauen Mischfinanzierungen ab, wir vereinfachen die Bürokratie. Das passt Ihnen erst recht nicht; Sie sagen, das sei ein Abbau der kommunalen Souveränität. Sie müssen sich wirklich allmählich überlegen, wie Sie inhaltlich-sachlich mit den Vorhaben umgehen, die die Lan-

desregierung mit dem Haushaltsentwurf vorgelegt hat. (C)

Mittlerweile kommt in jeder Rede des Kollegen Rüttgers die Formulierung vor, die SPD solle sich schämen. Nach der Rede, die er gehalten hat, weiß ich nicht, wer sich hier wirklich schämen muss. Ich will beispielhaft nur drei Punkte im Hinblick auf Glaubwürdigkeit und Wahrhaftigkeit der Opposition nennen.

Erstens beklagt der Oppositionsführer hier im Landtag, dass die Landesregierung "Geld statt Stellen" gekürzt hat; dafür hat sie aber 1.229 neue Stellen finanziert. Wir tun genau das, was die Opposition uns seit Jahren vorhält. Sie will "Geld statt Stellen" nicht und verlangt, wir sollten Planstellen einführen. Jetzt machen wir das; prompt verkündet der Oppositionsführer, es sei unglaublich, "Geld statt Stellen" zu kürzen. Wo ist denn da die Logik? Wo ist die Konsistenz Ihrer Politik?

Nehmen wir ein anderes Beispiel, die regionale Kulturförderung. Als sie eingeführt wurde, hat die Opposition lauthals geschrien, das sei doch nur ein Profilierungsinstrument der Landesregierung. Sie hat jahrelang Anträge gestellt, die regionale Kulturpolitik platt zu machen und die Gelder für andere Positionen zur Verfügung zu stellen. Jetzt ist im Haushaltsplanentwurf eine Kürzung der Position vorgesehen. Da kommt der Oppositionsführer und sagt: Das ist ein unglaublicher Vorgang, dass die regionale Kulturförderung gekürzt wird. - Dabei wird nichts anderes getan als das, was die Opposition jahrelang von uns verlangt hat. Ich frage Sie wieder: Was ist die Logik Ihrer Politik?

(D)

Nehmen wir den dritten Fall - der Finanzminister hat schon korrekterweise darauf hingewiesen -: die Schulpauschale. Ich will es jetzt zum dritten Mal sagen, weil der Herr Oppositionsführer in permanenter Ablehnung von Argumenten immer wieder darauf herumreitet.

Wir haben gesagt: 460 Millionen € pro Jahr, vier Jahre lang, bis zum Ende der Legislaturperiode. Voriges Jahr haben wir 500 gegeben, also haben wir 40 zu viel gegeben. Die holen wir dieses Jahr zurück. Nächstes Jahr sind wir wieder bei 460. Sie können das - es steht im Protokoll - nachlesen. Es hat gar keinen Sinn, dass immer wieder behauptet wird, es werde um 40 Millionen gekürzt.

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A)

Nein, meine Damen und Herren, Sie machen es sich zu leicht, was Ihre Argumentation anbelangt.

Der Oppositionsführer hat gemeint, draußen seien 10.000 Demonstranten, und die seien das Volk. Das war seine Einstellung: Das ist das Volk. - Nein, das Volk sind 18 Millionen Nordrhein-Westfalen, auch die 10.000, die demonstrieren wollten. Ich habe gehört, es waren keine 10.000. Das Volk hat die Opposition heute ziemlich im Stich gelassen.

(Zuruf von Antonius Rüsenberg
[CDU])

- Erkundigen Sie sich einmal, wie viele wirklich da waren, Herr Rüsenberg!

Ich sage ganz offen: Selbst wenn es nur zehn sind - die Regierungsfaktionen haben sich immer mit all denjenigen, die Bedenken haben oder die von Kürzungen betroffen sind, auseinander gesetzt. Wir werden das auch weiterhin tun. Wir werden jeden hören. Wir werden natürlich abwägen, ob es bei dem bleibt, was im Haushaltsentwurf steht, oder ob wir Veränderungen vornehmen. Deshalb braucht niemand Sorge zu haben, dass, auch wenn heute Demonstrationen angekündigt waren und jemand nicht da war, sein Anliegen unter den Tisch fiele. Wir werden uns den Anliegen widmen.

(B)

In der weiteren Bewertung der Diskussion sage ich aber auch: Die Addition - der Finanzminister hat das völlig korrekt gesagt - der einzelnen Interessen von Bürgern, die draußen demonstrieren, ist nicht das Gemeinwohl, sondern das Gemeinwohl ist die Abwägung der einzelnen Interessen und das Formen zu einem gemeinschaftlichen Interesse im Rahmen dessen, was wir finanziell zur Verfügung haben und ausgeben können.

Deshalb wird auch die Opposition gezwungen sein, sich aus dieser Situation der Addition der Einzelinteressen heraus auf eine Diskussion darüber einzulassen, was denn eigentlich Allgemeinwohl ist. Es wird Zeit, dass man aus der Phase der Phraseologie heraus endlich einmal in die Phase der konkreten Politik kommt.

Kollege Diegel hat gemeint, die 100 Millionen LEG seien schon verfassungswidrig. Der Haushaltsplanentwurf ist, wie er vorgelegt worden ist, ver-

fassungskonform, weil die Kreditaufnahme um 73 Millionen € unterhalb der Investitionsgrenze liegt. (C)

Wenn die 100 Millionen € bei der Einnahme nicht kommen sollten, wird man gezwungen sein, Einnahmen in Höhe von 100 Millionen € zu sparen. Das kann man nicht im Vollzug dem Kreditwege überlassen. Das weiß der Finanzminister genauso, wie jeder andere es auch weiß.

Wir wissen auch, dass die Verhandlungen über den Verkauf der LEG mit Sicherheit mehr als 100 Millionen € bringen. Welche Summe genau herauskommt, wissen wir nicht, weil es noch intensive Bewertungsverhandlungen zwischen den einzelnen Beteiligten gibt. Aber dass da etwas kommt und diese Hausnummer für das nächste Jahr realistisch ist, davon können alle Beteiligten ausgehen.

Ich sage das vor dem Hintergrund, dass es noch gar nicht so lange her ist - es war vor Herrn Rüttgers -, als Herr Diegel noch mit dem Brustton der Überzeugung hier erklärt hat, man könne im Landeshaushalt ohne weiteres 1,5 Milliarden Einnahmen einsetzen, wenn man die WestLB verkaufen würde. Das war ein Antrag hier im Haus. Da hat er sich nicht darüber aufgeregt, ob das denn realistisch oder vernünftig sei. Er hat gemeint, das gehöre zum Ritual der Opposition. (D)

Meine Damen und Herren, hätten wir das getan, hätte die CDU keinen Grund gehabt, am Sparkessengesetz und am WestLB-Gesetz mitzuwirken. Gut, dass wir es nicht getan haben; so war sie wenigstens gezwungen, sich an diesem Diskussionsprozess konstruktiv zu beteiligen.

Meine Damen und Herren, wir haben einiges im Land Nordrhein-Westfalen zu tun, selbstverständlich. Es gibt natürlich Probleme; das ist überhaupt keine Frage. Die 3,8 Milliarden, die wir in den nächsten Jahren im Ruhrgebiet investieren werden, zeigen auch, dass wir genau wissen, wo der Schuh drückt, und dass wir auch da versuchen müssen, die Wachstumsimpulse so zu stimulieren, dass es wieder zu einem Wachstum kommt. Das wissen wir.

Etwas zu tun, bedeutet allerdings auch für die Opposition, realistisch mitzumachen und sich nicht in einen Schmollwinkel zurückzuziehen und zu sagen: Die Regierung macht sowieso alles

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A)

falsch, und wir haben nichts damit zu tun. - Auch Sie sind Bürger von Nordrhein-Westfalen. Auch Sie sind verpflichtet, sich für die Bürger persönlich und als politische Partei und Fraktion zu engagieren und zum Wohl des Landes beizutragen. Dazu fordere ich Sie auf. Sie haben noch genug Zeit. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Walsken. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Loben fördert die Motivation. Deswegen fange ich einmal mit dem Lobenswerten an, was hier gerade von einigen Vordnern bemerkt wurde. Es ist ja viel und lange debattiert worden. Es ist ausgeführt worden, dass die mangelnden Investitionen wesentlicher Grund, aber nicht der einzige Grund für die hohe Arbeitslosigkeit seien.

(B)

Herr Kollege Walsken hat die mangelnde Qualifizierung der Arbeitnehmerschaft angesprochen. Auch das ist richtig. Er hat ferner gesagt, dass ein Verhältnis zwischen denen, die Leistung haben wollen, und denjenigen, die diese Leistung aufbringen müssten, so sein muss, dass Letztere die Mehrzahl sind. Das ist alles zutreffend.

Ich empfehle allerdings doch die nähere Lektüre zum Thema Steuerentlastung. Die Annahme, dass die von Ihren Parteien im Deutschen Bundestag verantwortete Steuerreform, auch unter Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen im Bundesrat verantwortete Steuerreform zu einer Verbesserung des Mittelstandes geführt hat, ist falsch. Vielmehr wurden durch die zusätzlichen Belastungen wie Ökosteuer, Versicherungssteuer und Tabaksteuer per saldo die und die Personengesellschaften stärker belastet.

(Ewald Groth [GRÜNE]: 5 % Einkommenssteuersatz!)

Eine Sache, die wiederum sehr richtig bemerkt worden ist: Wir haben mit Blick auf die Probleme in diesem Land Nordrhein-Westfalen - die haben wir in der Tat nicht erst seit gestern, sondern

(C)
schon etwas länger; mir fällt ein, dass der eine oder andere in diesem Haus auch schon etwas länger dafür Verantwortung trägt - keine Monokausalität.

Herr Walsken hat ein paar Punkte angeführt, die ich mit Freude gehört habe, etwa dass die Bio- und Gentechnologie, die Investitionen in Verkehrswege, der Metrorapid als Chance begriffen würden, dass das alles Projekte und Vorhaben seien, die das Land Nordrhein-Westfalen und die 18 Millionen Menschen, die in diesem Land leben, nach vorne bringen, ihnen wieder Perspektiven eröffnen sollten. Aber wenn ich mir den kleineren Koalitionspartner ansehe, wird es für mich haarig.

(D)
Herr Walsken hat gerade immer von "dem" Oppositionsführer gesprochen. Ich habe mich die ganze Zeit gefragt, wer das denn sein möge. Jedenfalls: Die Grünen als kleinerer Koalitionspartner hatten am Wochenende einen Landesparteirat. In dem Beschluss dieses Landesparteiirates kann man etwas sehr Wichtiges nachlesen, dass nämlich eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik das Ziel sein muss. Man kann weiter lesen, dass die Grundlagen einer langfristigen nachhaltigen Entwicklung zu legen, Einnahmen und Ausgaben darauf abzustimmen, die natürlichen Lebensgrundlagen für die gegenwärtige und zukünftige Generationen zu erhalten Ziele einer nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik sein müssen. Aber wenn ich einen Absatz weiter lese, wird es haarig. Denn als Begründung wird einfach angeführt: Diese nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik soll die Handlungsfähigkeit des Staates langfristig sichern. Weiter steht dazu nichts.

Meine Damen und Herren, es geht nicht nur darum, die Handlungsfähigkeit des Staates langfristig zu sichern, es geht darum, wieder Freiheit und Gestaltungsspielräume auch für die Menschen in unserem Land herzustellen und sie nicht durch die Verschuldung und die Zinsen, wie nachher richtig ausgeführt wird, zu knebeln. Meine Damen und Herren, Sie haben an dieser Stelle eine solche Erblast aufgebaut - der eine mehr, der andere weniger; das muss jeder mit sich selber ausmachen -, die wir schleunigst abtragen müssen. Wenn ich mir dann ansehe, mit welchen Rezepten welche "Patentlösungen" angeboten werden, schauert es mich weiter.

Von 1995, als die Grünen in diesem Land mit der Verantwortung übernommen haben, haben wir eine Schuldenentwicklung von 61,7 Milliarden €

(Angela Freimuth [FDP])

(A)

auf mehr als 83 Milliarden € im Jahre 2001. Für eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ist das eine ganz beachtliche Bilanz.

Sie kritisieren die Zinsentwicklung, Sie sagen, dass es unverantwortlich ist, dass wir so viel für Zinsen ausgeben müssen und damit im Grunde genommen für eine Vergangenheitsbewältigung aufkommen müssen. Meine lieben Kollegen von den Grünen, in der Zeit, in der Sie in diesem Land mit die Verantwortung tragen, haben sich die Zinsen wie folgt entwickelt: 1995 3,9 Milliarden €, für das Jahr 2003 sind 4,8 Milliarden € vorgesehen. Das ist ein "gelungenes" Beispiel für eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik.

Was von den Grünen sehr markant aufgegriffen wird - auch zu Recht -, das ist, dass uns die Personalkosten im Land Nordrhein-Westfalen zu erdrücken drohen. Man kann nur sagen, dass trotz allem ein Anstieg der Personalkosten zu verzeichnen ist.

(B)

Herr Walsken, ich finde es schon bemerkenswert, wenn Sie hier auf Organisationsgutachten und die kw-Vermerke, die danach zu erbringen sind, verweisen, als sei das ein Erfolg. Wenn es uns nicht gelingt, diesen Staat strukturell zu entschlacken und zu verschlanken, wenn wir den Staat nicht auf ein Weniger reduzieren, wenn wir den Menschen nicht mehr Freiheit und Eigenverantwortung geben, die Bürokratie nicht wirklich reduzieren und Aufgaben rigoros abbauen, dann werden wir die Personalkosten nicht senken und dann werden sich auch die Verschuldung und die Zinsen nicht senken lassen. Wir müssen diesen Staat rigoros verschlanken und zurückfahren.

Wir haben als FDP-Fraktion mit dem Bürokratieabbaugesetz und auch in den vergangenen Haushaltsberatungen in diesem Hause einige Vorschläge gemacht. Bedauerlicherweise sind sie nach dem Bürstenprinzip einfach abgelehnt worden. Darüber ist nicht mit der erforderlichen Ernsthaftigkeit diskutiert worden, die Sie von der Opposition fordern, aber selber nicht aufbringen wollen. Die FDP-Fraktion ist immer bereit gewesen, mit Ihnen konstruktiv nach wirklichen Lösungen für die Probleme der Menschen in unserem Land zu suchen. Aber von Ihnen ist das immer, aus welchen Gründen auch immer, einfach weggewischt worden, ohne dass man einmal wirklich ernsthaft in die Strukturdebatte eingestiegen ist.

In den Redebeiträgen fast aller Fraktionen und auch mit dem Finanzminister und dem Ministerpräsidenten bestand Einigkeit, dass, wenn es uns nicht gelingt, die Arbeitslosigkeit in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen in den Griff zu kriegen, wir das Problem der wegbrechenden Steuereinnahmen nicht lösen. Es ist völlig egal, mit welcher Steuerreform wir uns da über die Runden retten wollen. Das verschiebt das Ganze nur um ein, zwei Jahre. Wir werden weder die Einnahmeseite des Landeshaushalts noch die finanzielle Situation unserer sozialen Sicherungssysteme nachhaltig gestalten können, wenn wir nicht das Problem der Arbeitslosigkeit in den Griff bekommen.

Für eine der Fraktionen scheint das offensichtlich gar kein Thema zu sein. Bei ihren Leitlinien zur parlamentarischen Verhandlung zum Landeshaushalt 2003 steht bei den Grünen nicht ein einziges Wort über die Schaffung von Arbeitsplätzen, es steht dort kein einziges Wort zur Investitionsförderung, kein einziges Wort über mehr Forschung und mehr Existenzgründungen in unserem Land, kein einziges Wort von Bürokratieabbau, kein einziges Wort davon, wieder Freiräume und Gestaltungsräume zu schaffen, kein einziges Wort von Verschlinkung des Staates, kein einziges Wort von Aufgabenreduzierung und von der Notwendigkeit struktureller Veränderungen. Das hat der grüne Parteirat beschlossen. Es wird interessant sein, wie sich die Fraktion dazu verhält.

(D)

Mich würde in dem Zusammenhang natürlich interessieren, wie sich die grünen Minister auf diesem Parteirat verhalten haben. Wenn man etwas weiter liest, sieht man, dass bei den Grünen nicht nur die gerade genannten Themen keine Rolle spielen. Im Gegenteil: Die Grünen sehen weitere Einsparmöglichkeiten im Etat im Bereich Infrastruktur und Straßenbau, im Bereich der Investitions- und Mittelstandsförderung, im Bereich der forschungspolitischen Vorhaben.

Liebe Kollegen der Sozialdemokraten, das, was Ihr Sprecher als die große Errungenschaft dieser Landesregierung bezeichnet hat, von der ich mich manchmal frage, woraus besteht die eigentlich und wer trägt die - bei dem einen Partner gewinne ich zunehmend mehr Zweifel -, wird von den Grünen als Supereinsparmöglichkeit bezeichnet. Da kann man wirklich ins Grübeln kommen. Man muss feststellen, die Grünen sind in der Realität nicht angekommen, für sie scheint das Thema Arbeitslosigkeit nicht die geringste Bedeutung zu

(Angela Freimuth [FDP])

(A)

haben. Für die Grünen besteht eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit darin, dass alle irgendwie in den Staatsdienst überführt werden und wir möglichst viele AB-Stellen schaffen.

Meine Damen und Herren, wir als FDP haben eine grundlegend andere Auffassung als die Grünen. Wir glauben, dass der Staat nicht der Heilsbringer ist. Beim Staat kann kein Wirtschaftswachstum entstehen. Aber Wirtschaftswachstum ist in unserem Land dringend notwendig.

Wenn gerade vom Finanzminister auf die freiwilligen Leistungen z. B. bei behinderten Kindern und Jugendlichen abgestellt wird und man die völlige Ohnmacht erklärt, man müsse dort unbedingt einsparen, dann frage ich mich, warum die Geldmittel, die z. B. für die Informationskampagne ökologischer Landbau im Höhn-Ministerium angesetzt sind, von 500.000 € auf 730.000 € erhöht werden. Wenn mich nicht alles täuscht, zwingt nichts und niemand diese Landesregierung dazu, solche Informationskampagnen durchzuführen und den Ansatz aufzustocken.

(Beifall bei der FDP)

(B)

Wenn Sie schon bei freiwilligen Leistungen anfangen, dann würde ich mir wünschen, dass Sie nicht bei den Schwächsten in dieser Gesellschaft anfangen, sondern bei den Dingen, die Ihre ureigenste Organisationszuständigkeit betreffen.

Im Gegensatz zu den Grünen, aber auch zu dem einen oder anderen in diesem Hause wollen wir Liberalen wieder mehr Platz für Kreativität, für die Übernahme von Eigenverantwortung und für die Realisierung von individuellen Lebenskonzepten. Wir wollen, dass Menschen wieder leistungsbereit und leistungsfähig sind. Dazu gehört u. a. dringend, dass wir - auch auf Bundesebene - mit dem Gewicht Nordrhein-Westfalens einige Veränderungen herbeiführen. Wir müssen zu einem einfacheren und gerechteren Steuersystem mit niedrigeren Steuersätzen kommen. Anders werden wir für die Menschen keine Anreize schaffen, wieder Erwerbstätigkeit auszuüben, Leistung zu erbringen, Arbeitsplätze zu schaffen und Investitionen zu tätigen.

Meine Damen und Herren, wir müssen wieder zu einer Wirksamkeit des Abstandsgebots zwischen Erwerbseinkommen und Sozialleistungen kom-

men. Wir müssen dringend die Reform der sozialen Sicherungssystemen angehen. Ich glaube, Kollege Walsken hat es vorhin gesagt: Wir haben eine demographische Entwicklung, die auch die bestehenden Sozialversicherungssysteme, die auf dem reinen Solidargedanken beruhen, nur noch für einige wenige Jahre retten können. Danach haben wir wieder die gleichen Probleme, die wir heute diskutieren. Deswegen müssen wir dort zu einer grundsätzlich anderen Lösung kommen. Ich sage noch einmal: Das Bürgergeld ist ein richtiger Ansatz. Kapitalgedeckte Vorsorgesysteme sind eine notwendige und wirkungsvolle Ergänzung. (C)

Hier hat das Land Nordrhein-Westfalen stärker bundespolitischen Einfluss auszuüben. In anderen Bereichen macht es dies auch. Ich erwarte von diesem Land, genauso wie bei den Bereichen, die der Finanzminister angesprochen hat, was den Abbau von Mischfinanzierungen und von Mischkompetenzen angeht, dass wir zu einer klaren, vernünftigen und transparenten Regelung für unser Land kommen. Ich bin zuversichtlich, dass wir diese strukturellen Haushaltsdefizite, die wir haben, wirklich aufarbeiten können. Da werden wir als Liberale konstruktiv mitarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

(D)

Vizepräsident Jan Söffing: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Technik ist mal wieder abgestürzt. Wir werden die Sitzung für zwei bis drei Minuten unterbrechen.

(Kurze Unterbrechung)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Technik ist wieder gerichtet. Wir könnten weitermachen, und ich könnte der Kollegin Müller das Wort erteilen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- Mit einem Applaus, wunderbar! So machen wir das. Vielleicht könnte man den Kolleginnen und Kollegen im Foyer Bescheid sagen, dass wir hier im Saal weitermachen.

Damit hat die Kollegin Edith Müller für Bündnis 90/Grüne das Wort.

Edith Müller (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine bemerk-

(Edith Müller [GRÜNE])

(A)

kenswerte Äußerung von Herrn Möllemann ist, meine ich, im Nachgang in der Beratung etwas untergegangen. Ich möchte daran erinnern. Er hat gesagt: Die Ära Kohl ist vor vier Jahren, 1998, zu Recht zu Ende gegangen, die damalige Regierung ist zu Recht abgewählt worden. - Wenn ich mich recht erinnere, war es auch eine Ära liberal. Deswegen freue ich mich, wenn die Opposition in diesem Hause endlich erkennt, was wir versucht haben klarzumachen,

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

nämlich dass das Motto 1998 nur lauten konnte: Abwahl dieser Bundesregierung - Bruch mit dem Reformstau - vorwärts mit einer rot-grünen Bundesregierung!

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der FDP)

Wenn das Konsens in der Opposition ist, dann haben wir einen echten Lernfortschritt erzielt.

(B)

Aber, meine Damen und Herren, das reicht nicht. Die Frage ist ja: Warum gab es diesen Reformstau? Was war der tiefere Kern des Problems der Ära Kohl Ende 1998? Meine These ist: Gerade die Missstände in der Wirtschafts- und Finanzpolitik haben zu dem Desaster geführt, das uns als Erbe hinterlassen wurde, nämlich 4,5 Millionen Arbeitslose, 745 Milliarden € Schulden. Jede vierte Mark musste Hans Eichel 1998 in die Zinsen stecken. Bereits im Jahre 2001, meine Damen und Herren, also drei Jahre später, hatten wir die Arbeitslosigkeit - auch das muss in dieser Debatte gesagt werden - auf 3,6 Millionen abgesenkt. Wenn Sie uns jetzt vorwerfen, wir hätten die Quote beim Absenken der Arbeitslosigkeit nicht geschafft, dann kann ich Ihnen nur die Binsenwahrheit mitteilen, die Dick Morris am Wochenende zum Kanzlerduell geäußert hat.

"Die Arbeitsplätze werden nicht vom Kanzler gemacht." Diese Wahrheit, meine Damen und Herren, muss die Opposition zur Kenntnis nehmen, auch wenn es ihr schwerfällt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In dem Zusammenhang möchte ich gern, verehrter Herr Kollege Rüttgers, Sie sind freundlicher-

weise hier im Saal geblieben, auf ein Zitat von Ihnen zu sprechen kommen, dass ich in der "Süddeutschen" mit Interesse zur Kenntnis nehmen konnte. Sie schreiben: (C)

"Wir müssen es in den drei Monaten nach der Wahl schaffen, den Konjunkturmotor wieder anzuwerfen."

Wenn ich das richtig verstehe, dann setzen Sie sich in die "Limousine Bundesrepublik", stecken den Zündschlüssel ein und ab geht die Post mit neuen Arbeitsplätzen. So haben Sie sich das offensichtlich gedacht.

Aber noch einmal, meine Damen und Herren: Arbeitsplätze werden nicht vom Kanzler gemacht, Arbeitsplätze entstehen dann - und so hat es die rot-grüne Bundesregierung gemacht -, wenn Wirtschafts- und Finanzpolitik kohärent in eine Richtung steuern, wirklich Entlastungen für die Gehälter bringen, Entlastungen für die Unternehmen bringen und in der Wirtschaftspolitik vor allen Dingen - das ist das Entscheidende - eine Richtung vorgeben. Es ist zutreffend, wenn Herr Möllemann sagt: Wachstum ist gering und wenigstens muss man soviel Wachstum erreichen, dass Rationalisierungspotenziale und -effekte kompensiert werden. Aber wir haben ein Wachstum auf hohem Niveau, und zu glauben, das ginge in der Bundesrepublik immer so weiter, ist gerade der liberale Irrtum. Deswegen fehlt es Ihnen, meine Damen und Herren, an der Idee der Wirtschaftspolitik. Wir sagen: Wir brauchen eine ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik. Dort entstehen in der Zukunft Wachstumspotenziale. Diese Wahrheit leugnen Sie noch, und deswegen werden Sie auch am 22.09. nicht eine Schnitte bei der Wahl zur neuen Bundesregierung haben. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN - Angela Freimuth [FDP]: Wann beginnt die Zukunft? 2012?)

Wir haben den Reformstau aufgelöst und eine Steuerreform ins Leben gerufen, die größte - das muss man immer wieder sagen, auch Ihnen, Frau Freimuth -, die es in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat. Wenn ich Sie darauf hinweisen darf, Herr Kollege Rüttgers: Es waren Ihre Gefolgsleute, die auch im Bundesrat dieser Steuerreform zugestimmt haben - auch daran muss man gelegentlich erinnern.

(Edith Müller [GRÜNE])

(A)

Ich sage Ihnen: Wir haben den Spitzensteuersatz von 53 % in 1998 - das war auch Ihr gemeinsames Werk - um fünf Prozentpunkte abgesenkt. Wir haben den Eingangssteuersatz abgesenkt von 25,9 % in 1998 auf 15 % in 2005. Wir werden den Grundfreibetrag anheben von 6.322 € auf 7.664 € in 2005. Wir - nicht Sie - haben dafür gesorgt, dass die unteren Einkommensgruppen stark entlastet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bereits jetzt liegt der Eingangssteuersatz bei 19,9 %. Das ist eine Absenkung um 6 Prozentpunkte. Der Grundfreibetrag - man höre und staune, aber das tun Sie ja nicht mehr - ist angestiegen auf 7.235 €. Das heißt, der Grundfreibetrag heute in der Bundesrepublik im Unterschied zu 1998 ist um 1.000 € gestiegen, das sind fast 2.000 DM mehr, und das ist wirklich viel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen, meine Damen und Herren, mit dieser Steuerreform programmatisch vorgehen. Wir wollen ein steuerfreies Grundeinkommen, und diese rot-grüne Bundesregierung hat den Kurs in diese Richtung gesteuert.

(B)

Auch der Mittelstand - das muss übrigens gesagt werden - profitiert davon. Er profitiert zusätzlich von der Absenkung des Spitzensteuersatzes. Dieser liegt bereits jetzt nur noch bei 48,5 %. Das ist ein ganz wichtiger Fortschritt. Sagen Sie mir nicht, der Mittelstand sei nicht entlastet worden. Bis 2005 werden wir weitere Schritte umsetzen, das wissen Sie. Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass eine Absenkung auf unter 40 % - so wie die CDU es fordert, Sie liegen nicht nur ganz im Trend, sondern sogar noch weiter darunter - die große Zahl an Arbeitsplätzen bringt. Wem wollen Sie das eigentlich noch verkaufen? Das ist lächerlich, aus meiner Sicht reinste Wahlpropaganda.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch eins sagen: Die nächste Stufe der Reform ist nicht wie ursprünglich vorgesehen in 2003 zu ermöglichen. Das bedauern wir wirklich sehr. Aber angesichts der Situation, die wir im Osten zu bewältigen haben, ist diese Entscheidung, den nächsten Reformschritt um ein

Jahr zu verschieben, richtig. Denn es ist besser, (C)
wir zahlen das heute als später.

Vizepräsident Jan Söffing: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Edith Müller (GRÜNE): Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage. An die CDU gerichtet kann ich nur sagen: Sie sollten sich schämen für das Herumgeeiere, das Sie uns hier im Rahmen dieser Beschlussfassung zur Regelung der Schäden bei den Flutopfern vorführen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erst sagen Sie, sie lehnen die Steuerreform ab, jetzt wollen Sie unsere nächste Stufe unbedingt exekutieren, dann stimmen Sie im Bundestag unserem Vorschlag zur Regelung zu und sagen: Das holen wir nach der Wahl aber wieder zurück. Wenn die Bürgerinnen und Bürger das noch nachvollziehen können, dann sind sie bestimmt klüger als ich es bin. Ich finde, das ist 150-%iges Herumgeeiere, und damit werden Sie in dieser Wahl keine Chancen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D)

Außerdem - auch das muss gesagt werden - ist uns im Gegensatz zu Ihnen - und das ist verwunderlich, denn immerhin war es Theo Waigel, der diesen Pakt ins Leben gerufen hat - der Stabilitätspakt heilig. Heilig ist vielleicht nicht ganz das richtige Wort, soll aber nur unterstreichen, dass wir die Stabilität des Euro nicht leichtfertig aufs Spiel setzen wollen, so wie Sie es tun, indem Sie zur Deckung der Schäden aus der Flutkatastrophe den Bundesbankgewinn verwenden wollen. Wenn Sie nur halbwegs seriös wären, würden Sie den Mund an dieser Stelle nicht so voll nehmen. Denn Sie haben - und das noch einmal zur Vergangenheit - die Wiedervereinigung durch eine immense Verschuldung finanziert und gehofft, die Rechnung erst am Sankt-Nimmerleins-Tag begleichen zu müssen. Dass dieser Tag so früh kommen würde, dass bereits heute sowohl die öffentlichen Haushalte als auch die Sozialversicherungssysteme schwer belastet sind, damit haben Sie nicht gerechnet.

Meine Damen und Herren, zur Reform der Körperschaftssteuer: Eine Mär, die Sie versuchen, im Lande zu verbreiten. Sie verbreiten eine Nebel-

(Edith Müller [GRÜNE])

(A)

wolke nach der anderen. Ich kann das Lied bald nicht mehr hören, dass die großen Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland keine Steuern mehr zahlen.

Sie tun gerade so, als hätten wir die Steuern für Unternehmen auf null gesetzt. Glauben Sie mir: Ich finde es ehrlich gesagt ziemlich komisch, wenn ich Herrn Stoiber in der Rolle des Robin Hood landauf landab zur Kenntnis nehmen muss.

Was ist denn Fakt? Wir haben bei der Reform der Körperschaftsteuer zum einen die Steuersätze auf ein international verträgliches Maß, nämlich von 40 % auf jetzt 25 %, gebracht. Und wir haben zum anderen einen Systemwechsel in der Berechnung der Steuer vorgenommen, auch im Sinne einer europäischen Anpassung. Wir haben das zu Ihren Zeiten gültige Anrechnungsverfahren durch das so genannte Halbeinkünfteverfahren ersetzt. Damit haben wir uns einem internationalen Trend zur Abkehr vom Anrechnungsverfahren angeschlossen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B)

Es ist mitnichten so, meine Damen und Herren, dass die Großen keine Steuern mehr bezahlen müssen. Außerdem hat Ihr System, meine Damen und Herren von der Opposition, dazu geführt, dass die Kapitalgesellschaften aufgrund eines erhöhten Steuersatzes für einbehaltene Gewinne ein Steuerguthaben von über 30 Milliarden € aufgebaut haben. Das heißt nichts anderes als dass Sie hier bis 1998 Schulden gemacht haben, die Herr Eichel und Herr Steinbrück jetzt zurückzahlen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Durch die Umstellung der Anrechnungssysteme und sicherlich auch vor dem Hintergrund einer Talfahrt an den Börsen und einer schwachen Konjunktur haben die Unternehmen nun mehr Gewinnrücklagen ausgeschüttet, als das zuvor der Fall gewesen ist. Diese Tendenz konnte niemand - auch nicht Sie, auch nicht Frau Freimuth, auch nicht Herr Diegel, auch nicht Herr Rüttgers, auch nicht Herr Möllemann - voraussehen.

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung. Wären zu der Zeit Ihrer finanzpolitischen Verantwortung für diese Steuerguthaben Rücklagen gebildet worden

- denn es war ja klar, dass irgendwann der Tag der Rückzahlung kommen würde -, dann hätten wir heute kein solches Desaster in Bezug auf den Einbruch der Körperschaftsteuern. Diese Verantwortung laste ich Ihnen an. Das geht auf Ihr Konto und nicht auf das Konto der rot-grünen Steuerreform. (C)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Heute zu sagen, Rot-Grün hätte in der Steuerpolitik versagt, ist ein verdammt falsches Spiel, wenn man sich diese Sachverhalte anschaut. Gott sei Dank ist es aber auch ein durchsichtiges Spiel.

Ich möchte mit einem weiteren Klischee aufräumen. Das muss man immer wieder sagen. Die Leier, der Mittelstand sei durch diese Steuerreform schlechter weggekommen, ist wirklich eine Leier und hat nichts, aber auch gar nichts mit der Wirklichkeit zu tun.

So besteht der Mittelstand nicht nur aus Personengesellschaften. Das heißt, alle kleinen GmbHs profitieren von der Reform der Körperschaftsteuer.

Darüber hinaus zahlen die Personengesellschaften - das hat der Sachverständigenrat in seinem letzten Gutachten haarklein vorgerechnet - insgesamt weniger Steuern als die Kapitalgesellschaften. (D)

Sie könnten das leicht nachvollziehen, wenn Sie endlich damit aufhören würden, nur die Einkommen- und Körperschaftsteuersätze miteinander zu vergleichen. Denn unser Steuerrecht ist leider wesentlich komplizierter.

An dieser Stelle möchte ich - damit endlich diese Mär aus der Welt geräumt wird - noch einmal den Sachverständigenrat zitieren:

"Alles in allem ist festzustellen, dass Personengesellschaften im Vergleich zu Kapitalgesellschaften bei typisierender Betrachtung bereits vor der Steuerreform einer geringeren Steuerbelastung unterlagen. Durch das Steuersenkungsgesetz erhöhen sich die Vorteile zugunsten von Personengesellschaften eher noch. Jedenfalls kann nicht von einer generellen Benachteiligung von Personenunternehmen gesprochen werden."

(Edith Müller [GRÜNE])

(A)

Das ist keine Äußerung von Rot-Grün. Das sagt der Sachverständigenrat, auf den Sie sich im Übrigen auch immer so gerne beziehen.

Dass die Reform der Körperschaftsteuer richtig und notwendig war, zeigt allein eine Zahl, nämlich die Zahl der Direktinvestitionen. Von 1994 bis 1998 sind sage und schreibe lediglich 31 Milliarden € in Deutschland investiert worden. Herr Diegel, das können Sie sich auch einmal anhören. Allein in den Jahren 1998 bis 2001 hat sich diese Zahl mehr als verzehnfacht. Ich wiederhole: Die ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland haben sich in der Zeit von 1998 bis 2001 mehr als verzehnfacht auf 321 Milliarden €.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wissen Sie, warum? - Das liegt an unserer rot-grünen Steuerreform. Hören Sie doch endlich auf, Stuss zu verbreiten und alles schlecht zu reden. Ihr Problem ist doch nur, dass Sie bis heute Ihre Oppositionsrolle noch nicht gefunden haben - siehe Schäden, Flutopfer usw. Das bescheinigt Ihnen auch - wenn ich es richtig gelesen und verstanden habe - Prof. Wagner heute in einer uns bekannten Zeitung.

(B)

Ich möchte an dieser Stelle noch eine Ihrer typischen Verdrehungen ansprechen. Großmütig fordern Sie die Abschaffung der Gewerbesteuer. Ich habe mit meinem Kollegen Ewald Groth die Kämmerertour gemacht. Ich kann Ihnen sagen: Das kommt ganz schlecht an.

Auch wenn bei der Gewerbesteuer große Einbrüche zu verzeichnen sind - die übrigens mit daher rühren, was der Finanzminister vorhin auch erläutert hat, dass Sie sie jahrelang ausgehöhlt haben -, bringt sie noch immerhin um die 25 Milliarden €. Sie wollen sie abschaffen? Wie wollen Sie das denn gegenfinanzieren? Dazu höre ich überhaupt nichts.

Sie sagen Ihre Kernabsicht nur nicht laut. Deswegen muss ich jetzt auch einmal leise werden, damit alle das auch wahrnehmen. Sie wollen kompensieren durch die Erhöhung der Umsatzsteuer. Ich sage Ihnen dazu - allerdings sehr laut -: Wenn Sie das derzeitige Gewerbesteueraufkommen über die Umsatzsteuer einnehmen wollen, müssen Sie drei Prozentpunkte draufpacken. Und wen

trifft das? - Das trifft alle. Das trifft die Konsumenten hart (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

und käme einer massiven Umverteilung gleich, für die es überhaupt keine Rechtfertigung gibt. Denn durch die Steuerreform werden die Unternehmen ja bereits enorm entlastet. Ich bin gespannt, ob Sie dazu in der Debatte noch ein lautes Wort finden.

Den Kommunen ist mit der Abschaffung der Gewerbesteuer auch nicht gedient, weil ihnen Anreize fehlen, sich für Wirtschaftsförderung zu engagieren.

Wir wollen die Gewerbesteuer revitalisieren und die Bemessungsgrundlage wieder verbreitern - nach dem Motto: Wenn viele zahlen, dann müssen alle weniger zahlen, und dann stabilisieren sich auch die Einnahmen wieder.

In diese Richtung arbeitet auch die Kommission, die der Bundesfinanzminister ins Leben gerufen hat. Ich kann nur noch einmal sagen: Wenn ich durchs Land reise und mit den Kämmerern rede, fühle ich mich in unserer rot-grünen Position an dieser Stelle nur bestätigt. (D)

Meine Damen und Herren, wir haben mit der von Ihnen so verschrieenen Ökosteuer nicht nur den Beitragssatz für die Rentenversicherung abgesenkt, nein, wir haben damit auch Arbeitsplätze geschaffen. Über 1,3 Millionen Menschen arbeiten heute im Umweltsektor. Dieser Sektor wächst, und das ist das Entscheidende.

Unsere Idee der ökologischen Steuerreform ist aufgegangen an dieser Stelle. Warum? Weil sie aufgreift und umsetzt, dass nicht Niedrigsteuern zu mehr Beschäftigung führen, sondern eine Absenkung der Kosten für Arbeit, also der Lohnnebenkosten. Auf diesem Weg werden wir, was die sozialen Sicherungssysteme anbelangt, weitergehen, auch weil die Ökosteuer gleichzeitig eine ökologische Wirtschaftsweise fördert, die zum Klimaschutz beiträgt. Genau das ist es, was wir heute brauchen. Das ist eine Innovation, die einen breiten Wachstumspfad vor sich hat. Dieser Weg ist richtig, weil er zukunftsfähig ist, und deshalb werden wir ihn weitergehen.

(Edith Müller [GRÜNE])

(A)

Nebenbei wollen Sie ja auch noch die Riester-Rente abschaffen. Da kann ich nur sagen: Endlich hat diese rot-grüne Bundesregierung es geschafft, eine Antwort auf das demographische Problem der Rentenkasse zu geben. Das wollen Sie mit einem Handstreich zunichte machen und sind auch hier wieder ohne irgendeine überzeugende Alternative. Das ist unglaublich.

Meine Damen und Herren, wir haben wesentliche, grundlegende Reformen in diesem Land begonnen, und wir wollen diese Reformen fortsetzen. Dafür kämpfen wir, und dafür kämpfen wir auch in diesem Haushalt. Die Einnahmesituation unseres Haushaltes ist nicht rosig. Aber Sie können sicher sein: Unter Ihrer Regie sähe es keinen Deut besser aus, sondern eher schlechter. Frau Löhrmann hat hier ja kurz die Fantasien der FDP angesprochen. Ihr Steuerkonzept ist derart jenseits, dass es sich nicht lohnt, weitere Redezeit darauf zu verwenden. Ich sage Ihnen an dieser Stelle nur eines: Sie kommen an mit 15, 25, 35. Ich sage Ihnen dreimal 50 - 50, 50, 50 -: Im Jahre 2050 werden über 50 % der Bevölkerung über 50 Jahre alt sein. Wenn Sie dann mit einer Steuerreform wirtschaftliche Dynamik entfalten können, die auf eine ganz geringe Zahl von Beschäftigten schrumpft, dann möchte ich sehen, wie wir uns im Jahre 2020 und 2030 über die Frage verständigen, wie man nachhaltige Haushaltspolitik macht.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Situation, dass wir eine Steuerreform benötigten, war - ich glaube, ich spreche da für alle - von allen gewollt, und dann müssen wir eben auch mit ihrer Konsequenz klarkommen.

Es muss jetzt darum gehen, diese neue Situation auf der Ausgabenseite umzusetzen. Wer glaubwürdig nachhaltige Haushaltspolitik betreiben will, muss konsequent, dauerhaft und weit über eine Legislaturperiode hinaus den Kurs des Schuldenabbaus halten. Wir bekennen uns dazu. Wir wollen nicht länger auf Kosten der nächsten Generation leben. Deshalb wird es mit uns in dieser Frage keinen Weg zurück geben, auch wenn uns und allen das angesichts der konjunkturbedingten geringen Steuereinnahmen sehr schwer fällt.

Wir wollen einen NRW-Stabilitätspakt, der garantiert, dass dieser Kurs auch in Zukunft beibehalten werden muss. Dieser Pakt muss vor allen Dingen sicherstellen, dass langfristig Einnahmen und

Ausgaben ausgeglichen sind. Wir werden im Bund und im Land weiter an der Lösung der demographischen Probleme arbeiten. Deswegen wollen wir auch hier in NRW einen Pensionsfonds zur Absicherung der schweren Belastungen durch die rasant ansteigenden Versorgungsleistungen im Landeshaushalt. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen eine effiziente und moderne Verwaltung, die mit einem neuen Kostenbewusstsein an die Arbeit geht. Daran arbeiten wir mit dem Ziel, unserem Haushalt eine nachhaltige Struktur zu geben, eine Struktur, die langfristig die Handlungsfähigkeit unseres Landes gewährleistet und die - das heißt es schließlich auch - immer wieder disponible Mittel erwirtschaftet, mit denen Förderstrukturen, die innovativ sind, finanziert werden können.

Meine Damen und Herren, Rot-Grün steht für eine moderne, zukunftsfähige Politik. Das ist die Politik, die dieses Land braucht - sowohl im Bund als auch hier. Glauben Sie mir: Die Menschen wissen das. Bleiben Sie also ruhig auf Ihrem Kurs. Verkünden Sie ruhig überall im Land, dass Sie unsere Reformen rückgängig machen wollen. Eine bessere Wahlkampfunterstützung könnte ich mir gar nicht vorstellen. - Vielen Dank. (D)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. - Wortmeldungen liegen keine weiteren vor, sodass wir damit die Beratungen zu diesem Themenblock abschließen können.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, erhält der Kollege Diegel die Möglichkeit, nach § 60 GeschO eine persönliche Bemerkung vorzutragen. - Bitte, Herr Diegel.

Helmut Diegel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Rahmen der Haushaltsberatungen hat der Ministerpräsident mit dem Wort "Ehrabschneider", an meine Person gerichtet, einen Begriff verwendet, der, so meine ich, in diesem Hause nicht üblich ist.

Ich möchte dazu sagen: Der Begriff wurde von Herrn Ministerpräsident Clement gebraucht, als

(Helmut Diegel [CDU])

(A)

ich den Fakt angesprochen haben, dass es bei der Frage der Vermietung der Staatskanzlei im Zusammenhang mit der Person von Herrn Langer und der Firma Noventa offensichtlich doch Geschäftsbeziehungen gegeben hat.

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass nicht ich, so, wie der Ministerpräsident es hier in den Raum gestellt hat, der Initiator war, der den "Kölner Stadt-Anzeiger" zu einem solchen Artikel bewogen hat. Dem "Kölner Stadt-Anzeiger" lagen diese Informationen von anderer Seite vor.

Zweiter Punkt: Ich fordere den Ministerpräsidenten auf, erstens diese falsche Behauptung und zweitens natürlich auch die Behauptung "Ehrabschneider" in Bezug auf meine Person zurückzunehmen.

(Beifall bei der CDU - Ernst-Martin Walsken [SPD]: Ist das alles? Das war aber nicht gut!)

(B)

Vizepräsident Jan Söffing: Meine Damen und Herren, wir kommen zur **Abstimmung**. Es geht um die **Überweisung des Haushaltsgesetzes 2003** in Verbindung mit der **mittelfristigen Finanzplanung** für die Jahre 2002 bis 2006. Das sind die **Drucksachen 13/2800 und 13/2801**. Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen hierzu die Überweisung an den **Haushalts- und Finanzausschuss** -federführend- und an die **zuständigen Fachausschüsse** mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses "Personal" erfolgen soll. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig **angenommen**.

Wir kommen nun zur **Beratung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2003**. Im Rahmen dieses Beratungsblocks erteile ich zunächst für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Britz das Wort.

Franz-Josef Britz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute neben dem Landeshaushalt in erster Lesung das Gemeindefinanzierungsgesetz für das Jahr 2003. In der De-

batte vorhin haben wir uns mit weit über den Landeshaushalt hinausgehenden Themen beschäftigt, z. B. mit der allgemeinen Steuerpolitik der Bundesrepublik Deutschland aus der Sicht einer ehemaligen Europapolitikerin. Jetzt werde ich versuchen, aus der Sicht zumindest unserer Fraktion den Blick auf die Situation der Gemeinden sowie die Fragestellung zu lenken, ob das Gemeindefinanzierungsgesetz 2003 einen Beitrag dazu leistet, die Finanzsituation in den Gemeinden zu verbessern. (C)

Wie ist die Ausgangslage für die Gemeinden im Jahr 2002 und wie sind die Aussichten für 2003? Der Städtetag überschreibt seinen Gemeindefinanzbericht 2002 mit der Überschrift "Kollaps oder Reformen". Meine Damen und Herren, dies bedeutet, die Gemeindefinanzen stehen kurz vor dem Zusammenbruch; einige Gemeinden haben den Kollaps sogar schon hinter sich. Die Alternative kann nur in einer gründlichen Reform gesehen werden. So drückt es auch die Finanzdezernentin des Städtetages in einem Artikel in dem besagten Gemeindefinanzbericht aus: "Finanzreform muss ausweglose Lage der Städte beenden". Auch das ist unter den meisten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern unumstritten.

An dieser Aussage ist außerdem bemerkenswert, dass sich die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und sicherlich auch in anderen Ländern zurzeit in einer nahezu ausweglosen Situation befinden. Die Finanzausstattung für die Gemeinden reicht nicht aus. Wenn es keine Reform geben wird, werden die Gemeinden ohne Ausweg sein. (D)

Wie sehen die Merkmale der Haushaltssituation in den Gemeinden im Einzelnen aus? Ich gehe nur auf zwei Punkte ein. Wir haben festzustellen, dass in den letzten Jahren - auch das zeigt eindrucksvoll der Gemeindefinanzbericht des Städtetages - die Investitionen Schritt für Schritt zurückgeführt werden mussten. So sind z. B. die Investitionen für Baumaßnahmen im Jahr 2000 auf 3 Milliarden € gesunken. Zugleich wurde ein Sanierungsstau von rund 7 Milliarden € an den Schulen Nordrhein-Westfalens festgestellt. Die Gemeinden haben also auf der einen Seite dringend Sanierungsarbeiten durchzuführen, auf der anderen Seite gehen die Bauinvestitionen objektiv zurück, weil sich die Gemeinden keine weiteren Investitionen leisten können.

Ganz besonders hart getroffen sind die Haushaltssicherungsgemeinden, deren Zahl der In-

